

Besprechungen

A. Allgemeines

ULRICH HERBERT: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. Beck, München 2014, 1.451 S., 39,95 €.

Der Band ist Teil der Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“, in dem die Geschichte der europäischen Staaten und Gesellschaften je für sich, doch zugleich im Kontext der europäischen Entwicklung und globalen Verflechtungen dargestellt wird. Herbert gliedert den Stoff unter zwei Spannungsbögen: Die erste Jahrhunderthälfte als Durchsetzung der Industriegesellschaft stellt er unter die Frage, wie die Entwicklung in Deutschland von einer Blüte um 1900 zum Tiefpunkt der systematischen Judenmordung ab 1942 kommen konnte. Für die Jahre seit 1945 fragt er, wie die Deutschen „aus dieser Apokalypse herausfanden“ (S. 15).

Herbert schreibt die Geschichte Deutschlands als politische Geschichte, zur Gegenwart hin immer ausführlicher werdend: Kaiserreich und Weimarer Zeit widmet er rund 150 bzw. 130, dem Nationalsozialismus 245 Seiten. Die Nachkriegszeit gliedert er in einen Teil bis 1973 und in einen für die Jahre seither (340 bzw. 370 S.). In das „klassische“ diachrone Narrativ ist, entsprechend dem Konzept der Reihe, in jeder Epoche ein Querschnittskapitel eingefügt zu Wirtschaft, Sozialstruktur, -lagen und -politik, Kultur und weiteren Themen für die Zeit um jeweils ein ausgewähltes Jahr: 1900, 1926, 1942, 1965 und 1989/90. Politische, Alltags- und Populärkultur, Konsum, Medien, Freizeit werden ausführlich einbezogen, Themen wie die beiden Währungsumstellungen, Entflechtung, Marshallplan, Bodenreform skizziert. Als die zentralen sozialpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre sieht Herbert die Rentenreform und den Lastenausgleich (S. 656) – man möchte den Sozialen Wohnungsbau und die Eigentumspolitik hinzufügen. Seit etwa 1960 sieht der Verfasser die Erosion der klassischen Industriegesellschaft, gekennzeichnet durch Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, Globalisierung der Wirtschaft und Rückkehr marktradikaler Modelle (S. 19). Eine vergleichende Darstellung der beiden deutschen Staaten strebt Herbert nicht an, thematisiert aber ausführlich ihre Beziehungsgeschichte. 1973 gewichtet er als tiefgreifende Zäsur, nicht nur für Deutschland, sondern für alle europäischen Gesellschaften. Seither und mehr noch seit 1989/90 weitet sich die Darstellung zur europäischen und globalen Zeitgeschichte. Am Schluss steht mit Verweis auf enthemmten Finanzkapitalismus, Nord-Süd-Konflikte und das Fehlen eines austarierten internationalen Sicherheitssystems eine „durchaus pessimistische Prognose“ für das 21. Jh. (S. 1.251), allerdings verbunden mit dem Hinweis auf optimistische Zukunftserwartungen bei den Deutschen, begründet durch Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte, Entwicklung stabiler demokratischer Institutionen, Bewältigung der Wiedervereinigung und durch Entwicklung einer Kultur der Moderne.

Herbert geht es, wie er schreibt, „nicht darum, sensationsverdächtige Neuigkeiten vorzustellen“, sondern langfristige Prozesse und Veränderungen herauszuarbeiten, deren Bedeutung die Zeitgenossen oft nicht erkennen konnten (S. 21). Er arbeitet mit großer analytischer und synthetischer Kraft die roten Linien heraus – exzellent ist (auch) das NS-Kapitel. Wie nebenher formuliert er dabei dezidierte Positionen: Es habe keine Zwangsläufigkeit der Entwicklungen gegeben; Nationalsozialismus und Kommunismus seien „keine ‚antimodernen‘ Gesellschaftsformationen, sondern andere Entwürfe zur Ordnung der modernen Welt“ (S. 15 f., 18). Und man liest durchaus zeitgeistdisaffine Einschätzungen, etwa über Adenauer, Strauß, den Historikerstreit (S. 1.020) und immer wieder Verweise auf transnationale, gesamteuropäische Parallelen. Man vermisst die Auseinandersetzung mit Gösta Esping-Andersen (*Three Worlds of Welfare Capitalism*, 1990), mit Michel Albert (1991), dem „Erfinder“ des Rheinischen Kapitalismus (der kurz erwähnt wird) und die damit verbundene Diskussion über die *varieties of capitalism*. Doch das schmälert nicht die überaus eindrucksvolle Leistung. Herbert hat den umfangreichen Stoff beeindruckend bewältigt, klug komponiert, erhellend kommentiert und perspektivenreich eingeordnet.

Ihm ist nicht nur zu dem „gewissen Mut“ zu gratulieren, eine nationale Geschichte in einem Saeculum in einem einzigen Band zu erzählen (S. 12), sondern auch zu seiner gewaltigen Leistung bei dieser klar strukturierten, sehr gut lesbaren Darstellung und Zusammenschau der Entwicklungen auf politischem, wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Bonn

GÜNTHER SCHULZ

YORK-GOTHART MIX (Hg.): *Kunsthfreiheit und Zensur in der Bundesrepublik Deutschland*. De Gruyter, Berlin/Boston 2014, 324 S., 99,95 €.

Knapp zwei Dutzend Autoren haben sich in ebenso vielen Beiträgen mit dem weiten Feld befasst, das zwischen dem im Grundgesetz verankerten Zensurverbot und der (Zensur)Realität auszumachen ist. Die meisten Beiträge gehen auf eine Tagung zurück, die 2010 im Literaturarchiv in Marbach unter dem Titel stattfand, der auch dem Sammelband seinen Namen gab. Sie wurden überarbeitet und aktualisiert, wovon einige Fußnoten zeugen, die Entwicklungen und weitere Diskussionen nach der Marbacher Veranstaltung aufgreifen.

In seinen „einleitenden Thesen zu einem gegenwartsbezogenen problematisierten Zensurverständnis“, so der Untertitel des die Aufsätze eröffnenden Beitrags, führt der Herausgeber York-Gothart Mix, Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Marburg und bereits hervorgetreten mit Sammelbänden, die auch die Zensur thematisierten, zu den hauptsächlichen Aktionsfeldern. Dazu gehören Vor- und Nachzensur, die Selbstzensur mit der „Schere im Kopf“, wirtschaftlicher Druck, Androhungen sozialen Zwangs, Indizierungen und Publikationsverbote durch die Judikative und vereinzelt – man glaubt es kaum – auch Bücherverbrennungen. In diesem Zusammenhang macht der Herausgeber darauf aufmerksam, dass es gerade für die Bundesrepublik Defizite der Aufarbeitung gebe im Vergleich mit der DDR bzw. den vorangegangenen historischen Epochen der deutschen Geschichte.

In vielfältiger Herangehensweise, was bei einem Sammelband auch nicht anders sein kann, nähern sich die Autoren ihren Themen. Da steht ein Beitrag über die Verlagspolitik in der britischen Zone in der Gründungsphase der Bundesrepublik als Beispiel für die kulturelle Neuordnung unter Berücksichtigung personeller und institutioneller Kontinuitäten neben einem Beitrag über Postzensur und Telefonüberwachung, der eine Zusammenfassung eines schon 2012 erschienenen Buches ist. Es folgen Ausführungen über das 1952 verabschiedete Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, das auch dazu benutzt wurde, die Propaganda der DDR zur Beeinflussung von Meinungen in der Bundesrepublik zu bekämpfen, wobei u. a. Aufführungen von Stücken Bert Brechts in die Mühlen der Justiz gerieten. Zensurähnliche Eingriffe werden beim öffentlich-rechtlichen Fernsehangebot konstatiert, das, um sich im dualen Fernsehmarkt zu behaupten, Abstriche am ursprünglichen Programmauftrag vornehme. Eigens widmen sich mehrere Beiträge Meinungsäußerungen von Schriftstellern zur Zensur – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich. Überhaupt blickt der Sammelband – entgegen seines Titels – über den Tellerrand der Bundesrepublik Deutschland hinaus. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist der Beitrag über das Ende des katholischen „Index der verbotenen Bücher“, des Inbegriffs von Zensur – eingeführt Mitte des 16. Jh.s als Mittel zur Bekämpfung der protestantischen Häresie und erst beiläufig beendet in der Schlussphase des zweiten Vatikanischen Konzils im Dezember 1965. Ähnliche Verbote für die modernen Medien wie Film, Radio und Fernsehen gab es seitens der katholischen Kirche nicht, da sie bei diesen eher auf konstruktivere Formen der Kommunikationslenkung im regionalen Rahmen baute. Ein Bogen, der von den 1920er bis in die 1940er Jahre reicht, wird durch die Person von Alfred Döblin geschlagen, der als Gegner der Zensur das Aufführungsverbot seines Stückes „Berlin Alexanderplatz“ im Rundfunk der Weimarer Republik erleben musste, dann aber nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Auftrag der französischen Besatzungsbehörden als Zensuroffizier tätig wurde.

Jeweils getrennte Register für Personen, Verlage, Anbieter von Hörfunk, Fernsehen und digitalen Medien sowie Orte erschließen einen Sammelband, der natürlich nur in bescheidenem Rahmen die angesprochenen Forschungsdesiderata aufarbeiten kann.

Hochheim am Main

ANSGAR DILLER

GERHARD PAUL/RALPH SCHOCK (Hg.): *Sound der Zeit. Geräusche, Töne, Stimmen – 1889 bis heute*. Wallstein, Göttingen 2014, 607 S. (79 Abb.), 49,90 €.

Eine breite Schneise haben die beiden Herausgeber in das Dickicht von mehr als 100 Jahren auf Tonträgern erhaltener Klanggeschichte – und darüber hinaus – geschlagen. Unterstützt wurden Gerhard Paul, Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Flensburg, und Ralph Schock, Leiter der Literaturabteilung des Saarländischen Rundfunks in Saarbrücken, bei ihrem Mammutwerk von mehreren Dutzend, mit ihren Themen vertrauten Autoren.

In sechs Kapiteln werden dem Leser die Klanglandschaften der einzelnen, konventionell eingeteilten Epochen präsentiert: 1889 bis 1919 stehen für den Sound im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit und damit für die Pionierzeit; 1919 bis 1933 präsentieren mit den *Twenty Roaries* die Klangwelten der Moderne; 1933 bis 1945 setzen ihren Akzent auf die (Zwangs-)Beschallung in der Zeit des Nationalsozialismus; 1945 bis 1949 führen zum neuen Sound der Nachkriegszeit; 1949 bis 1989 breiten die Klanglandschaften einer geteilten Welt aus, die zwischen Soundrevolutionen und Ätherkrieg changierten; 1990 bis heute befassen sich mit den Geräuschkulissen des digitalen Zeitalters. Schwerpunkte werden für die zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ und die vier Jahrzehnte der Existenz der beiden deutschen Staaten gesetzt; der gut 20-jährige Zeitraum von der Wende 1989/90 bis in die jüngste Zeit kommt etwas zu kurz.

Mit voller Absicht firmieren die Herausgeber, wie sie in der Einleitung betonen, ihre Publikation unter dem englischsprachigen Begriff „Sound“ und verwenden damit einen weiten Klang-Begriff, unter dem die „Gesamtheit von Stimmen, Tönen und Geräuschen“ (S. 12) zu subsumieren ist. Paul und Schock folgen dem schon seit längerem in den angelsächsischen Ländern zu beobachtenden Trend, der *Sound-history* einen adäquaten Platz einzuräumen. Die akustischen Quellen auch der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft (erneut) bewusst zu machen, ist Anliegen des Buches, da Historiker sich bisher vor allem auf gedrucktes und ungedrucktes Quellenmaterial für ihre Analysen stütz(t)en. Welche dienende Rolle die Technik spielte, um Töne zu konservieren und sie für nachfolgende Generationen hörbar zu erhalten, um Reden und Musikdarbietungen per Lautsprecher einem großen Publikum in öffentlichen Veranstaltungen oder durch Übertragung im Radio zu übermitteln, wird an vielen Stellen des Buches angesprochen. Der Aufzeichnungstechnik der frühen Zeit ist beispielsweise zu verdanken, dass die Stimme Bismarcks in einer, wenn auch stark verrauschten Aufnahme von 1889 erhalten ist, auf die im Buch mehrere Male eingegangen wird (S. 20, 28, 292); ein Hinweis darauf, wo die Aufnahme entdeckt wurde, nämlich im Edison-Archiv in den USA, unterbleibt merkwürdigerweise. Mit der Bismarck-Aufnahme ist das Ausgangsjahr für den Zeitraum der Publikation in Verbindung zu bringen, die eigentlich der Intention der Herausgeber entgegensteht. Sie haben auch Beiträge in ihren Sammelband aufgenommen, in denen kritische Töne über die Verlärmung der Umwelt durch Handwerker und Straßenmusikanten angeschlagen werden, lange bevor Tonaufzeichnungen technisch realisierbar wurden; das Problem verschärfte sich durch die Industrialisierung und den zunehmenden Verkehr, beispielsweise durch die Eisenbahn.

Die den einzelnen Zeitabschnitten zugeordneten Aufsätze – eröffnet jeweils durch ein zeit- bzw. thementypisches Foto und endend mit Literaturhinweisen – gewähren einen intensiven Blick in damals aktuelle Klangphänomene. Wenn es geboten erscheint, lösen sich die Autoren aus ihrem zeitlich vorgegebenen Rahmen, um auf längerfristige Entwicklungen aufmerksam zu machen. So werden neben dem im Mittelpunkt stehenden Radio auch der Film, die ernste und die unterhaltende

Musik sowie alltägliche Klangphänomene behandelt. Neben Klangbeispielen von Reportagen und Hörspielen, die als originäre Kreationen des Rundfunkmediums anzusehen sind, stehen Sirenengeheul und Geräusche von kriegerischen Auseinandersetzungen und politischen Demonstrationen, Werbe-durchsagen, Verkehrs- oder Suchmeldungen.

Die Bandbreite der Themen zeigt, dass die Herausgeber gut beraten waren, ihr Autorenteam interdisziplinär zusammenzusetzen. Mit dem Band wird ein im wahrsten Sinne schwergewichtiges Werk vorgelegt, zu den einzelnen Themen passende Tonaufnahmen kann der Leser im Internet abrufen, wie aus einer detaillierten Übersicht im Anhang hervorgeht. Die Herausgeber fragen danach, wie Hitlers Stimme, „die wir nur aus den Aufzeichnungen von Großveranstaltungen kennen“ (S. 12), im privaten Umfeld geklungen habe. Eine Antwort darauf verwahrt das Russische Staatliche Archiv der Tondokumente in Moskau: die Rede, die der „Führer“ am 20. April 1939 anlässlich des Empfangs zu seinem 50. Geburtstag in der Reichskanzlei gehalten hat – im Internet allerdings nicht abrufbar. Die Publikation macht erneut deutlich, dass die akustische Dimension bei der Beschäftigung mit der Geschichte des 20. und 21. Jh.s nicht mehr unberücksichtigt bleiben kann. Schriftliche Quellen haben somit für Historiker ihr Alleinstellungsmerkmal eingebüßt.

Hochheim am Main

ANSGAR DILLER

JOACHIM WHALEY: *Das Heilige Römische Reich deutscher Nation und seine Territorien 1493–1806*. Bd. 1: *Von Maximilian I. bis zum Westfälischen Frieden 1493–1648*; Bd. 2: *Vom Westfälischen Frieden zur Auflösung des Reichs 1648–1806*. von Zabern, Darmstadt 2014, 1.672 S., 149,00 €.

Die beiden Bände des an der Universität von Cambridge lehrenden Professor of German History and Thought, Joachim Whaley, sind auch für jeden Wirtschaftshistoriker, der zum Alten Reich arbeitet, eine mehr als lohnende Pflichtlektüre, auch wenn Fragen der ökonomischen Entwicklung eher am Rande vorkommen. Denn wirtschaftliche Entwicklung kann nicht verstanden werden, ohne den politisch-staatlichen Rahmen, in dem sie stattfindet, genau zu kennen, und in diesem Punkt wie auch vielen anderen setzt Whaleys Opus Magnum Maßstäbe. Für Whaley ist die Geschichte des Alten Reichs trotz zeitweise existentieller Krisen und latenter Schwächen eine Erfolgsgeschichte, weil es Mitteleuropa über Jahrhunderte einen institutionellen Rahmen für staatliches Handeln und verrechtlichte Konfliktlösungen bot, was auch für die Wirtschaft positive Folgen hatte.

Tatsächlich wird nach Lektüre der beiden Bände offensichtlich, welch große Leistung es war, Wege und institutionelle Lösungen zu finden, eine Zerstörung des Reichs durch schwerste konfessionelle Gegensätze zu verhindern und nach dem Dreißigjährigen Krieg ein Zusammenleben der wichtigsten Konfessionen zu organisieren. Dies ist nicht unbedingt die historische Regel, wie insbesondere die Moderne lehrt. Whaley bietet eine schlüssige und alle Aspekte berücksichtigende Erklärung dafür, wie es gelang, dass das Alte Reich über Jahrhunderte als Gemeinwesen den Bezugspunkt für alle politischen Entscheidungsträger und ihre Untertanen in einem sehr heterogenen, deutschsprachigen Mitteleuropa bilden konnte.

Intensiv widmet sich Whaley der Entwicklung der Staatlichkeit in den einzelnen Territorien im Zusammenspiel mit institutionellen Veränderungen auf Reichsebene und den alles durchdringenden konfessionellen Gegensätzen, die es einzuhegen galt. Dabei begründet er einleuchtend, dass ein Mehr an Staatlichkeit in den einzelnen Territorien nicht zwangsläufig ‚weniger Reich‘ bedeutete. Er widmet sich ausführlich der Entwicklung des Völkerrechts, zu dem deutschsprachige Gelehrte einen entscheidenden Beitrag leisteten, auch und gerade weil die Ausbildung des Alten Reichs mit einer Verrechtlichung zwischenstaatlicher Beziehungen verbunden war, um als übergeordnetes Gemeinwesen überhaupt bestehen zu können. Zu den besten Passagen des Buchs gehört die intensive Beschäftigung mit ideengeschichtlichen Entwicklungen wie Humanismus und Aufklärung und ihrer Bedeutung für die Herausbildung einer spezifisch deutschen Identität unter den Bedingungen des Alten Reichs.

Was die Passagen zur Wirtschaftsgeschichte betrifft, so gewinnt man den Eindruck, dass die betreffenden Kapitel zum 16. Jh. denen zum 18. Jh. überlegen sind. Vermutlich lässt sich dies damit begründen, dass Whaley aufgrund seiner ideengeschichtlichen Prägung – zumindest was die Landwirtschaft angeht – einer überholten Sichtweise von Agrarentwicklung einiges abgewinnen kann, die sehr stark die Rolle einzelner Aufklärer bzw. der Aufklärung betont. Überhaupt liegt der Schwerpunkt von Whaleys Arbeit nicht auf einer Strukturgeschichte des Alten Reichs, weder in wirtschaftlicher, demographischer noch sozialer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass sich bei der Darstellung der Bevölkerungsentwicklung nach 1648 einige Fehler eingeschlichen haben. So werden enorme jährliche demographische Wachstumsraten für die zweite Hälfte des 18. Jh.s genannt, z. B. Württemberg mit 6,9 Prozent (Bd. 2, S. 523), die um ein Vielfaches über den tatsächlichen liegen. Dies schmälert aber nicht die Bedeutung des Werks, das in der Vielfalt der souverän abgehandelten Themengebiete und der Verarbeitung einer schier unglaublichen Literaturmenge seinesgleichen sucht. Ein letzter Wertstropfen sei aber genannt: Dieses überaus wichtige Buch, das die enormen Leistungen des Alten Reichs wohlbegründet deutlich macht, hat ein besseres Lektorat verdient! Die Buchstaben- und Zahlendreher in Jahreszahlen sowie die Rechtschreibfehler erreichen eine fast dreistellige Zahl. Dies muss nicht sein. Alles in allem gilt: Dieses Buch hat Maßstäbe gesetzt, und seine Forschungsergebnisse werden in den kommenden Jahrzehnten sicherlich Bestand haben.

Halle (Saale)

MICHAEL KOPSIDIS

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

THOMAS BARTH: *Politik mit der Umwelt. Zur politischen Soziologie der Luftreinhaltung in Deutschland*. Westfälisches Dampfboot, Münster 2014, 346 S., 36,90 €.

Der Verfasser gehört zu denjenigen Personen, die bei der natürlichen Umwelt eine weitere Verschärfung in zahlreichen Problembereichen feststellen und nach deren Auffassung die planetaren Grenzen teilweise bereits erreicht sind. Entsprechend möchte er in seiner Untersuchung der Frage nachgehen, „warum trotz umfassender Verbreitung der Themen und Prinzipien des Umweltschutzes in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kein grundlegender sozialer Wandel eingeleitet wurde, der eine wirkliche Lösung der ökologischen Probleme erwarten ließe“ (S. 295). Diese Fragen untersucht er am Beispiel der Luftreinhaltung seit den 1970er Jahren, die eines der wichtigsten Bereiche der Umweltpolitik war und deren Analyse deshalb wichtige Aufschlüsse verspricht. Methodisch gehört die Studie zum Bereich der Politischen Soziologie und orientiert sich an sozial-ökologischen, kapitalismuskritischen Ansätzen. Entsprechend ist immer wieder die Rede von gesellschaftlichen Naturverhältnissen, einer Krise der fordistischen Naturbeherrschung oder der Verwertungslogik des Kapitals.

Mit diesem Hintergrund untersucht der Verfasser die Umweltpolitik seit 1970, die anfangs „vornehmlich industriellen Interessen am Erhalt der Produktionsbedingungen Wasser und Luft diente“ (S. 296). Als Folge der aufkommenden Umweltbewegung und wachsender Partizipation sei es anschließend nicht mehr möglich gewesen, primär die Sicherstellung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu erreichen; die Umweltpolitik habe auch demokratisch-partizipativen Ansprüchen genügen müssen. Im Fall der Luftreinhaltung konstatiert Barth – in Einklang mit der einschlägigen Literatur – deutliche Erfolge, die jedoch nur einige Gebiete betrafen, vorwiegend auf technisch-juristischen Verfahren beruhten und bei wichtigen neueren Herausforderungen (Klimawandel) keine Lösung böten. Generell besitze die umweltpolitische Problembearbeitung weniger revolutionären als inkrementalistischen Charakter.

Dieser Feststellung wird man nicht widersprechen können. Allerdings fragt sich, was damit gewonnen ist. Sinnvoll ist sie wohl nur für diejenigen, die davon ausgehen, dass eine ‚richtige‘

Umweltpolitik revolutionär sein müsse, um den erhofften grundlegenden sozialen Wandel zu erreichen und eine wirkliche Lösung ökologischer Probleme zu sichern. Wer diese Auffassung vertritt, wird auch die Schlussfolgerungen des Verfassers teilen. Alle anderen werden das Buch dann mit Gewinn lesen, wenn sie den von ihm vertretenen sozial-ökologischen Ansatz und seine Variante einer politischen Soziologie kennenlernen wollen.

Zum engeren Thema, d. h. der Politik zur Luftreinhaltung und zur allgemeinen Umweltpolitik, hingegen bietet die Untersuchung in erster Linie das bekannte Bild, oft allerdings in reduzierter Form. Die vorliegenden historischen Untersuchungen nutzt der Verfasser nur teilweise und beschränkt sich zudem im Kern auf die Umweltbürokratie und -verbände. Auf Parteien, Unternehmer und Gewerkschaften geht er ebenfalls ein, aber knapp und zu summarisch. Wissenschaft, Technik und Medien bzw. öffentliche Diskurse, die gerade bei Umweltdebatten eine so große Bedeutung besaßen (und besitzen), werden allenfalls gestreift und in eher ominösen Begriffen erwähnt, wenn von einem „Wissen der Öffentlichkeit“ (S. 299) die Rede ist, das die offizielle Umweltpolitik nicht einbeziehe.

Freiburg

FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER

MAGDALENA BAYREUTHER: *Pferde und Fürsten. Repräsentative Reitkunst und Pferdehaltung an fränkischen Höfen (1600–1800)* (Staat und Region in der Vormoderne 1). Ergon, Würzburg 2014, 536 S. (68 Abb., 7 Graphiken, 2 Tab.), 48,00 €.

Durchweg gelungene Doktorarbeiten bekommt man selten zu lesen, doch wenn dieser Sonderfall eintritt, ist es umso beglückender. Die von Mark Häberlein betreute Bamberger Dissertation gehört in diese Kategorie. Magdalena Bayreuther behandelt darin ein Thema, das im Rahmen aktueller kulturgeschichtlicher Forschungsfelder zu den Desiderata gehört. Sie stellt ihre Geschichte der „Reitkunst und Pferdehaltung“ in der Frühen Neuzeit in die Tradition der Human-Animal-Studies („HAS“, „Mensch-Tier-Studien“) sowie der Hofforschung, außerdem als Regionalstudie über vier ausgewählte Höfe des Fränkischen Reichskreises (Ansbach, Bamberg, Bayreuth und Würzburg) in den Kontext der fränkischen Landesforschung. Ihre Fragestellung ist jedoch weiter gesteckt, es handelt sich um eine exemplarische Regionalstudie auf der Basis sozialwissenschaftlicher Theorien. Fluchtpunkt der auf hohem Reflexionsniveau geschriebenen Arbeit ist eine „diskurstheoretisch erweiterte Distinktionstheorie“, Pierre Bourdieu und Michel Foucault in der Interpretation des Luzerner Soziologen Rainer Diaz-Bone, die dem Leser auf immerhin 20 Seiten nahegebracht wird (S. 51–71). Die Autorin müht sich am Ende auch redlich ab, ihre Ergebnisse in der Sprache der sozialwissenschaftlichen Esoterik zu präsentieren (S. 425–450), allerdings gefolgt von einem weiteren Fazit in gehobener Fachsprache (S. 451–453).

Wenn hier auch verschiedene Lesererwartungen bedient werden, so bietet die Arbeit doch vor allem eine grundsätzliche quellenbasierte Studie über einen wenig erforschten Gegenstand. Dass Pferde im (ökonomischen, kulturellen etc.) Haushalt des Fürstenhofes eine herausragende Rolle spielten, hätte man zwar ohnehin vermutet, doch kann die Autorin mit der Auffächerung der materiellen und mentalen Bereiche, in welche die Pferdehaltung hineinspielte, demgegenüber einen überraschend großen Mehrwert erzielen. Allein schon die räumliche Dimension – die kostspieligen und raumgreifenden Anlagen zur Pferdehaltung, die von führenden Architekten (Jules Hardouin-Mansart, Johann Bernhard Fischer von Erlach, Balthasar Neumann und Lukas von Hildebrandt) bei Haupt- und Nebenresidenzen errichteten Marstallgebäude und Reithallen, die Reit- und Rennbahnen, die Gebäude zur Aufbewahrung der Reitausstattung und die Wohnanlagen des Reitpersonals – zeigt die große Bedeutung des Gegenstandes; ebenso das Engagement frühneuzeitlicher Monarchen, die sich persönlich um die Beschaffung und Betreuung der Pferde kümmerten und offenbar nicht selten eine gefühlsmäßige Beziehung zu diesen Tieren entwickelten. Lieblingpferde bekamen nicht nur individuelle Namen, sondern auch repräsentative Unterbringung im „Schloss der Rosse“. Sie wurden

von Pferdeporträtisten individuell konterfeit, im Alter versorgt, nach ihrem Tod betrauert und zur ewigen Erinnerung ausgestopft.

Das Buch behandelt in seinem ersten Hauptteil (S. 75-220) das Pferd als Statussymbol, wobei nach dem Blick auf die Pferde selbst und das Reitzubehör ein langes Unterkapitel die „höfischen Verwendungszwecke“ der Tiere in der klassischen Reitkunst, im Hofzeremoniell und bei den höfischen Vergnügungen untersucht. Letztere reichten von den Turnieren und anderen Sportveranstaltungen, die alle ein ausgiebiges Training erforderten, über Dressurvorfürungen im „Karussell“ und Rossballett bis zu den Rossmaskeraden in höfischen Aufführungen. Der zweite Hauptteil (S. 223-351) ist den „ökonomischen und kulturell-sozialen Grundlagen repräsentativer Pferdehaltung“ gewidmet, wobei neben den Kosten der „Marstallökonomie“ die Reiterausbildung „als kulturelles Kapital“ und der Pferdekauf als „soziales Kapital“ in den Blick genommen werden. Konkret geht es in den Unterkapiteln unter anderem um den Stellenwert des Reitunterrichts in der Prinzerziehung, um Bildungsreisen und die Karrieren zweier regionaler Reitlehrer, von denen einer sogar zum Buchautor und in den Adelsstand aufsteigen konnte. Der dritte Hauptteil (S. 355-424) hat den „Diskurs equiner Wissenskategorien“ zum Gegenstand, wobei neben den Anweisungen in den Reitlehrbüchern die praktische Interaktion zwischen den Aristokraten und schließlich die symbolische Kommunikation mittels Architektur und Kunst untersucht werden.

Bayreuther versteht es, auf der Grundlage des teilweise eher spröden Quellenmaterials der Marstall- und Stallkammerinventare der Staatsarchive Ansbach, Bamberg, Bayreuth und Würzburg, aber auch anderer ungedruckter Quellen dieser und anderer Archive (Berlin, Erlangen, Nürnberg, Wien), der hippologischen Bücherbestände einiger großer Staats- und Schlossbibliotheken (Ansbach, Bamberg, Dresden, Erlangen, Heidecksburg, Nürnberg, Kassel, München, Rudolstadt) sowie der Realienbestände diverser Kunstsammlungen und Marstallmuseen (Berlin, Coburg, Dresden, Mannheim, Nürnberg, Karlsruhe, Kleinheubach, München, Paris) ein lebhaftes und interessantes Bild dieser Epoche zu zeichnen, dessen Relevanz weit über die behandelte Region hinausreicht. Wie die Reitlehr- und Pferdezuchtbücher waren Reitkunst und Pferdehaltung Teil einer gemeinsamen Kultur des lateinischen Europa, die hier exemplarisch beleuchtet und durch zahlreiche Abbildungen in hilfreicher Weise illustriert wird. Die „Anja Beran Stiftung“ zur Förderung der klassischen Reitkunst, die den Druck förderte, hat ihr Geld gut angelegt, denn den Kauf dieses gut geschriebenen Buches darf man jeder Bibliothek besten Gewissens empfehlen.

Saarbrücken

WOLFGANG BEHRINGER

MARTINA HESSLER/GÜNTER RIEDERER (Hg.): *Autostädte im 20. Jahrhundert. Wachstums- und Schrumpfungprozesse in globaler Perspektive* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 16). Steiner, Stuttgart 2014, 227 S., 54,00 €.

Neben Residenz-, Hafen-, Textil- und Montanstädten wird mit den Autostädten in dem Sammelband zu einer Wolfsburger Tagung von 2012 ein weiterer historischer Typ von Städten in den Blick genommen. Diese Städte sind ein Phänomen des dominanten Mobilitätsmusters des 20. Jh.s. Es geht aber nicht vorrangig darum, wie die Automobilkultur die Städte in autogerechte Städte verwandelte, sondern um Städte, die durch die Autoproduktion geprägt wurden.

Nur zum Teil sind Autostädte Neugründungen auf der grünen Wiese wie Wolfsburg, die Automobilindustrie war weniger Stadtgründer, vielmehr bewirkte sie den wirtschaftlichen Aufstieg von Städten. Letztlich handelt es sich um stark monostrukturell geprägte Städte, die angesichts der inszenierten Modernität der Branche nicht als „altindustriell“ erscheinen wie Montanstädte, Textilregionen oder Werftstandorte. Von altindustriellen Städten unterscheiden sich Autostädte zudem durch ihre Raumstruktur und üblicherweise ihre Verbindung zu einem Konzern (mit globaler Orientierung) sowie vor allem durch eine relativ gut verdienende Facharbeiterschaft.

Die Fallstudien zum Verhältnis von Werk und Stadt zeigen von der Automobilindustrie dominierte städtische Regime, auf vielen Politikfeldern intervenieren die Akteure der Automobilunternehmen in die kommunale Politik. Allerdings beschreiben die einzelnen Beiträge auch ein differenziertes Bild wechselseitiger Beeinflussung.

Für Wolfsburg können unterschiedliche Phasen des Verhältnisses von Stadt und VW herausgearbeitet werden, symbiotisch profitierten aber beide von einer Kooperation. Im Rüsselsheimer Fall musste man sich angesichts der krisenhafteren Entwicklung bei dem zudem aus dem Ausland geleiteten Opel-Konzern frühzeitig mit anstehenden Transformationsprozessen auseinandersetzen und entwickelte aus den bestehenden Strukturen ein Leitbild einer technologieorientierten Wissensstadt. Audi entstand in Ingolstadt aus einem verfestigten Provisorium nach dem Zweiten Weltkrieg, das lange von einem gewissen Unverständnis zwischen Werk und Stadt geprägt war. Im Falle von Renault in Boulogne-Billancourt spielten staatliche Akteure eine entscheidende Rolle, der alte wohlhabende Wohnort und der Arbeiterort fanden nie zueinander. Auch in der DDR spielte naturgemäß der Staat eine zentrale Rolle bei der Steuerung des Automobilstandortes Eisenach, der realsozialistisch überformt wurde. Das sowjetische Naberežnyw Čelny wurde für ein Lastwagenwerk neu geschaffen. Ebenso entstand die chinesische Autostadt Changchun als Ergebnis zentralstaatlicher Planung, allerdings als Umgestaltung einer Verwaltungsstadt eines geplanten japanischen Kolonialreiches.

Der Niedergang und die schlechten Chancen einer Transformation sowie der Bewältigung der Folgen des Niedergangs stadtdominierender Automobilindustrie werden an den Beispielen Flint in Michigan (vor allem General Motors), Birmingham (MG Rover) und Detroit analysiert. Hier sind die Städte vor allem Opfer übergreifender Entwicklungen.

Die Beiträge zeigen, dass angesichts der Bedeutung der Automobilindustrie der Einfluss nicht-kommunaler, meist staatlicher Akteure und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Entwicklung der Autostädte sehr groß ist. Die Handlungsspielräume lokaler Akteure sind eher gering, und die Städte werden in ihrer Stadtgestalt und -planung sowie ihren sozialen und soziokulturellen Strukturen durch die Entwicklung der Autoindustrie geprägt. Ein leider nicht durchgängig behandeltes Problem dieser Städte ist nicht nur deren industrielle Monostruktur, sondern auch ihre Verbindung mit nur einem Automobilkonzern und seinem Werk, mit dessen Schicksal man in Erfolg und Misserfolg verbunden ist, oder deutlicher: von dem man völlig abhängig ist.

Die Beiträge deuten den Strukturwandel schon an – die Automobilindustrie könnte schon bald an den alten Standorten eine Altindustrie werden. Wie die Montanstädte, mit denen sie am ehesten vergleichbar sind, dürfte ihnen dann ein schwieriger Weg bevorstehen. Obwohl einzelne Autostädte einen drastischen Niedergang erlebt haben, wie das öffentlich wahrgenommene Paradebeispiel Detroit, sind sie aber offensichtlich so in ihrem Mythos von automobiler Modernität befangen, dass sie nicht das absehbare Ende der durch das Auto geprägten Mobilitätskonzepte sehen.

Gelsenkirchen

STEFAN GOCH

WOLFGANG KÖNIG: *Der Gelehrte und der Manager. Franz Reuleaux (1829–1905) und Alois Riedler (1850–1936) in Technik, Wissenschaft und Gesellschaft* (Pallas Athene 49). Steiner, Stuttgart 2014, 334 S., 59,00 €.

Diese „Doppelbiographie“ zeichnet die beruflichen Lebenswege zwei der bedeutendsten Technikwissenschaftler und Maschinenbauprofessoren im Zweiten Deutschen Kaiserreich nach; beide dominante Persönlichkeiten, hoch geachtet und heftig umstritten, zudem gemeinsam acht Jahre „als feindliche Kollegen“ (S. 10) lehrend. Reuleaux, bereits mit 26 Jahren als Ordinarius an die neugegründete ETH Zürich berufen und seit 1864 am Berliner Gewerbeinstitut, der späteren TH Berlin-Charlottenburg, war noch vom Geist der frühindustriellen Gewerbeförderung geprägt. Riedler hingegen begann seine Karriere in der Phase der Hochindustrialisierung (1880 Extraordinarius an der

TH Aachen), als eine zunehmend selbstbewusster werdende Industrie von den Technischen Hochschulen stärker praxisorientierte Studiengänge und Laboratorien statt der bis dahin vorwiegend naturwissenschaftlich-mathematisch geprägten Ausbildung forderte. 1888 wurde Riedler an die TH Berlin-Charlottenburg berufen und erhielt als Erster die Erlaubnis zur Einrichtung eines privaten Konstruktionsbüros, das ihm zusätzliche Einnahmen sicherte.

Als Material standen dem Verfasser, bis auf Kopierbücher der ausgehenden Post von Reuleaux, keine persönlichen Nachlässe zur Verfügung, sondern nur gedruckte Schriften von und über Reuleaux und Riedler sowie erstmals von ihm ausgewertete reichhaltige Aktenbestände. Statt einer chronologischen Darstellung der beiden Lebensläufe verfolgt König einen systematischen Ansatz in seiner Doppelbiographie, um sowohl die direkten Berührungspunkte herauszustellen als auch die unabhängigen Gemeinsamkeiten und vor allem direkten und indirekten Gegensätze zwischen beiden Protagonisten vergleichend zu analysieren. Die zwangsläufigen Wiederholungen werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Eine inhaltliche Würdigung der sechs Hauptkapitel muss sich angesichts der Fülle der vom Autor behandelten Aspekte auf wenige Hinweise beschränken, wie sie sich in den Überschriften der Unterkapitel widerspiegeln. Unter „Lebensstationen: Aufstieg und Abstieg zweier Technikwissenschaftler“ (S. 19-54) gibt der Verfasser, hier noch chronologisch vorgehend, knappe biographische Abrisse der jeweiligen beruflichen Entwicklung, dabei Privates eher am Rande berührend, was auch der Quellenlage geschuldet ist. Das Unterkapitel „Reuleaux und Riedler – Begegnungen und Beurteilungen“ thematisiert die Gegnerschaft zwischen beiden. Reuleaux ging es um eine Systematik des Maschinenwesens, Riedler hingegen um die möglichst praxisnahe Ausbildung der Studenten für die Konstruktion und den Bau von Maschinen. In der Frage des Promotionsrechts für Technische Hochschulen, das 1899 zunächst in Preußen eingeführt wurde, standen sich Riedler als Befürworter und Reuleaux als Gegner gegenüber. Unter der Überschrift „Reuleaux und Riedler – Universalist versus Berufsmensch“ verweist König auf die über das ingenieurwissenschaftliche Fachwissen hinausgehenden Interessen von Reuleaux an Philosophie, der deutschen Kunstgewerbeindustrie sowie ethnologischen, ethnographischen und sprachwissenschaftlichen Fragen, worüber er auch vielfach, nicht immer kompetent, publizierte. Riedler hingegen „lebte ganz seinem Beruf als Hochschullehrer und Ingenieur“ und verband Forschung und Lehre mit praktischer Ingenieur-Tätigkeit (S. 41).

Das anschließende Kapitel „Politik und Gesellschaft“ (S. 55-75) behandelt die Haltung beider Persönlichkeiten zur Kolonialpolitik, zur Religion und zum Kapitalismus, dem vor allem Riedler kritisch gegenüberstand. Nach Ende des Kaiserreiches setzte sich Riedler u. a. mit dem von Walther Rathenau propagierten Gemeinwirtschaftskonzept und der aufkommenden Rationalisierungsbewegung auseinander. Im Kapitel „Der Berufsstand der Ingenieure“ (S. 76-90) verfolgt König den Weg der bis zum Ende des 19. Jh.s gleichermaßen für Betriebspraktiker, Absolventen technischer Mittelschulen und TH-Absolventen verwendeten Bezeichnung „Ingenieur“. Mit Verleihung des Promotionsrechtes an die THs wurde für die Absolventen in Preußen der Titel „Diplom-Ingenieur“ oktroyiert, obwohl besonders Riedler die Bezeichnung „Ingenieur“ ausschließlich für die Hochschulabsolventen reklamiert hatte, damit aber beim Kultusministerium nicht durchgedrungen war.

Das umfangreichste, „Technik und Technikwissenschaften“ (S. 90-198) überschriebene Kapitel, befasst sich mit Kernfragen der sich allmählich ihrer wachsenden Bedeutung bewusst werdenden Berufsgruppe der Ingenieure: Was ist Technik und wo liegen ihre Ursprünge, gibt es Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung, inwieweit beeinflusst Technik die gesellschaftliche, insbesondere die kulturelle Entwicklung? Zu all diesen Aspekten haben auch Reuleaux und Riedler mehr oder minder dezidiert Stellung bezogen, bis in die Gründungsphase des Deutschen Museums hinein. Ein weiteres Themenfeld um die Jahrhundertwende war die Dichotomie von (humanistischer) Bildung und (technischer) Ausbildung in Schulen und Hochschulen. Vor allem Riedler bemühte sich in zahlreichen Schriften um eine Reform des gesamten Bildungssystems, dachte auch an eine Vereinigung von Universität und Technischer Hochschule, wobei er nach anfänglicher Zustimmung die Universitäten so verprellte, dass diese Bemühungen scheiterten. Der Ausformung der Technikwissenschaften als Folge der technischen Entwicklung im 19. Jh. und der Abkehr von der noch gelegentlich anzutref-

fenden Auffassung von Technik als angewandter Naturwissenschaft widmet der Verfasser ebenfalls längere Ausführungen, wobei wiederum Reuleaux mit seinem Buch „Theoretische Kinematik“ (1875) speziell gewürdigt wird. Waren Naturwissenschaften und Mathematik „Grundlagen der Technikwissenschaften sowie ein Methodenideal“ (S. 296), so sah Riedler in der Mathematik lediglich ein wichtiges Hilfsmittel. In der Ingenieursausbildung plädierte Reuleaux für eine Arbeitsteilung zwischen Hochschule (Vermittlung theoretischer Kenntnisse) und Industrie (Erwerb praktischer Erfahrung). Riedler – hier wesentlich moderner – suchte nach einer engeren Verbindung zwischen Theorie und Praxis.

Das Kapitel „Reuleaux, der Staatsbeamte – Riedler, der Wissenschaftsunternehmer“ (S. 199-238) behandelt deren Aktivitäten außerhalb der Hochschule. So war Reuleaux seit seiner Berufung an die Berliner Gewerbeakademie „ein gefragter Beamter der staatlichen Technologiepolitik – in Preußen und darüber hinaus“ (S. 201). Auf fast allen Weltausstellungen zwischen 1862 und 1900 war er Preisrichter und zweimal auf Vorschlag Bismarcks Reichskommissar für die australischen Weltausstellungen. Ein neues Feld im Zuge der Industrialisierung war die technische Entwicklung. Beide steuerten Erfindungen und Konstruktionen bei, leisteten Entwicklungsarbeit, waren als Industrieberater tätig und beteiligten sich an Firmengründungen oder mit Investitionen, wenn auch teilweise glücklos.

Im Kapitel „Viel Feind, viel Ehr?“ (S. 239-285) wendet sich König den zahlreichen Angriffen zu, denen beide häufig ausgesetzt waren. Dass sowohl Reuleaux als auch Riedler in Veröffentlichungen ihre Thesen und Argumente mit Vehemenz vortrugen und auf Gegenattacken häufig mit Polemik antworteten, lässt sich vielfach belegen. Beide lagen zeitweilig mit dem Verein Deutscher Ingenieure und Teilen der deutschen Industrie sowie mit Kollegen im Streit. Für öffentliche Empörung sorgte beispielsweise Reuleaux 1876, als er, von der Weltausstellung in Philadelphia berichtend, eine amerikanische Äußerung wiedergab, die deutschen Waren seien billig und schlecht.

Im kurzen Schlusskapitel „Zusammenfassung und Ausblick“ würdigt König nochmals die Leistungen sowie Rezeption und Nachleben beider Hochschullehrer. Der Anhang enthält neben Literaturverzeichnis, Sach- und Personenregister auch in getrennten Verzeichnissen sämtliche Publikationen von Reuleaux und Riedler. Dass der vorliegende Band weder deren Porträts noch Zeichnungen enthält, die die bedeutenden Leistungen beider Konstrukteure optisch hätten verdeutlichen können, ist zwar bedauerlich, mindert aber nicht die Bedeutung dieser wichtigen Untersuchung.

Rosengarten

ULRICH TROITZSCH

BERNHARD OLPEN: *Johann Karl Vietor (1861–1934). Ein deutscher Unternehmer zwischen Kolonialismus, sozialer Frage und Christentum* (Beiträge zur Europäischen Überseegeschichte 102). Steiner, Stuttgart 2014, 624 S. (5 Abb., 12 Tab.), 89,00 €.

Mit Johann Karl Vietor nimmt die hier zu besprechende Biographie den bedeutendsten Vertreter der im 19. und beginnenden 20. Jh. im In- und Exportgeschäft führenden Bremer Familie Vietor in den Blick. Damit schließt die Bayreuther Dissertation eine große Forschungslücke. Kaum einer der zentralen Akteure in den deutschen Kolonien, weder die Vertreter kolonialer Großkonzerne noch die mittelständischen Kaufleute wie Vietor oder die Gouverneure, haben bisher eine angemessene, auf breiter Quellengrundlage beruhende und wissenschaftlichen Kriterien genügende Darstellung gefunden.

Vietor zählte zu den führenden Vertretern einer reformistischen Kolonialpolitik. Er entstammte einer pietistisch geprägten Familie, die tief in der Bremer Erweckungsbewegung verankert und vernetzt war. Prägend für seine Erziehung wurde der Grundsatz, dass wirtschaftliche Tätigkeit kein Selbstzweck sei, sondern christlichen und humanitären Prinzipien zu folgen und zu dienen habe. Vietor knüpfte in der Folge ein außerordentlich dichtes Netzwerk aus selbständigen Kaufleuten und

protestantischen Missionsgesellschaften, die aus unterschiedlichen Motiven auf die Förderung der eigenständigen Marktfähigkeit der indigenen Kolonialbevölkerung drängten. Er war der Protagonist des kolonialen Freihandels in schroffer Oppositionsstellung zu monopolistischen Wirtschaftsstrukturen in Form kapitalstarker Konzessionsgesellschaften, trat für die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Leistungsfähigkeit der indigenen Bevölkerung sowie die Abschaffung von Körperstrafen ein und war ein führender Vertreter der Antialkoholbewegung im Kontext des Kolonialhandels, während Handelshäuser wie C. Woermann einen großen Teil ihrer Kolonialgewinne aus dem Alkoholhandel bezogen. Wesentlich beeinflusst wurde Vietors Positionierung gegen die Konzessionspolitik von der Bodenreformbewegung um Adolf Damaschke, ein wichtiger Aspekt, der bisher in der Forschung wenig beachtet wurde. Dies gilt auch für seine dichte Vernetzung mit der Szene des orthodoxen Protestantismus. Vietor gehörte zu der kleinen, aber politisch aktiven Gruppe der Christen konservativ-sozialer Prägung, die soziale Veränderungen ohne politischen Systemwechsel anstrebten. 1901 wurde Vietor in den Kolonialrat berufen. Seine kolonialpolitischen Reformvorstellungen stellten in diesem Gremium zwar eine Minderheitenposition dar, gingen aber in die sogenannte Wende der deutschen Kolonialpolitik unter Kolonialstaatssekretär Dernburg 1906/07 ein. 1909 wurde Vietor in den Vorstand der Christlich-Sozialen Partei gewählt, was es ihm ermöglichte, seine kolonialpolitischen Vorstellungen ab 1912 im Reichstag vertreten zu lassen.

Olpens Buch versteht sich dezidiert als moderne Biographie, die das Individuum bewusst als Teil einer Sozialgruppe beleuchtet und einen Beitrag zum vertieften Verständnis politisch-gesellschaftlicher Kollektivphänomene leisten möchte. Dies ist dem Autor, um es vorwegzunehmen, auf beeindruckende Weise gelungen. Das Buch ist auf sehr breiter archivalischer Grundlage dermaßen dicht geschrieben, dass der Leser gewissermaßen auf eine Reise in die letzten Winkel der Gedankenwelt Vietors und die äußerst vielfältigen Aspekte seines wirtschaftlichen und politischen Wirkens mitgenommen wird. Auf dem Wege über die vielfältigen Reaktionen anderer Akteure in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf die kolonialpolitischen Initiativen Vietors entfaltet sich vor den Augen des Lesers die Mentalität des kolonialistischen Zeitalters in großer atmosphärischer Dichte und Differenziertheit.

Dabei enthält sich Olpen jeder Überhöhung Vietors und vermeidet auf der anderen Seite auch jede Schwarz-Weiß-Zeichnung, wie sie in Büchern zur Kolonialgeschichte nicht selten zu finden ist. Das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen christlich-humanitären Überzeugungen und wirtschaftlichen Interessen und Notwendigkeiten wird nicht platt zu einer Seite hin aufgelöst. Es wird deutlich, dass der pietistische Hintergrund seiner Sozialisation für das Wirken Vietors vor allem bis zum Ersten Weltkrieg durchaus prägend blieb und er mit vollem Recht in die Gruppe der humanitär-patriarchalisch motivierten Kaufleute einzuordnen ist (Horst Gründer). Während des Krieges und in der Nachkriegszeit verhärteten sich dagegen seine Wahrnehmungen und Überzeugungen. Die Abdankung des Kaisers, die Kriegsniederlage und den Verlust der Kolonien konnte er nicht verwinden. Sie trieben auch ihn auf eine abschüssige politische Bahn über die Deutschnationalen bis in die Nähe der Nationalsozialisten. Auch hieran wird deutlich, dass Olpens Buch nicht nur eine Forschungslücke in Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte schließt, sondern auch als ein Beitrag zur politischen Geschichte des Bürgertums vom Kaiserreich bis an die Schwelle zum „Dritten Reich“ gelesen werden kann.

Osnabrück

HANS-WERNER NIEMANN

JÖRG OSTERLOH/HARALD WIXFORTH (Hg.): *Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland* (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts 23). Campus, Frankfurt a. M./New York 2014, 413 S., 34,90 €.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft intensiv mit der Rolle deutscher Unternehmen im „Dritten Reich“. Nicht zuletzt die langen und kontroversen Diskussionen im Zusammenhang mit den Sammelklagen gegen deutsche Konzerne in den USA trugen wesentlich dazu bei, dass sich der Blick der Zeithistoriker verstärkt auf die zentrale Frage richtete, inwieweit die sog. Wirtschaftseliten an den Verbrechen im „Dritten Reich“ beteiligt waren. Der vorliegende Sammelband erhebt den Anspruch, nicht nur das Verhalten des deutschen Wirtschaftsbürgertums im Nationalsozialismus zu untersuchen, sondern auch die damit eng verknüpfte „Diskussion über Umbrüche und Kontinuitäten in der deutschen Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ (S. 23) zu bereichern. Überdies, so die Herausgeber, sei es „ein Novum“, dass „auch die Rolle der Opfer verbrecherischen unternehmerischen Handelns im NS-Staat und ihr weiterer Lebensweg nach 1945 beleuchtet“ würden (S. 23).

Nach der Einleitung, in der die Herausgeber den Forschungsstand ebenso knapp wie souverän skizzieren, folgen 13 Beiträge, die vier Themenkomplexen zugeordnet sind: „Die Perspektive der Opfer“, „Die Industrie“, „Die Kreditwirtschaft“ und „Neue Anstöße zur Vergangenheitsbewältigung“. Wie bei solchen Sammelbänden üblich, decken die Beiträge keineswegs die gesamte Breite des Themas ab, sondern sind in Form konkreter Fallbeispiele lediglich einzelne Mosaiksteine aus dem Bereich. So wird die Perspektive der Opfer anhand des Schicksals jüdischer Kaufleute und Unternehmer in Frankfurt am Main und in Bremen, nicht aber in Hamburg, Berlin oder München diskutiert. Bei der Rolle der Industrie rücken die Bremer Vulkan-Werft, der Degussa-Konzern, die Farbwerke Hoechst, der IG-Farben-Prozess und die deutsche Luftfahrtindustrie in den Mittelpunkt; hingegen bleiben die Vereinigten Stahlwerke, AEG oder die Bauindustrie weitgehend unberücksichtigt. Im Abschnitt zur Kreditwirtschaft werden Teile der Biographie von Hjalmar Schacht, Hugo Ratzmann und Hermann Josef Abs beleuchtet, während die Namen von Bankiers wie Robert Pferdenges, Karl Blessing oder Karl Ritter von Halt – wenn überhaupt – nur kurz erwähnt werden.

Vieles, was der Sammelband zusammenträgt, ist nicht neu. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass er auf den Ergebnissen eines vom Fritz Bauer Institut veranstalteten Workshops mit dem Titel „Unternehmer während und nach dem Holocaust“ beruht, der bereits im November 2011 stattfand. Einige der Beiträger haben die Ergebnisse ihrer Forschungen in der Zwischenzeit in großen Monographien vorgestellt, so dass sie dort weitaus detaillierter nachgelesen werden können. Überdies vermag der Band insgesamt keine neuen Akzente zu setzen: Nach all den vielen Unternehmensstudien, die seit Ende der 1980er Jahre erschienen sind, ist mittlerweile weitgehend unbestritten, dass die Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ insgesamt in hohem Maße an den Verbrechen mitgewirkt und nach dem Krieg ihre intensive Kollaboration zu verdrängen oder zu leugnen versucht haben. Auch die Erklärungsansätze für dieses Verhalten sind ebenso wenig ein Novum wie die Berücksichtigung der Opferperspektive. Dennoch hat der Band seine Berechtigung: Zum einen bietet er jedem Leser einen ersten zuverlässigen Überblick über bekannte und teilweise weniger bekannte Unternehmer im Nationalsozialismus sowie über den Fortgang ihrer Karrieren in der Bundesrepublik. Zum anderen benennt er selbst die vielen Desiderata auf diesem Gebiet, deren Erforschung tatsächlich zu einer Erweiterung des Horizonts beitragen könnte. Und zum Dritten – was bei diesem Thema nicht immer der Fall ist – zeichnen sich die Beiträge durch erfreuliche Sachlichkeit aus, die auf einseitig anklagende oder entschuldigende Töne weitgehend verzichtet und stattdessen die Geschehnisse vor dem historischen Hintergrund nüchtern zu erklären versucht.

Stuttgart

NILS HAVEMANN

SUSIE J. PAK: *Gentlemen Bankers. The World of J. P. Morgan* (Harvard Studies in Business History 51). Harvard U.P., Cambridge, Mass./London 2013, 356 S., 51,61 €.

J. Pierpont Morgan (1837–1913) gehörte zu den mächtigsten Protagonisten der amerikanischen Bankengeschichte. Er begründete eine Finanzdynastie, die von J. P. Jr. („Jack“) Morgan weitergeführt wurde und bis heute als J. P. Morgan Chase & Co. an den globalen Finanzmärkten maßgeblich (z. B. auch als Investmentbank) mitwirkt. Aber nicht die Anatomie der Morgan'schen Finanzmacht ist es, um deren Herausarbeitung es Susie J. Pak in erster Linie geht. Vielmehr entwickelt sie eine Art Soziogramm des jüdischen Privatbankhauses, versucht dessen Verflochtenheit mit der internationalen Finanzelite der ersten Hälfte des 20. Jh.s darzustellen und wirft dabei auch einen genauen Blick auf die Wettbewerber, mit denen partiell und temporär sogar Zusammenarbeit gepflegt wurde. In dieser Hinsicht sind insbesondere die Erkenntnisse zu den deutschen jüdischen Privatbankiers des amerikanischen Hauses Kuhn, Loeb & Co. von herausragendem Interesse.

Nicht nur in Zeiten angespannter Finanzen wie 1895/96 oder 1907, als Liquiditätsüberbrückungen gefragt waren, sondern vielfach auch im internationalen Konsortialgeschäft kam es zur Zusammenarbeit mit Gliedern des deutschen Bankensystems, etwa der Deutschen Bank, Bleichröder und anderen.

Paks Studie folgt in jedem der sieben Kapitel eigenen thematischen Schwerpunkten. Im ersten setzt sie sich mit ihrem zentralen Begriff „Gentlemen Bankers“ auseinander. Es handelt sich um die vornehme Umschreibung eines relativ exklusiven privaten Milieus, das auf enger verwandtschaftlicher Verflechtung und gewachsenem Vertrauen basierte, das sorgfältig gepflegt und langfristig gesellschaftsvertraglich fundiert Stabilität und Nachhaltigkeit versprach. Doch so sehr die internen Strukturen und Dispositionen für Außenstehende zumindest intransparent, mitunter geheimnisvoll, erscheinen mussten, war doch andererseits zu erkennen, mit welchen Partnern J. P. Morgan & Co. vornehmlich kooperierten. Zumindest im Konsortial- bzw. Emissionsgeschäft wurden Bedeutung und Einfluss der beteiligten Akteure und so auch die schiere Größe sowie herausragende Stellung der Morgans am internationalen Finanzmarkt sichtbar, auch wenn die Wurzeln dieser dominanten Position niemals offengelegt wurden. Es wurde zwar mehrmals versucht, die zurecht vermutete geheimnisvolle quasimonopolistische Machtposition öffentlichkeitswirksam zu enttarnen, doch es dauerte zumindest bis 1940, als Jack Morgan der Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft zustimmte, der per Gesetz Publizitätspflicht auferlegt war.

Das Privatbankhaus J. P. Morgan zählte mehr als ein halbes Jahrhundert lang zu den einflussreichsten Kreditinstituten nicht nur der New Yorker, sondern auch der internationalen Finanzwelt. Aufgrund ihrer errungenen Machtposition, die nicht zuletzt durch die Finanzierung öffentlicher Großprojekte und Gewährung von Darlehen an Staaten im interkontinentalen Maßstab zustande kam, war zu erwarten, dass die „Gentleman Bankers“ früher oder später ins Visier diverser Aufsichtsbehörden bzw. Senatskommissionen geraten würden. So war es 1912, als der amerikanische Kongress die vermeintlichen Urheber der starken Finanz- und Bankenkrise von 1907 untersuchen ließ, und so war es im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, als man verstecktes monopolistisches Streben der privaten Hochfinanz witterte und öffentlichkeitswirksam Schuldige suchte. Diese – gewissermaßen politische – Geschichte der Privatbank wird von Pak quasi im Vorbeigehen kenntnisreich und mit neuen Quellen nachgezeichnet. Ebenso eher beiläufig schildert sie die vielen Facetten des Private Banking, die Ausdifferenzierungen des Konsortial- und Emissionsgeschäfts sowie die zunehmende Spezialisierung und schließlich Trennung des Merchant- und Investmentbanking. Der Schwerpunkt und die Stärke ihrer Studie liegen aber nicht in der Analyse dieser „klassischen“ Forschungsfelder der Bankengeschichte, sondern in der genauen Ausleuchtung der gesellschaftlichen bzw. sozialhistorischen Dimension der führenden Privatbank J. P. Morgan. Begriffe wie Vertrauen, Reputation, Familie, *social ties*, *social world*, *networks* etc. kommen nicht nur häufig vor, sondern werden in ihrem Wesensgehalt auch kenntnisreich ausgeleuchtet und zu einem facettenreichen und hintergründigen Mikrokosmos der Verflechtungsbeziehungen der privaten Haute Finance verdichtet. Dabei legt Pak einen bemerkenswerten genealogischen Spürsinn an den Tag und belebt ihre Darstellung mit lebendigen Schilderungen, die allerdings zuweilen bis ins Anekdotische reichen. Die Formulierung

ihres Erkenntnisinteresses kommt fast einem Bekenntnis gleich: „Any study of the financial world would do well to look at its relationships, define them broadly, and listen to the story that they tell.“ (S. 225)

Ihre innovative „Fallstudie“ der Finanzelite in gesellschaftshistorischer Absicht dürfte weiten Teilen der Sozialwissenschaften große Freude bereiten – nicht nur Bankhistorikern.

Jena

ROLF WALTER

JOACHIM RÜCKERT (Hg.): *Arbeit und Recht seit 1800. Historisch und vergleichend, europäisch und global* (Industrielle Welt 87). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 389 S., 49,90 €.

Moderne Industriegesellschaften werden bekanntlich vor allem durch den Faktor Arbeit integriert (Martin Kohli). Dabei soll ‚Arbeit‘ nicht allein das materielle Überleben bzw. den Wohlstand jedes Einzelnen sichern. Vielmehr werden Institutionen, aber auch Interessen, Sozialstruktur und kulturelle Identität einer Gemeinschaft durch abhängige und ungebundene Arbeit nachhaltig geprägt. Der emeritierte Rechtshistoriker Joachim Rückert wählt in der Einleitung des vorliegenden Tagungsbandes bewusst eine stark erweiterte Definition von Arbeit und Recht. Er möchte eine „neue Vermessung der Geschichte von Arbeit“ anstoßen, und zwar in vergleichender und globaler Perspektive (S. 7). Die Beschäftigung mit Arbeit solle aber nicht primär als Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern vielmehr als Geschichte der produktiven und reproduktiven Aspekte der Lebenswirklichkeit verstanden werden. In dem Zusammenhang weist Rückert auf das zentrale Verhältnis zwischen Arbeit und Recht hin, denn der Faktor Recht bilde „aufgrund der damit verbundenen Zwangsdrohung und Zwangsgewalt eine der härtesten historischen Strukturen [...] in der Welt der Arbeit“ (S. 7).

Der Band besteht aus insgesamt fünf Kapiteln, die jeweils zwei bis drei Beiträge enthalten und von einem Kurzkommentar abgeschlossen werden. In einem einführenden Kapitel wird dem Leser ein sprach- bzw. begriffsgeschichtlicher Überblick geboten: Zunächst arbeitet der Bandherausgeber die Entwicklung des Begriffs ‚Arbeit‘ als zentrale Kategorie in der deutschen Rechtssprache der letzten beiden Jahrhunderte heraus; anschließend beschäftigt sich Ute Schneider mit der Verwendung im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1900 und im DDR-Familiengesetzbuch von 1965. Während es dann im ersten Kapitel um die Durchsetzung rechtlicher Regeln geht, widmet sich das nachfolgende Kapitel den Themen Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Im dritten Teil stehen verschiedene Arbeitsregime für einheimische und ausländische Arbeitskräfte und die damit verbundenen Regelungsprobleme sowie das sozialistische Arbeits- und Sozialrecht im Mittelpunkt des Interesses. Das abschließende Kapitel thematisiert Arbeitsverhältnisse und Arbeitsrecht außerhalb des Privatrechts, d. h. es geht um den öffentlichen Dienst und Arbeitsverhältnisse in staatlich dominierten Wirtschaftssektoren.

Die insgesamt äußerst anregenden Beiträge, die teilweise sehr unterschiedliche Zugänge und Methoden verwenden, können an dieser Stelle nicht alle ausführlich gewürdigt werden. Daher sollen im Folgenden nur einzelne Aufsätze, die – wie fast alle Beiträge des Sammelbandes – der Anregung Rückerts folgten, eine vergleichende bzw. globale Perspektive einzunehmen, exemplarisch vorgestellt werden. So beschäftigt sich Andreas Eckert mit der Etablierung und Praxis arbeitsrechtlicher Regelungen im kolonialen Britisch-Afrika vor dem Zweiten Weltkrieg. Er weist darauf hin, dass es zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen der Kolonialverwaltung und den afrikanischen Arbeitern gegeben habe. Der Kriegsausbruch 1939 markiere eine „wichtige Wasserscheide“ (S. 110), denn mit der Mobilisierung für den Militärdienst seien viele Beschäftigte von den lokalen Arbeitsmärkten abgezogen worden. Andererseits sei es aber auch zur Zwangsverpflichtung für kriegswirtschaftlich wichtige Produktionsstätten (z. B. Zinnminen in Nigeria) gekommen, was zum Ausbruch von Streiks führte, die in London als Bedrohung der kolonialen Ordnung angesehen wurden. Paul-André Rosental untersucht am Beispiel der Silikose (Staublung), die aufgrund ihrer Opfer die schwerste Berufskrankheit des 20. Jh.s ist (S. 189), die widersprüchliche Entwicklung des Begriffs „Berufskrankheit“

– von einem rein medizinischen zu einem rechtsmedizinischen Begriff. Dieser Wandel vollzog sich, wie der Autor eindrücklich zeigen kann, vor dem Hintergrund der Etablierung und Ausweitung der Sozialversicherung und unter dem Druck der an Einfluss zunehmenden Arbeiterbewegung. Indem Sabine Rudischhauser vergleichende Überlegungen zur Entwicklung des Tarifvertragsrechts in Deutschland und Frankreich zwischen 1890 und 1919 anstellt, kann sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten in beiden Ländern herausarbeiten. Dabei betont sie unter anderem die zentrale Rolle der Vorsitzenden der deutschen Gewerbeberichte und die unterschiedliche Entwicklung der Rechtswissenschaft. So hätten Rechtswissenschaftler in Deutschland sehr viel stärker als in Frankreich „mit der ökonomischen und sozialen Funktion von Ortstarifen“ argumentiert (S. 317). Insgesamt handelt es sich um einen sehr informativen Sammelband, der viele Anknüpfungspunkte für weiterführende Untersuchungen bietet.

Berlin

DIERK HOFFMANN

DIRK SCHINDELBECK U. A. (Hg.): *Zigaretten-Fronten. Die politischen Kulturen des Rauchens in der Zeit des Ersten Weltkriegs* (Veröffentlichungen des BMBF-Forschungsverbundes „PolitCIGs – Die Kulturen der Zigarette und die Kulturen des Politischen: Zur Sprache der Produkte im 20. und 21. Jahrhundert“ 1). Jonas, Marburg 2014, 176 S. (96 Abb.), 25,00 €.

Der vorliegende Band bildet den Auftakt der Veröffentlichungsreihe eines Forschungsverbundes, der sich zum Ziel gesetzt hat, die materiellen, kommunikativen und politischen Dimensionen des Rauchens zu ergründen. Die Zigarette soll dabei als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen dienen. Sie eignet sich demnach für objektorientierte Forschung in besonderer Weise, weil sie als Ensemble dinglicher und medialer Komponenten ein frühes Lifestyle-Produkt war, dessen Markt als ein Experimentierfeld für die Markenartikelidee fungierte. Als Quellen dienen neben zahlreichen Zigarettenreklamen und literarischen Zeugnissen auch Fotos rauchender Soldaten und die Produkte selbst.

Der erste Hauptteil des Buches präsentiert die „Zigarette als neue Raucherware“ (S. 19-73), die erst seit den 1880er Jahren in Mitteleuropa an Bedeutung gewann, obwohl Tabak in anderen Darreichungsformen bereits seit über 300 Jahren verbreitet war. In der zweiten Hälfte des 19. Jh.s sorgten dann vor allem milde Orienttabaksorten dafür, dass die Zigarette ihren Siegeszug antrat. Allerdings setzten sich Mechanisierung und Automatisierung erst allmählich durch. Von den 420 Zigarettenfabriken, die 1914 bereits 18.000 Personen im Deutschen Reich beschäftigten, verzichtete etwa die Hälfte auf Zigarettenmaschinen und setzte noch auf kleingewerbliche Handarbeit. Das jährliche Absatzwachstum von 15 Prozent war auch darauf zurückzuführen, dass die Zigarette einfache Handhabung und schnellen, pausenfüllenden Genuss versprach. Diese Vorteile halfen, neue Konsumentengruppen zu erschließen, wobei auch die immer zahlreicheren Raucherinnen in den Fokus der Werbestrategen gerieten. Die Zigarette wurde als geschlechterübergreifendes Produkt präsentiert, das Modernität und Internationalität symbolisierte. Dabei wurde eine vielfältige Bildwelt erschlossen: Neben Orient-Sujets fanden sich in zahlreichen Produktbezeichnungen, auf Packungen und in Werbeanzeigen Anklänge an die Adelswelt oder die internationale High Society. Bei Preisen zwischen einem und 25 Pfennigen pro Zigarette bot der Variantenreichtum Möglichkeiten distinktiven Konsums. Die Internationalität vieler Markenimages bekam aber schon vor dem Weltkrieg Risse: Als die British American Tobacco Company mit innovativen Produktions- und Marketingmethoden auf den deutschen Zigarettenmarkt drang und 1914 schließlich 27 Prozent des Produktionswertes repräsentierte, formierte sich der Widerstand gegen den „Tabaktrust“, und Zigarettenpackungen mutierten mittels entsprechender Aufdrucke zu politischen Kampfinstrumenten.

Im zweiten Teil des Buches, der die „Zigarette an der Front“ (S. 77-160) unter die Lupe nimmt, werden derartige Entwicklungen weiter verfolgt. Die Eindeutschung von Produktnamen, nationalis-

tische Markenbotschaften und die Militarisierung von Kundenzeitschriften reflektierten die geistige Mobilmachung der Branche. Zunächst löste der Krieg einen Nachfrage-Boom gerade bei teuren Marken aus, der auch darauf zurückzuführen war, dass sich Zigaretten als „Liebesgaben“ für die Front eigneten. Als Bestandteil der rationierten Feldkost war Tabak bereits zum Politikum geworden. Auf die Festlegung von Kontingenten reagierten die Hersteller mit einer Marktaufteilung, lieferten billige Massenware für die Front und betrieben Markenpflege auf den Heimatmärkten. Die zunehmende Rohstoffknappheit führte bald zur Teuerung und mündete in der Zwangsbewirtschaftung von Rohtabak, sodass die mit Buchenlaub gestreckte Kriegstabakmischung schließlich nur noch 15 Prozent Tabak enthielt. Die Suggestion ausreichender Versorgung erfüllte aber wichtige Motivations-, Disziplinierungs- und Propagandafunktionen. Schließlich ließ sich die Zigarette vor allem im zermürbenden Stellungskrieg als Zeitverkürzer, Nervennahrung und Narkotikum nutzen und war dementsprechend in den Schützengräben omnipräsent. Auch auf Offizier-Portraits war sie ein Standard-Requisit, diente der Selbststilisierung und unterstützte die lässige Pose des Kriegers. Einerseits avancierte die Zigarette im Weltkrieg zum Massenkonsumgut und wurde zur verbreitetsten Raucherware, andererseits veränderten sich Materialität und Produktbotschaften. Distinktive Funktionen des Rauchens traten zugunsten gemeinschaftsstiftender in den Hintergrund, die Zigarette wurde vom Genuss- zum Überlebensmittel oder schlicht zur Ersatzwährung.

Die Autoren verstehen es, plausibel zu machen, dass sich aus der Bilderwelt der Zigarette Rückschlüsse auf die Verfasstheit von Gesellschaft ziehen lassen. Schließlich kann der wirtschaftliche Erfolg der Zigarettenindustrie als Hinweis auf die Richtigkeit ihrer Nutzerantizipationen interpretiert werden. Allen an kulturwissenschaftlich inspirierter Wirtschaftsgeschichte Interessierten sei der exzellent illustrierte Band empfohlen. Die Autoren verdeutlichen darin auf eindrucksvolle Weise das innovative Potential objektorientierter Forschung. Ob die Zigarette tatsächlich als Sinnbild der Moderne gelten kann oder nicht eher die Ambivalenzen der Moderne verkörpert, sei dahin gestellt.

Dresden

UWE FRAUNHOLZ

JOHN SHREVE: *Kriegszeit: Das ländliche Deutschland 1914–1919. Belzig und Kreis Zauch-Belzig*. be.bra, Berlin 2014, 672 S., 36,00 €.

Die 100-Jahr-Feiern des Ersten Weltkrieges sind geprägt von der Wiederentdeckung der Orts- und Erlebnisgeschichte des Krieges. Auch via Europeana, dem neuen Portal, werden die personen- und ortsbezogenen Dokumente aus allen Regionen des Deutschen Reiches jedermann leicht zugänglich. In diesen Rahmen fügt sich die hier anzudeutende Monographie bestens ein. Belzig (heute: Bad Belzig bei Potsdam) war eine Landschaft im tiefsten Preußen, vollständig geprägt von der protestantisch-militärischen Tradition.

John Shreve, ein in Berlin lebender US-Amerikaner, war schon mit einer Monographie über Wolf Biermann im Westen hervorgetreten. Diese neue Studie basiert nun auf Akten des Kreises Zauch-Belzig im Brandenburgischen Landeshauptarchiv und anderen regionalen Archiven sowie einer interessanten Sammlung publizierter Quellen und regionaler Monographien. Darunter finden sich auch sehr entlegene Schriften, etwa das „Kriegsgedenkbuch 1914–1918 der Parochie Reetz, Kr. Zauch-Belzig, hg. von Pfarrer Noack, Dessau 1919“ und die Geschichte des örtlichen Regiments „Graf Taubentzien“ (3. Brandenburgisches Infanterie-Regiment Nr. 20). Hinzu kommen zehn Ortschroniken und ein nicht publizierter soldatischer Briefwechsel aus einem Bad Belziger Nachlass.

Der Verfasser hat die Ortsgeschichte vorbildlich in die allgemeine Geschichte des Krieges eingebunden. Seine Chronologie folgt demgemäß übersichtlich dem, was an der Front und in Deutschland geschah und wie sich dies auf die örtliche Bevölkerung auswirkte, bzw. wie diese daran beteiligt war.

Selbstverständlich wird hier, wie in allen Ortsgeschichten des Krieges, dargestellt, wie sich

Lebensmittelknappheit, Geldentwertung und Anleihepolitik „vor Ort“ abspielten. Die neue Lage der Frauen, Kinder und Jugendlichen wird gleichfalls (leider etwas zu knapp und nicht perspektivisch) geschildert. Wichtig ist, dass die Chronologie beachtet wird und man auf diese Weise genau verfolgen kann, wie sich etwa die Erfahrung des Hungers im Laufe der Jahre entwickelte.

Originell ist, dass Shreve konsequent auch die Kriegserlebnisse der Belziger Soldaten aus der Regimentsgeschichte und vielen anderen Quellen herausfiltert, beispielsweise die Gräueltaten in Belgien im August 1914. Nach einer knappen, aber sehr präzisen Darstellung der belgischen „garde civique“ und der Problematik, ob deren Widerstand kriegsrechtlich legitim gewesen sei, zeigt er die Reaktion der Soldaten eben des Belziger Regiments, die vor Verviers eingesetzt waren, dort angegriffen wurden und die übliche Überreaktion zeigten, die dann zu den Massakern an der Zivilbevölkerung führte. Die Regimentsgeschichte spricht sogar explizit davon, dass die Panik der Soldaten oft vom „friendly fire“ hervorgerufen wurde:

„Die Truppe wurde nach kurzer Lähmung von höchster Unruhe erfasst, aus dem Marsche warf sich alles hin, und nun begann ein regelloses Durcheinanderschießen, erst von wenigen dann von vielen. Die Geschosse schlugen gegen die Wände, wirbelten dort Kalkstaub auf und täuschten dadurch den erhitzten Sinnen feindliches Mündungsfeuer vor zu einer Zeit, als der Feind längst das Weite gesucht hatte.“ (S. 63)

Ähnliches gilt für die Schlacht von Verdun 1916, die aus dem Blickwinkel sowohl der Belziger Öffentlichkeit als auch der Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 20 erzählt wird, die tatsächlich vor Verdun kämpften und dort ungeheure Verluste erlitten. Einprägsamer als die immer wieder genannten 370.000 deutschen Gesamtverluste ist sicherlich, wenn man hier detailliert erfährt, wie das Regiment im Laufe von zwei Monaten regelrecht „aufgerieben“ wurde. Zweimal wurde es vor Verdun eingesetzt und bei jedem Mal „verlor“ es ungefähr die Hälfte seiner Mannschaft, nämlich 1.500 Mann. Und als ob das noch nicht genug gewesen wäre, wurde das Regiment nach kurzer „Erholung“ und Auffüllung mit neuen Rekruten auch an der Somme eingesetzt, wo es erneut einen ungeheuren „Blutzoll“ gab. Näher als es hier geschieht, wird man dem „Kriegserlebnis“ der Soldaten nicht kommen können

Diese Darstellung der „Verluste“ wird abgerundet durch deren Rezeption in der Heimat. Shreve zeigt anhand der örtlichen Quellen, wie wenig man vom Massentod wusste. Im Kreis Zauch-Belzig waren es etwa im 1. Halbjahr 1916 „nur“ 112 Todesnachrichten. Also konnte z. B. der örtliche Pfarrer unverdrossen weitere Opferbereitschaft für Deutschlands Ehre und Zukunft einfordern. Dieser Pfarrer war im Übrigen so chauvinistisch, dass er den deutschen U-Bootkrieg nicht nur schönredete, sondern auch von der Kanzel aus bekannt gab, dass sein demnächst das Licht der Welt erblickender Sohn den Vornamen Uboot erhalten sollte. Laut Geburtsregister erhielt der am 29.2.1915 geborene Junge tatsächlich den Namen Karl Joachim Rudolf Uboot Puschmann.

Ich glaube, dass man eine Ortsgeschichte des Ersten Weltkrieges nicht kohärenter schreiben kann, als es John Shreve gelungen ist.

Freiburg

GERD KRUMEICH

THOMAS WELSKOPP: *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*. Mohr Siebeck, Tübingen 2014, 309 S., 59,00 €.

Im Zuge der in letzter Zeit beginnenden Historisierung der „Bielefelder Schule“ der Sozialgeschichte wurde – neben den Tabellen in den Fußnoten – das theoretisch-konzeptionelle Einleitungskapitel als eines der charakteristischen Merkmale der schriftlichen Erzeugnisse dieser „Schule“ herausgestellt. Während solche theoretischen Klärungen in heutigen Publikationen tatsächlich nicht mehr so häufig zu finden sind, dürfte es Thomas Welskops Verbundenheit mit der Bielefelder Tradition der Sozialgeschichte geschuldet sein, dass er dieser Zusammenstellung seiner theoretischen Texte seit Mitte

der 1990er Jahre (ergänzt durch zwei Originalpublikationen) ein solches Kapitel vorangestellt hat. Hier werden grundlegende Begriffe wie Kapitalismus, Unternehmen und Konsum inhaltlich bestimmt und theoretisch geklärt.

Der Autor ist jedoch alles andere als ein unkritischer Adept der „Bielefelder Schule“, sondern hat die konzeptionelle Erneuerung der Sozialgeschichte im Sinn. Dabei geht es ihm darum, wie Letztere die Herausforderung durch die Kulturgeschichte meistern kann, ohne sich ihr anzuverwandeln und essentielle Bestandteile ihres theoretischen Programms kampflos preiszugeben. Dazu gehört für Welskopp wesentlich das Konzept der Praxisgeschichte, das nicht zuletzt impliziert, dass die Sozialgeschichte keinesfalls ihren Anspruch aufgeben darf, eine mit den überlieferten Texten nicht deckungsgleiche historische „Realität“ zu beschreiben. Diese ist ihm zufolge nicht einfach nur konstruiert, sondern hier finden sehr reale und sehr komplexe Aushandlungsprozesse statt, die es empirisch zu beschreiben und theoretisch zu begreifen gilt. Dabei dienen Welskopp insbesondere die Überlegungen von Anthony Giddens als Referenzpunkt, um das Problem in den Griff zu bekommen, wie sich „Handlung“ und „Struktur“ im Hinblick auf konkrete soziale Zusammenhänge theoretisch vermitteln lassen.

Das wird vom Autor besonders am Beispiel des Industriebetriebs expliziert. Dieser ist charakterisiert durch asymmetrische Machtbeziehungen, die einerseits als systematische Herrschaftsverhältnisse zu beschreiben sind, andererseits individuelle Handlungschancen keineswegs ausschließen. Solche Machtbeziehungen sind historisch überhaupt erst zu begreifen, wenn der Betrieb als soziales Handlungsfeld ernst genommen wird. Hier finden komplexe Vergemeinschaftungsprozesse statt, die sich „bipolar“, also über die bloße Konstruktion des Gegensatzes von oben und unten, nicht angemessen fassen lassen.

Darüber hinaus geht es Welskopp darum, einen kritischen Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung zu bewahren. Gerade deshalb hat die Sozialgeschichte die Veränderungen der Arbeitswelt seit den 1970er Jahren in den Blick zu nehmen und sich die Frage zu stellen, inwiefern sich Herrschafts- und Klassenbeziehungen durch den „Abschied vom Proletarier“ oder neue Formen der Unternehmensorganisation und Finanzverflechtung verändert haben. Dabei plädiert der Autor u. a. dafür, den Klassenbegriff weniger im Marxschen Sinne über die Produktionsverhältnisse zu bestimmen, sondern Kapitalbeziehungen im weiteren Sinne mithilfe des Klassen- und Herrschaftsbegriffs zu beschreiben. Zu dieser theoretischen Diagnose einer „Vermarktlichung“ passt es gut, dass auch der Konsum, als gewissermaßen andere Seite der Produktion, am Ende verstärkt thematisiert wird.

Insgesamt verspricht die Lektüre des vorliegenden Buches großen Gewinn. Zunächst bietet es einen Blick in die Werkstatt eines Sozialhistorikers, der sich neben der Abfassung umfangreicher empirischer Arbeiten intensiv und auf hohem Niveau über die konzeptionellen Grundlagen seiner Forschung Gedanken gemacht hat. Der Band bietet die Gelegenheit, Texte wieder zu lesen, welche die hitzige Debatte zwischen Sozial- und Kulturgeschichte ab den 1990er Jahren wesentlich bestimmten. Und schließlich macht Welskopps theoretisches Weiterdenken der „klassischen“ Sozialgeschichte deutlich, dass es einen Weg und eine Haltung zwischen dem griesgrämigen Beharren auf hergebrachten Ansätzen und deren kampfloser Preisgabe gibt, wenn der nächste „turn“ am Horizont erscheint.

Um am Ende nochmals auf das theoretische Einleitungskapitel zurückzukommen: Am interessantesten ist hier m. E. die Unterscheidung von Konsum, Konsumgesellschaft und Massenkonsum. Während Konsum als systemspezifische Regelung der Versorgung unter kapitalistischen Bedingungen bestimmt wird, ist eine Konsumgesellschaft dadurch charakterisiert, dass eine Mehrheit der Bevölkerung ihre Angelegenheiten im Modus des Konsums regeln kann. Massenkonsum schließlich zeichnet sich dadurch aus, dass immer mehr Lebensbereiche, über die Versorgung mit elementaren Gütern hinaus, im Modus des Konsums geregelt werden.

Diese Bestimmungen, obwohl erkennbar abstrakt, bieten eine interessante Lösung für ein wesentliches Problem der jüngeren Konsumgeschichte an, nämlich zwischen den objektiven sozioökonomischen Bedingungen des Konsumierens und den Konsumpraktiken zu vermitteln. So hat der Bedeutungsgewinn von Warenhäusern, Werbekatalogen etc. in den 1920er Jahren in der Forschung mitunter dazu geführt, von der konkreten Verfügbarkeit und kaufkräftigen Nachfrage, um all die

schönen neuen Waren auch zu erwerben, weitgehend zu abstrahieren. Umgekehrt hat die Fokussierung auf das disponible Einkommen dazu verleitet, die Konsumgesellschaft in Deutschland erst mit dem Wirtschaftswunder beginnen zu lassen, ohne einen Ansatzpunkt zu haben, ihre Wurzeln bis ins späte 19. Jh. zurückzuverfolgen. Welskopp's Definition könnte hier weitergehende theoretische Anschlüsse ermöglichen.

München

ROMAN KÖSTER

C. Sozialgeschichte

KURT ANDERMANN (Hg.): *Neipperg. Ministerialen – Reichsritter – Hocharistokraten* (Kraichtaler Kolloquien 9). bibliotheca academica, Epfendorf 2014, 288 S. (zahlr. Abb.), 29,00 €.

Das vorliegende Buch ist der neunte Tagungsband der „Kraichtaler Kolloquien“, die seit nunmehr über 20 Jahren unter der Ägide Kurt Andermanns stattfinden und in vorbildlicher Weise grundlegende landesgeschichtliche Themen in europäischen Bezügen behandeln. Sie finden zudem stets unter großem Zulauf von Geschichtsinteressierten und mit erheblicher Förderung aus der Region statt. Beides trifft seit Jahren auch auf Vertreter des Hauses Neipperg zu, dessen selbst für abgeklärte AdelshistorikerInnen faszinierende Geschichte Gegenstand des Kolloquiums 2012 war und nun des Bandes ist.

In seinem Vorwort verweist der Herausgeber darauf, dass in jüngerer Zeit etliche Sammelbände zu einzelnen adligen Familien wie zur vergleichenden Adelsgeschichte erschienen sind, die den „Facettenreichtum adligen Daseins im Lauf der Jahrhunderte“ (S. 12) und die damit verbundenen, oft hochdynamischen Prozesse aufzeigen, wozu auch dieser Band beitragen sollte. So handelt Christian Wieland über „Publizistische Reflexionen im Alten Reich“; sein auch mit europäischen Seitenblicken versehener Beitrag ist aber darüber hinaus ein *tour d'horizon*, was Adel in der Vormoderne sein konnte und wie über ihn Diskurs gehalten wurde. Jörg Schwarz untersucht „Die Anfänge des Hauses Neipperg im hohen Mittelalter“, insbesondere die frühen Erwähnungen Mitte des 13. Jh.s, methodisch umsichtig und zu Recht vor allzu linearen ex post-Schlüssen warnend. Gleichwohl kann er einen reichsministerialischen Hintergrund plausibel machen und weist die engen Dienst- und Lehnsbeziehungen zu den Bischöfen von Würzburg schon in jener Zeit nach. Die „höfische[n] Kontexte“ (S. 51) zeigen sich dabei sowohl in den Schriftquellen als auch in der Baugeschichte – zunächst der Burg Neipperg. Kurt Andermann widmet sich der spätmittelalterlichen Geschichte der Familie in ihrer Landschaft, stellt vor der Folie der regionalen Positionskämpfe um Herrschaft und Macht in nachstaufrischer Zeit den wachsenden Streubesitz nicht nur im Kraichgau, die Lehen und Pfandschaften dar und beleuchtet die Entwicklung des sich zunächst vor allem in den üblichen Zirkeln entfaltenden Konnubiums sowie der Familienzweige. Eindrücklich schildert er die Schwierigkeiten (nieder-)adliger Selbstbehauptung im Machtspiel zwischen Pfalz, Baden und Württemberg besonders im 15. Jh.

Hermann Ehmer zeichnet die Reformationsbewegung im Kraichgau nach, der gerade wegen des starken ritterschaftlichen Engagements zeitweise als typisch protestantische Landschaft der Frühphase gelten kann. Doch zeigt der Autor anhand einer überlieferten, sehr hübschen Wirtshausszene aus dem Jahr 1527 auch, dass die Glaubenswende dort nicht nur „eine Reformation von oben“ (S. 107) war. Der Beitrag Horst Carls mit dem Titel „Paladine des Kaisers. Militärische Karrieren und der Aufstieg der Familie Neipperg am Wiener Hof im 18. Jahrhundert“ legt dar, wie Aufstieg im Adel (bei den Neipperg rangmäßig 1672 mit dem Freiherrenstand und schließlich 1726 mit dem Reichsgrafentitel) gelingen und nachgehalten werden konnte – durch herrscherliche wie durch genealogische Gunstlagen. Die Neipperger Konversion zum Katholizismus war dabei nicht Startpunkt, sondern verstärkendes Moment: Sie schloss sozusagen die Pforte zu den inneren Hofkreisen auf. William D.

Godsey zieht die Linie(n) weiter bis ins 20. Jh. und zu den weiten Dimensionen, die nicht zuletzt die Ehen mit der Napoleon-Witwe Marie Louise und mit Rosa von Lobkowitz mit sich brachten. Johannes Süßmann stellt sodann – wie schon Jörg Schwarz – Schrift- und Bauquellen gegenüber, um an Schloss Schwaigern und dem Wiener Stadtpalais der Familie deren zwei Standsäulen im 18. Jh. herauszuarbeiten. Reinhard Graf von Neipperg, Familienmitglied und Historiker, beschließt den Band mit sehr beeindruckenden, zwar behutsamen, aber auch kritischen Betrachtungen zur eigenen Familiengeschichte im nicht nur für den Adel so herausfordernden 20. Jh.

Insgesamt bietet der Band nicht nur eine adlige Familiengeschichte zwischen Region und Reichszentrale(n), sondern auch zahlreiche Anregungen zur europäischen Adelsgeschichte im Vergleich. Es ist zudem ein reich bebildertes, schön gemachtes und gut zu lesendes Buch. So bleibt in summa zu hoffen, dass die „Kraichtaler Kolloquien“ mit ihren gedruckten Erträgen noch lange fort dauern werden.

Kiel

GABRIEL ZEILINGER

RONALD G. ASCH: *Sacral Kingship between Disenchantment & Re-enchantment. The French and English Monarchies 1587–1688* (Studies in British and Imperial History 2). Berghahn, New York/Oxford 2014, 278 S., 83,73 €.

Die These von der Säkularisierung der Politik nach 1648, die auch eine Säule des politologischen Modells vom „Westfälischen System“ ist, wird immer wieder in Frage gestellt, einerseits mit dem Argument, dass Säkularisierungsprozesse schon vor 1648 begonnen haben, andererseits mit dem Hinweis auf zahlreiche Belege der politischen Bedeutung von Konfession nach 1648. In diese Richtung stößt auch die Untersuchung von Ronald G. Asch über die sakrale Dimension des Königtums in England und Frankreich und zeigt dabei, dass die Säkularisierung der Politik und der politischen Legitimation kein linearer Prozess war, sondern ein komplexer Vorgang, in dem sich Entzauberung und Re-Mystifizierung abwechselten. Asch unternimmt seine Analyse als eine *histoire croisée* der französischen und der im Mittelalter eng am französischen Vorbild entwickelten englischen Monarchie und legt dar, dass beide sich in der Neuzeit keineswegs als völlig unterschiedliche und unverbundene Entitäten entwickelten: Die englisch-französische Geschichte war in dem untersuchten Zeitraum – von der Hinrichtung der Thron-Rivalin Elisabeths I., Maria Stuart, einer französischen Königin-Witwe, bis zum Exil Jakobs II. in Frankreich mit der Glorious Revolution – nicht nur personell verflochten, sondern diese Verflechtungen standen auch im Zusammenhang mit den politischen Diskursen und Entwicklungen in beiden Ländern. Heinrich IV. von Frankreich und Jakob I. von England unternahmen etwa zeitgleich nach einer Phase der Ent-Sakralisierung Maßnahmen zur Re-Sakralisierung des Königtums. Beide hinterließen damit ihren Nachfolgern eine Aufgabe, die diese zwar äußerlich unterschiedlich bewältigten, dabei aber überraschende Parallelen aufwiesen: Im Zuge seiner Hinrichtung konnte Karl II. sich in einer Weise als tugendhafter christlicher König stilisieren, die der Inszenierung des Sterbens Ludwigs XIII. ähnelte. Am Ende seines Untersuchungszeitraums kann Asch nochmals Parallelen im herrscherlichen Selbstverständnis von Ludwig XIV. und Jakob II. herausarbeiten. Aschs insgesamt über ein Jahrhundert angelegte Verflechtungsanalyse erschüttert den Mythos der vermeintlichen Einzigartigkeit Englands und seiner Abgrenzung von der französischen bzw. kontinentalen Entwicklung. Erst ab 1688 konstatiert der Autor eine unterschiedliche Entwicklung beider Monarchien.

Die Analyse ist eine intellektuelle Meisterleistung, die von tiefer Kenntnis der Politik und theoretischen Diskurse des 16. und 17. Jh.s zeugt, vor allem aber davon lebt, dass Asch Sachverhalte zueinander in Beziehung zu setzen vermag und dabei zu neuen, mitunter verblüffenden Einsichten gelangt. So arbeitet er an den Beispielen des Königsmords an Heinrich IV. und Karl I. heraus, dass diese vermeintlichen Höhepunkte einer Ent-Sakralisierung des Königtums Potential zur Re-Sakra-

lisierung besaßen, weil Karl I. sich im Sterben entsprechend inszenierte und weil beide nach ihrem Tod als Märtyrer legendenhafte Verehrung erfuhren. Einzelne Aspekte hätten die Perspektive der Analyse noch erweitern und die Argumentation schärfen können: eine stärkere Einbeziehung gerade der älteren Forschung zur Sakralität und sakralen Legitimierung frühneuzeitlicher Herrschaft in England und Frankreich; der systematische Blick nicht nur auf die verflochtenen Gemeinsamkeiten der Monarchien, sondern auch auf ihre Konkurrenz; oder auch die Frage nach der Rolle der Dynastie in der Säkularisierung und Sakralisierung von Herrschaft. Der Wert der Analyse aber ist nicht in Zweifel zu ziehen, denn sie hinterfragt minutiös mehrere historische Erklärungsmodelle und zeigt damit deutlich, dass historische Entwicklungen vielfach komplexer sind als thesenhafte Reduktionen zugestehen. Auch das klassische Erklärungsmodell vom Absolutismus als einer vermeintlichen Übergangsform zwischen sakralisierter personaler Herrschaft und säkularem Staat bedarf damit einmal mehr der Revision. Die Rolle der Religion im modernen Staat und seiner Entwicklung muss weiter erforscht werden. Asch ist ein beeindruckendes Buch gelungen. Es stellt sich lediglich die Frage, ob er es unbedingt mit einem verbalen Rundumschlag gegen seinen Status als Ordinarius und die deutsche Exzellenzinitiative, die seine Forschung über mehrere Jahre gefördert hat, beginnen musste.

Würzburg

ANUSCHKA TISCHER

CORINNA BASTIAN U. A. (Hg.): *Das Geschlecht der Diplomatie. Geschlechterrollen in den Außenbeziehungen vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert* (Externa 5). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 316 S., 49,90 €.

Die Erforschung der Geschichte der neuzeitlichen Diplomatie erlebt bereits seit einigen Jahren eine Renaissance, seitdem auch verstärkt kulturgeschichtliche Fragestellungen an die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen politischen Akteuren herangetragen werden. Der vorliegende Band, der die Abschlussstagung eines Berner Forschungsprojektes zur „Weiblichen Diplomatie im 18. Jahrhundert“ dokumentiert, ist in diese Forschungsperspektive einzuordnen. Gefragt wurde, „inwiefern die Darstellung diplomatischer Akteure und Akteurinnen in verschiedenen Handlungszusammenhängen seit dem Spätmittelalter durch das Geschlecht [...] bestimmt“ und „in welchen Handlungskontexten die Kategorie Geschlecht überhaupt relevant wurde“ (S. 13). „Diplomatie“ meint im Verständnis der Herausgeber und Herausgeberinnen letztlich alle Formen von Verhandlungssituationen, in denen es um grenzüberschreitende Kommunikation ging.

Die Bandbreite der Themen reicht vom Agieren spanischer Königinnen des Spätmittelalters (Raphaella Averkorn) bis zur Frage der Öffnung des Schweizer diplomatischen Dienstes für Frauen in den späten 1960er Jahren. Beiträge zur Frühen Neuzeit von Katrin Keller (habsburgische Königinnen), Jane Couchmann (Hochadelige in den französischen Religionskriegen), Julia Schwarz (die bayerische Kurfürstin Adelaide von Savoyen), Svante Norrhem (schwedische Hochadelige) und Joan Landes (die *remise* von Marie-Antoinette) dokumentieren eindrucksvoll Fälle von z. T. großen weiblichen Handlungsspielräumen in – im weiten Sinne – „außenpolitischen“ Kontexten. Gemeinsam ist allen Beispielen, dass keine der Frauen im engeren Sinne als Gesandte, d. h. als offizielle Repräsentantin eines politischen Akteurs handelte, worauf auch Jean-Claude Waquet in seiner konzisen Schlussbetrachtung hinweist. Wohl aber wurde der Kontakt zu Frauen – Fürstinnen, Mätressen, Adelligen – von eben jenen Gesandten gesucht – wie der Fall der Madame de Pompadour, über die die Gesandten am französischen Hof Informationen über die Ideen des äußerst unzugänglichen Ludwig XV. zu erhalten hofften, eindrucksvoll zeigt (Beitrag Corinna Bastian, Eva Dade, Eva Ott). Auf ein Forschungsdesiderat weist Waquet hin: Welche Rahmenbedingungen boten Republiken weiblichen Verhandlungen und wie reagierten die Kurie und ihre Nuntien auf weibliche Verhandlungspartner?

Mit der Französischen Revolution veränderte sich die Situation. Männer und Frauen debattierten über die öffentliche Rolle von Frauen (Beitrag Claudia Opitz), vorerst mit wenig konkreten Ergebnissen. Die Diplomatie professionalisierte sich, Diplomatenfrauen übernahmen die mehr oder weniger festumrissene Aufgabe der Repräsentation in den Residenzstädten ihrer Diplomatenfamilien, wie Ellinor Schweighöfer am Beispiel der Diplomatenfamilie in Frankfurt in der Epoche des Deutschen Bundes zeigt.

Norman Domeiers Beitrag thematisiert das „dritte Geschlecht“ der Diplomatie. Er beschreibt, wie im Kaiserreich der Vorwurf der Homosexualität gegen den Eulenburg-Kreis um Wilhelm II. gleichgesetzt wurde mit Landesverrat, da in diesem Kreis für moderates Verhalten zur Lösung der außenpolitischen Krisen der Jahrhundertwende plädiert wurde. „Auf diese Weise wurde im deutschsprachigen Raum die Figur des homosexuellen Landesverraters etabliert, deren Wirkung über die Traditionslinie Redl-Röhm-Kießling bis in die Gegenwart reicht.“ (S. 198) Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte durch die Gründung des Völkerbundes neue Formen der Diplomatie hervor. Madeleine Herren-Oesch zeigt, wie Frauen in neuen internationalen Netzwerken ihren Platz fanden. Die erste veritable „Botschafterin“ schließlich entsandte ein neuer „Staat“, die Sowjetunion: Aleksandra Kollontaj trat 1922 in Norwegen ihren Posten an (Susanne Schattenberg).

Ein insgesamt sehr anregender Band, der gerade für die Frühe Neuzeit die Vielfalt von „außenpolitischen“ Verhandlungssituationen eindrucksvoll dokumentiert. Die im 19. Jh. professionalisierten und bürokratisierten diplomatischen Dienste öffneten sich erst nach 1945 für Frauen und boten ihnen nun die Möglichkeit, als offiziell akkreditierte Gesandte oder Botschafter in transnationalen Verhandlungen tätig zu sein. Doch mittlerweile sind Frauen in der Diplomatie eine Selbstverständlichkeit und „nichts hinderte [...] die Frauen daran, wie Katharina von Medici weiterhin davon auszugehen, dass sie bessere Diplomaten seien als Männer“, so das Fazit Jean-Claude Waquets (S. 271).

Heidelberg

SVEN EXTERNBRINK

TOBIAS BECKER: *Inszenierte Moderne. Populäres Theater in Berlin und London, 1880–1930* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 74). De Gruyter/Oldenbourg, München 2014, 504 S. (29 Abb.), 64,95 €.

Mit seiner aufwändigen, primär an der Freien Universität Berlin entstandenen und von Paul Nolte betreuten Dissertation, die nun gekürzt und überarbeitet veröffentlicht wurde, hat Tobias Becker ein historisches Thema bearbeitet, das gerade in den letzten Jahren wieder an Aktualität gewinnt: Kann es neben dem hoch subventionierten öffentlichen Theater ein privat-kommerzielles Theaterangebot geben, mit dem sich Geld verdienen lässt? Im Kaiserreich wurde diese Frage bejaht, in der Weimarer Republik mehrten sich die Zweifel. Zu beiden Zeiten war jedoch Voraussetzung, dass das Angebot nicht allzu elitär war, dass es vor allem jene Gattungen und Stücke umfasste, „die am populärsten waren, das heißt, die das größte Publikum erreichten“ (S. 14). „Populäres Theater“ ist also nicht gerade das, was musik- und literaturgeschichtlich Bewanderte zu kennen pflegen. Seine Heimstatt hatte es vor dem Zweiten Weltkrieg überall, vor allem aber in Privat- oder – wie es damals gerne abwertend hieß – Geschäftstheater. Dieses Feld gründlich durchleuchtet zu haben, ist ein besonderes Verdienst von Beckers Studie.

Weiteren Wert gewinnt sie dadurch, dass sich Becker nicht auf die Gegebenheiten in Deutschland und hier auf ihr – bei diesem Thema – unbestrittenes Zentrum Berlin beschränkt, sondern immer auch vergleichend nach Großbritannien und auf dessen Hauptstadt – auch in Theaterdingen – blickt. Wie spannend die Ergebnisse dadurch zu werden vermögen, beweist bereits sein erstes, „Theaterpolitik“ überschriebenes Kapitel. Man erfährt darin beispielsweise, dass sich die Berliner Polizei im Kaiserreich nicht wie in London mit der Vorzensur der Manuskripte begnügte, sondern auch die einzelnen Theateraufführungen überwachte und insgesamt viel mehr Stücke verbot als die in London.

Andererseits wurden dort Stücke verboten, die in Berlin ohne Beanstandung aufgeführt werden konnten. Wo die Zensur liberaler war, lässt sich also kaum sagen (S. 75).

Spätestens Beckers zweites Kapitel „Theaterräume“ macht schließlich klar, dass sein Erkenntnisinteresse viel weiter gefasst ist als das traditioneller Theatergeschichte; ihm geht es nicht nur um „Repräsentationen“, sondern auch um „Strukturen“ und „Praktiken“. Neben den Theatergebäuden und den in den Stücken „inszenierten Räumen“ beschäftigt er sich darin deshalb auch ausgiebig mit dem konkreten „Theater in der Metropole“, der Lage der Theatergebäude in eigenen Theater- und – weiter gefasst – Vergnügungsvierteln, in Berlin vor allem an der Friedrichstraße und in ihrem Umfeld.

Auch in seinen beiden weiteren Kapiteln verfolgt Becker das hoch gesteckte Ziel, prinzipiell alle Aspekte des Theaterbetriebs zu untersuchen. „Theatergesellschaft“ heißt für ihn auf der einen Seite, den komplexen Bereich des Publikums zu durchleuchten, und auf der anderen Seite, die wichtigsten Strukturen im Bereich der Schauspielerschaft aufzuzeigen. „Theatergeschäft“ schließlich behandelt als erstes die einzelnen Unternehmensformen und wichtige ökonomische Eckdaten, als zweites die „Produkte“, die Stücke und Inszenierungen, als Waren. Es leuchtet ein, dass dabei vieles recht knapp ausfällt, vielleicht auch aufgrund der Quellenlage recht knapp ausfallen muss.

Weniger überzeugend sind dagegen die Versuche, die Inhalte der aufgeführten Stücke den einzelnen Kapiteln schwerpunktartig zuzuordnen. Bei „Theaterpolitik“ trifft dies mit „inszenierter Politik“ durchaus einen recht zentralen Aspekt, ähnlich bei „Theatergesellschaft“ mit „inszenierter Gesellschaft“. Schwieriger steht es bei den „Theaterräumen“ mit den „inszenierten Räumen“, unbefriedigend muss bei „Theatergeschäft“ der Abschnitt „inszenierter Konsum“ bleiben.

Angesichts des hohen Maßes an Reflexion, das die Untersuchung Beckers insgesamt auszeichnet, ist es zudem verwunderlich, dass er an mehreren Stellen darauf verzichtet, ihre Grenzen stärker zu thematisieren bzw. trennschärfer zu argumentieren. Dies gilt vor allem für drei Aspekte. Zum ersten wird nie ganz klar, was genau er als „populäres Theater“ bezeichnet. Die Einleitung legt nahe, dass er darunter nur „das populäre Musiktheater in Gestalt von Operette, Musical Comedy und Revue“ fasst (S. 14). Auf das populäre Sprechtheater der Salontheater und Schwänke, das zumindest in Berlin ebenfalls weite Verbreitung fand, geht er nicht weiter ein; auf jeden Fall bemüht er sich nicht um eine klare Grenzziehung und Gewichtung der beiden Bereiche. Ganz schwierig wird dies in seinem „Schauspieler“ überschriebenen Kapitel (S. 237 ff.), wo nur der Kundige erkennt, welchen Aspekt Becker gerade im Blick hat. Dass dabei die Musiker als integraler Bestandteil auch des populären Musiktheaters keine Berücksichtigung finden, ist unverständlich.

Zum zweiten wäre eine stärkere Kontextualisierung der Theaterangebote der beiden Metropolen innerhalb der Gesamtstaaten wünschenswert gewesen. Die Bemerkungen auf Seite 154 f. legen zwar nahe, dass die Bedeutung Londons für Großbritannien größer war als die Berlins für das Reich, aber schon allein die sehr interessante Tabelle auf Seite 435, die zeigt, dass sich der Anteil der Berliner Angestellten im Bereich Musik und Theater an den Gesamtzahlen im Reich zwischen 1882 und 1925 mehr als verdoppelte und zuletzt fast genau ein Sechstel betrug, hätte mehr als die wenigen Hinweise auf Seite 238 f. verdient. Im Vergleich damit waren die Verhältnisse in Großbritannien viel konstanter. Hier lebten immer mehr als ein Drittel der Schauspielerinnen und Schauspieler in London. Überraschen muss zudem, dass im Reich 1925 mehr als 80.000 Angestellte im Musik- und Theaterwesen gezählt wurden, während es 1931 in Großbritannien noch nicht einmal 20.000 Schauspielerinnen und Schauspieler gab. Die Musiker werden diese Lücke nicht gefüllt haben!

Die Gegebenheiten im deutschen Theater während der Weimarer Republik waren sehr kompliziert und erschließen sich nur begrenzt aus der Perspektive der Berliner Privattheater und erst recht des von Becker vor allem untersuchten „Metropol-Theaters“. Dies führt zum dritten und letzten hier zu erwähnenden Kritikpunkt. Die Quellenlage zu den Privattheatern ist schlecht. Insofern ist eine Konzentration auf zwei ohne Zweifel wichtige Bühnen von vornherein zu begrüßen und zu akzeptieren. Allerdings müssen dann auch die Grenzen der daraus ableitbaren Aussagen klarer hervorgehoben werden, zumal eben der zweite wichtige Bereich des populären Theaters, das populäre Sprechtheater, nur ansatzweise thematisiert wurde.

GISELA BOCK: *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 213). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014, 400 S., 64,99 €.

Wenn Gisela Bock, Pionierin der internationalen Frauen- und Geschlechtergeschichte, ihre Aufsätze und Essays in einem Band zusammenstellt, so ist das nicht zuletzt darum verdienstvoll, weil auch in der Geschlechtergeschichte der Hype um das Neueste ältere und grundlegende Arbeiten leicht vergessen lässt. Die Zusammenstellung erleichtert also die für die Wissenschaft so eminent wichtige Verbindung zwischen Altem und Neuem. Die Autorin beschränkt sich aber nicht auf eine Zusammenstellung ihrer an unterschiedlichen Orten erschienenen Arbeiten: Der Band enthält, neben diesen grundlegenden älteren Aufsätzen, neue Originalbeiträge, bisher unveröffentlichte, bzw. nicht in deutscher Sprache vorliegende Texte.

In ihrer den 13 Beiträgen vorangestellten Einleitung analysiert Bock unter dem an die Arbeit der Frühneuzeithistorikerin Natalie Zemon Davis angelehnten Titel „*Multiple Stories*“: *Perspektivwandel in der Frauen- und Geschlechtergeschichte* die zentralen internationalen Debatten der Frauen- und Geschlechtergeschichte der vergangenen Jahrzehnte. Diese Einleitung – gleichzeitig auch Einführung in die fünf Kapitel, die die Beiträge strukturieren – weist neben den methodisch-theoretischen Grundlagen auf die thematischen Schwerpunkte der Forschung der Autorin hin, die in diesem Band wie folgt zusammengestellt sind: die internationale Debatte um Frauengeschichte und Geschlechtergeschichte (erstmalig auf Deutsch), Dichotomien als Herausforderung für die Geschlechtergeschichte (erstmalig auf Deutsch), die frühneuzeitliche Querelle des Femmes (1997, erg.), die Menschen- und Frauenrechtsdebatten und die Wiederentdeckung der Olympe de Gouges (2009, online), das Konzept und die Begriffsgeschichte von „Frauenemanzipation“ (neu), das politische Denken des Suffragismus (1999), transnationale Perspektiven der Wege zum Wahlrecht (neu), die Entstehung der Hausarbeit in den USA (1976), weibliche Armut und Rechte von Müttern (1995), nationalsozialistische Sterilisations- und Geburtenpolitik (Zusammenführung von Texten 2003/2004), Frauen als Täter, Opfer, Zuschauer und Mitläufer im Nationalsozialismus (1997), Women's History zwischen Amerika und Europa, Nachruf auf Gerda Lerner (2013), lokale und europäische, transnationale und globale Geschlechtergeschichte (neu). Diese Texte sind, wie die Verfasserin treffend bemerkt, „zum einen Ausdruck der Entwicklung der Frauen- und Geschlechtergeschichtsschreibung in jenem Zeitraum, und zum anderen haben sie zu dieser Entwicklung beigetragen“ (S. 7).

Zwei dezidierte Thesen der Autorin, wie sie in der Einleitung und im abschließenden Text explizit formuliert sind, unterlegen in unterschiedlicher Ausprägung die Analysen. Erstens und auch rückblickend: „Frauengeschichte kann nicht ohne Männergeschichte konzipiert werden (und ist ohne sie weder konzipiert noch praktiziert worden), und Frauengeschichte ist Geschlechtergeschichte *par excellence*.“ (S. 11) Zweitens und als konzeptionelle Forderung auch für die zukünftige Forschung: Es ist (wiederum mit Verweis auf Natalie Zemon Davis) die Forderung nach einem „globalen Bewusstsein“ (S. 391), das inter- und transnationale, inter- und transkulturelle Geschichte(n) prägen sollte, das aber mikro- und lokalhistorische Ansätze keineswegs überflüssig mache. „In diesem Sinn kann die Frauen- und Geschlechtergeschichte ebenso sehr von der transnationalen und globalgeschichtlichen Herausforderung profitieren als sie ihrerseits zu ihr beitragen kann.“ (S. 392)

Die ausführlichen, sorgfältigen und kritischen Literaturangaben und Anmerkungen (eine zusammenfassende Bibliografie fehlt leider) zu weiteren Arbeiten der Autorin und zu den Studien der internationalen *scientific community* von Historikerinnen (und Historikern), die zu dem inzwischen großen und vielfältigen Forschungsfeld beigetragen haben, begleiten und belegen die Entwicklung der Geschlechtergeschichte von den 1970er Jahren bis zur Gegenwart.

Basel

REGINA WECKER

TOBIAS BRINKMANN (Hg.): *Points of Passage. Jewish Transmigrants from Eastern Europe in Scandinavia, Germany and Britain 1880–1914*. Berghahn Books, New York u. a. 2013, 175 S. (4 Abb., 11 Tab.), 78,40 €.

Tobias Brinkmann, Historiker an der Penn State University, hat einen Sammelband zur Migration osteuropäischer Juden und Jüdinnen in den Jahren 1880–1914 vorgelegt. Mit der brillant verfassten Einleitung durch den Herausgeber besteht die Publikation aus acht Beiträgen. Brinkmann betritt mit der Veröffentlichung zwar kein Neuland der Forschung. Vielmehr sind die Wanderungsbewegungen um die Wende vom 19. zum 20. Jh. eines der bestuntersuchten Gebiete der jüdischen Geschichte. Im vorliegenden Buch werden allerdings neue bzw. stark vernachlässigte Aspekte in den Vordergrund gestellt, was es gegenüber anderen Arbeiten auszeichnet.

Über zweieinhalb Millionen osteuropäische Juden und Jüdinnen haben um die Jahrhundertwende ihren Heimatländern den Rücken gekehrt. Der überwiegende Teil von ihnen zog nach Übersee. Das heutige amerikanische Judentum besteht weitgehend aus den Nachfahren der aus Polen, Russland, Galizien und anderen Landstrichen zugewanderten Juden und deren Familien. Auch die jüdische Gemeinde in Wien, die vor dem Ersten Weltkrieg etwa zehn Prozent der Stadtbevölkerung ausmachte, sowie jene in Berlin, London, Paris und anderen europäischen Städten wurden zu einem beträchtlichen Teil von diesen Migranten/-innen geformt. Das Thema der ostjüdischen Emigration gehört gleichsam zu den Ursprungserzählungen dieser Judenschaften.

Die ostjüdischen Auswanderer/-innen in Schweden sind eines der Themen, die von der Forschung gewöhnlich wenig beachtet werden, allerdings Eingang in den Sammelband gefunden haben. Der an der Universität Uppsala tätige Wissenschaftler Carl Henrik Carlsson setzt sich damit auseinander. Obwohl die Zahl der Juden in Schweden gering blieb und einige Tausende nie überstieg, wird im Artikel paradigmatisch gezeigt, was Juden zum Aufsuchen bestimmter Destinationen bewog.

Das heißt nicht, dass Juden immer in der Lage waren, ihre Migrationsorte selbstständig zu wählen. Um zu ihren anvisierten Zielen zu kommen, waren sie von mehreren Faktoren abhängig. Dazu zählte nicht nur ihre Barschaft, mit der sie ihre Reise mit der Eisenbahn und auf dem Schiff bezahlen mussten, sondern auch ihr Gesundheitszustand. So wurden kranke Juden nach 1891 nicht mehr in die USA gelassen. Auch in Deutschland war die Furcht vor kranken Ein- und Durchwanderer/-inne/n sehr groß. Der Artikel von Nicole Kvale Eilers, Historikerin an der University of Wisconsin-Madison, beschreibt anschaulich, wie Juden an der deutsch-polnischen Grenze Desinfektionsmaßnahmen unterzogen und in geschlossenen Waggons durch Deutschland transportiert wurden. Vor allem die Choleraepidemie in Hamburg 1892 trug zu einer von Panik gezeichneten Haltung gegenüber Fremden bei. Russische Juden und Jüdinnen mussten, selbst wenn sie nur auf Durchreise waren, einige Tage in Quarantäne verbringen, bevor sie weiterreisen durften. In welchem Maße die Bakteriologie Metaphern für den Umgang mit jüdischen Migrante/-inne/n lieferte, ist im Beitrag von Barbara Lüthi von der Universität Basel nachzulesen.

Andere Aufsätze im Sammelband befassen sich mit den Reisebedingungen auf den Schiffen nach Amerika bzw. der Konkurrenz der Schifffahrtslinien untereinander, von denen jede möglichst viele Passagiere transportieren wollte. Die Schiffsunternehmen trugen wesentlich zur Verbreitung eines positiv überzeichneten Bildes von Amerika bei, das nicht wenige Juden und Jüdinnen zur Emigration motivierte. Dass sie dann oftmals eine ganz andere Realität erlebten und daran zerbrachen, ist wenig überraschend.

Wesentlich an der von Brinkmann herausgegebenen Publikation ist, dass auf der Basis gediegener Forschung einige Annahmen, die in den vergangenen Jahrzehnten unhinterfragt wiedergegeben wurden, revidiert werden müssen. Dazu zählt vor allem die Vorstellung, dass der Hauptbeweggrund der Emigration die Pogrome in Russland im Jahre 1881 gewesen seien. Dass anti-jüdische Maßnahmen nicht der primäre Anlass für die Auswanderung aus Galizien waren, steht seit langem fest. Aber dass sie auch für Russland nur sekundär waren, ist doch einigermaßen erstaunlich. In diesem Sinne ist der Sammelband von Tobias Brinkmann sehr aufschlussreich und kann mit Nachdruck zur Lektüre empfohlen werden.

NILS BUSCH-PETERSEN: *Leonhard Tietz: Fuhrmannssohn und Warenhauskönig – Von der Warthe an den Rhein* (Jüdische Miniaturen 92). Hentrich & Hentrich, Berlin 2014, 87 S. (25 Abb.), 8,90 €.

DIETER G. MAIER/JÜRGEN NÜRNBERGER: *Oscar und Max Levy. Europäer und „Nietzsche-Apostel“ – Patriot und Unternehmer* (Jüdische Miniaturen 152). Hentrich & Hentrich, Berlin 2014, 98 S. (17 Abb.), 9,90 €.

ALFRED GOTTWALD: *Paul Levy. Ingenieur der Hedschasbahn und der Reichsbahn* (Jüdische Miniaturen 155). Hentrich & Hentrich, Berlin 2014, 92 S., 9,90 €.

Die Reihe „Jüdische Miniaturen“, herausgegeben vom Centrum Judaicum Berlin, soll an vergessene jüdische Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gesellschaft, Kunst, Kultur und Wirtschaft erinnern. Band 92 der Reihe widmet sich dem Begründer der Warenhauskette Leonhard Tietz, heute Galeria Kaufhof. Er erzählt die Geschichte des 1849 in Birnbaum an der Warthe, heute Międzychód in Polen, geborenen Fuhrmannssohns, der zu den Pionieren des modernen Warenhauses gehört, in dem ein Vollsortiment zu festen Preisen angeboten wurde. Durch persönliche Netzwerke, die vor allem auf familiären Beziehungen und Vertrauen gründeten, stieg Tietz vom Filialhändler zum Inhaber einer Kette von Warenhäusern im Deutschen Reich sowie ab 1900 in Belgien auf. Bei Busch-Petersens Büchlein, das sich vor allem auf mehrere Jubiläumsschriften stützt, handelt es sich weniger um eine Biographie als um die Geschichte der Warenhauskette. Aussagen wie diejenige, dass sich die Geschichte der Familie in die lange Geschichte der jüdischen Diaspora eingliedert und daher für das Überleben und die Bewahrung der Tradition stehe (S. 41), sind vor dem Hintergrund moderner jüdischer Geschichtsschreibung allerdings problematisch.

Band 152 nähert sich den Biographien des überzeugten Europäers und Nietzsche-Anhängers Oscar Levy (1867–1946) sowie seines Bruders, des Ingenieurs Dr. Max Levy (1869–1932). Die aus Pommern stammenden Brüder gingen sehr unterschiedliche Wege. Während Max 1892 in die Elektrizitäts-A.G. vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg eintrat, anschließend zur AEG nach Berlin wechselte, 1896 die Leitung der neu gegründeten Röntgenabteilung übernahm und nur ein Jahr später mit der Dr. Max Levy GmbH für Röntgengeräte das erste Spezialunternehmen seiner Art in Deutschland gründete, wanderte der Arzt Oscar Levy 1892 nach England aus, wo er zwischen 1909 und 1913 eine 18-bändige englische Nietzsche-Ausgabe herausgab. Nach seiner Ausweisung aus England im Jahre 1921 lebte er abwechselnd in Deutschland, der Schweiz und Frankreich, von 1938 bis zu seinem Tod dann wieder in England.

Band 155 nimmt das Leben des Ingenieurs Paul Levy (1876–1943) in den Blick. Als Sohn eines Kaufmanns in Stettin geboren und in Danzig aufgewachsen, arbeitete er nach seinem Studium u. a. am Bau der Hedschasbahn, einer zwischen 1901 und 1908 für den Pilgerverkehr nach Mekka gebauten Schmalspurbahn von Damaskus nach Medina. Anschließend war er 1909/10 am Bau der Usambara-Bahn im heutigen Tansania beteiligt. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war Levy bei der Reichsbahn beschäftigt; 1930 wurde er dort zum Direktor ernannt. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er entlassen und 1943 in Auschwitz ermordet. Insgesamt bleibt das „Lebensbild“ dieser interessanten Persönlichkeit allerdings oberflächlich und weist zudem zahlreiche Redundanzen und assoziative Gedankenketten auf.

Grundsätzlich fehlt den hier angezeigten „Miniaturen“ die Einbindung in die internationale historische Forschung. Für die Hedschasbahn wäre beispielsweise die Arbeit des türkischen Historikers Murat Özyüksel (*The Hejaz Railway and the Ottoman Empire: Modernity, Industrialisation and Ottoman Decline*. London 2014; türk. 1988) zu berücksichtigen gewesen. Bei den in einer älteren biographischen Tradition stehenden Lebensbildern vermisst man zudem eine moderne Fragestellung und historische Kontextualisierung.

CHRISTOPH CONRAD U. A. (Hg.): *Wohnen und die Ökonomie des Raums. L'habitat et l'économie de l'espace* (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 28). Chronos, Zürich 2014, 318 S. (23 Abb., 10 Tab.), 39,50 €.

Die 15 Beiträge dieses Bandes entstammen den Vorträgen der Jahrestagung 2011 der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und reichen zeitlich vom ausgehenden Mittelalter bis ins 20. Jh. Selbstverständlich können nicht alle Beiträge erwähnt werden, die sich dem Thema mit stark unterschiedlichen Zugängen nähern. Einleitend skizzieren die Herausgeber die Anknüpfungspunkte des Themas an die gegenwärtigen Wohnumstände sowie die Forschungssituation; sie sehen in der fünfbändigen *Geschichte des Wohnens* gewissermaßen den Abschluss einer Ära.

Adelheid von Saldern präsentiert und betont die vielfältigen Möglichkeiten, sich dem Thema Wohnen im 20. Jh. zu widmen, verweist auf den Nutzen der Neuen Institutionenökonomie, da das Bauwesen hochgradig rechtlich geregelt ist, die Regeln freilich wiederum Veränderungen und Trends unterliegen. Zunft und Gesellschaftshäuser untersucht Daniel Schläppi vor allem in Hinblick auf ihre Funktionen als bauliche Manifestationen der jeweiligen Gruppen mit einem Schwerpunkt auf dem 17. Jh. Er betont, dass sich korporative Gruppenidentität hauptsächlich über Räume und Gebäude konstituierte; diese verfügten zum wirtschaftlichen Nutzen über Schankrechte. Nachdrücklich verweisen Brigitte Moser und Thomas Glauser auf die Bedeutung der Bauforschung als Zweig der Archäologie für alltagsgeschichtliche Fragestellungen zum Bereich Wohnen, ergänzt um die Kunstgeschichte. Doch als größte Schwierigkeit erweist sich die Zufälligkeit der Überlieferung – besonders für das Mittelalter, dessen häusliches Alltagsleben sich vielfach nur schwierig rekonstruieren lässt. An dem gewählten Beispiel aus Zug lässt sich zeigen, dass die beheizte Stube in Nebennutzung als Werkstatt diente – in diesem Falle bei Schuhmachern. Das Verhältnis von Professorenhaushalten und den in diesen lebenden Studenten untersucht Elisabeth Harding anhand unterschiedlicher Lebensbereiche. Julia A. Schmidt-Funke versucht auf Basis von in Inventaren verzeichneten Handfässern und Hirschgeweihen, ergänzt um weitere Quellen, die Funktionen jenseits des praktischen Nutzens darzustellen. Allerdings gesteht sie zu, dass Neubestimmungen der Funktionen im Einzelfall häufig nicht geklärt werden können. In dem vor allem im 18. Jh. prosperierenden Dorf Speicher (Appenzell-Ausserrhoden) lassen sich von 1614 bis 1853 33 Hausversetzungen nachweisen. Entweder demontierten Handwerker die Blockbauten oder diese wurden zur Gänze versetzt. Zumeist initiierten Vertreter der Führungsschichten diese Aktionen, nachdem sie in der Dorfmitte ein Grundstück mit Immobilie erworben hatten und dieses Haus verschieben ließen, um einen Neubau zu errichten; in einem Fall wurde das Gebäude sogar nach St. Gallen geschafft (Katharina Baumann). Eine außerordentlich hohe Wohnmobilität zeigte sich in Lausanne von 1835 bis 1844. Die Einwanderung nach Genf beeinflussten im 19. Jh. sozioökonomische Faktoren wie Bruderschaften, religiöse Gemeinschaften und Netzwerke. Von Kaufmotiven und Nutzungen der Burg Kyburg, erworben von dem Winterthurer Kaufmann, Militär und Politiker Matthäus Pfau-Geilinger, handelt Nanina Egli, welche die Burg als Heterotopie charakterisiert, wobei die Verehrung der Habsburger in Winterthur zunächst überrascht. Als religiöse Sozialistin und Wohnreformerin wirkte Dora Staudingen im zweiten und dritten Jahrzehnt des 20. Jh.s in Zürich, wo sich in dieser Zeit eine tiefe soziale Segregation der Wohnviertel herausbildete. Im Mittelpunkt ihrer Planungen stand die Wohnküche, möglichst in (kleinen) Einfamilienhäusern; auch bei ihr lassen sich Ansätze einer Disziplinierung der Arbeiterschaft durch Wohnreformen erkennen, während den Frauen die Rolle im Haus zugewiesen wurde. Die Entwicklung der Sorauer Straße in Berlin-Kreuzberg, welche seit den 1870er Jahren bebaut wurde und eine extrem hohe Wohndichte aufwies, thematisiert Hanno Hochmuth. An den Beispielen Köln und Philadelphia untersucht Sebastian Haumann vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen Bürgerinitiativen mit ihrer Forderung nach preiswerten Mieten und dennoch höherem Wohnkomfort; ein noch heute ungelöstes Problem vornehmlich bei Sanierungsmaßnahmen.

Öhringen

BERND FUHRMANN

JESSICA CRONSHAGEN: *Einfach vornehm. Die Hausleute der nordwestdeutschen Küstenmarsch in der Frühen Neuzeit* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 276). Wallstein, Göttingen 2014, 330 S. (22 Grafiken, 5 Tab.), 29,90 €.

Die Marschgebiete zwischen den Mündungen von Ems und Weser waren in der Frühen Neuzeit durch eine geringe aristokratische und städtisch-bürgerliche Herrschaftsdurchdringung sowie schwache infrastrukturelle Erschließung gekennzeichnet. In einem Prozess sozialer Binnendifferenzierung der bäuerlichen Bevölkerung gelang es unter diesen Bedingungen einer Gruppe von Familien, sich zu einer zwar nicht verfassten, doch persistenten und weitgehend geschlossenen Elite zu formieren. Die im Jahr 2010 an der Universität Oldenburg angenommene Dissertation von Jessica Cronshagen nimmt diesen unter dem Begriff der Hausleute zusammengefassten Personenkreis systematisch in den Blick. Sie knüpft dabei an Tendenzen der jüngeren Agrargeschichte an, die der sozialen Heterogenität ländlicher Gesellschaften Rechnung zu tragen sucht und sich den Bauern als selbstbewussten Akteuren in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen annähert. Damit verbunden ist die allgemein in der Frühneuzeitforschung zu beobachtende Distanzierung von Modellen, die eine komplexe soziale Wirklichkeit auf starre und eher grobe Ständeschemata reduzieren.

Cronshagen interessiert sich sowohl für die Entwicklung der Hausleute zur regionalen Elite in den nordwestdeutschen Küstenmarschen als auch für die Ressourcen und Strategien, mit deren Hilfe diese Familien ihre herausgehobene Position langfristig behaupten konnten. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt allerdings auf den Jahrzehnten zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und dem späten 18. Jh., so dass der zeitlich früher anzusetzende Aufstieg der Hausleute an die gesellschaftliche Spitze etwas unscharf bleibt.

Das Buch entwickelt seine Stärken v. a. in der Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Hausleute im 17. und 18. Jh. Auch die Strategien zur Verstetigung ihres gesellschaftlichen Vorranges werden deutlich herausgearbeitet. Cronshagen skizziert dazu zunächst die politisch-wirtschaftliche Entwicklung der Nordseemarschen. Eingebettet in Erläuterungen zur Demografie der Untersuchungsregion nimmt sie anschließend eine recht präzise Verortung der Hausleute in der ländlichen Sozialstruktur vor. Materieller Vorsprung, in erster Linie gegründet auf die Verfügung über Landbesitz, wird als der wesentliche Faktor für ihre gesellschaftliche Sonderstellung identifiziert, die über statuswahrende Heirats- und Vererbungspraktiken abgesichert wurde. Die politische Führungsrolle der Hausleute innerhalb der Dörfer, der Repräsentation auf Landesebene und der kirchlichen Gemeindeorganisation erweist sich im weiteren Untersuchungsgang zugleich als Resultat und als Demonstration ökonomischer Potenz. Der Ökonomie ist folgerichtig ein größerer Abschnitt gewidmet. Gezeigt wird darin zunächst die flexible Anpassung der großbäuerlichen Wirtschaft an Marktentwicklungen, sodann das flankierende Engagement der Hausleute im regionalen Warenhandel, ihre zentrale Stellung im Landhandel und Pachtgeschäft, ferner ihre Teilhabe an der Landkultivierung sowie der Geld- und Kreditwirtschaft. Die im Laufe des 17. und 18. Jh.s erkennbar intensivierte Bildungsanstrengungen der Hausleute waren vornehmlich an wirtschaftlichen Nützlichkeits-erwägungen orientiert. Abschließend rückt Cronshagen das Bemühen der Hausleute um soziale Distinktion und Repräsentation im öffentlichen Raum in den Blickpunkt. Wesentliche Instrumente waren hier Inschriften, Grabsteine und Stiftungen im kirchlichen Raum, aber auch in den Wohnformen und im Konsumverhalten deutet sich das Streben nach gesellschaftlicher Abgrenzung an. Leider verzichtet die Verfasserin in diesen Kapiteln zulasten der Anschaulichkeit auf Abbildungen. Auch Vergleiche mit Adeligen und Bürgern werden nicht angestellt. Diese hätten helfen können, den Standort der untersuchten Familien in der nordwestdeutschen Repräsentationskultur präziser zu bestimmen.

Dennoch vermag das Buch in seiner umsichtigen Auswertung bereits vorliegender Studien und ergänzenden Archivmaterials durchaus zu überzeugen. Auch liefert es wichtige Komponenten zu einem differenzierten Bild der ländlichen Gesellschaft in den Nordseemarschen, das es künftig insbesondere in Hinblick auf bäuerliche Unterschichten zu vervollständigen gilt.

ALFRED FLESSNER U. A. (Hg.): *Forschungen zur Medizin im Nationalsozialismus. Vorgeschichte – Verbrechen – Nachwirkungen* (Schriftenreihe der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten 3). Wallstein, Göttingen 2014, 255 S., 29,90 €.

Ausgangspunkt des Sammelbandes ist eine Tagung aus dem Jahr 2012 zum Thema „Psychiatrie und Patientenmord im Nationalsozialismus: Geschichte und Erinnerungskultur“, die in erster Linie regionalgeschichtliche Forschungsergebnisse zu den Landes- Heil- und Pflegeanstalten Wehnen und Lüneburg und deren Gedenkstättenarbeit präsentierte. Die Herausgeber haben aber nicht nur die Vorträge in eine Druckversion gebracht, sondern auch aus den Diskussionen sich ergebende neue Beiträge eingefügt, sodass sich eine größere und überregionale Themenvielfalt ergibt, die dem Band zu Gute kommt. Die Aufsätze umfassen, wie die Herausgeber im Vorwort herausstellen, die Zeitspanne vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart. Ziel sollte es sein, die „Medizinverbrechen der NS-Zeit [...] ideengeschichtlich und zeitlich“ zu kontextualisieren (S. 8). Dabei werden zahlreiche Aspekte dieser Thematik angesprochen und unterstützen in ihren Ergebnissen die bisherigen Forschungen. Es ist hier nicht der Ort, jeden Beitrag in Kürze vorzustellen. Daher soll auf einige allgemeine Entwicklungslinien zur Geschichte der Medizinverbrechen im Nationalsozialismus und deren Folgen verwiesen werden, zu denen die Aufsätze weiterführende Aspekte beitragen können.

Bereits im Kontext des Ersten Weltkrieges veränderte sich der Blick auf Kranke, insbesondere auf die Insassen von Heil- und Pflegeanstalten grundlegend, da sozialdarwinistische Deutungsmuster im Sinne einer unterschiedlichen Gewichtung des Wertes eines Menschen prägend wurden, wie das Hungersterben in den Heil- und Pflegeanstalten dokumentiert. Diese Vorstellungen wirkten fort und kulminierten in den gesundheitspolitischen Vorstellungen des Nationalsozialismus. Darin erhielten Ärzte nach 1933 eine bis dato nicht bekannte Macht zugesprochen, über Menschen zu entscheiden, sei es im Rahmen der Ausführungen des „Sterilisationsgesetzes“ und der Umsetzung der erbbiologischen Gesundheitsgesetzgebung, im Kontext der Krankenmorde oder im Umgang mit Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten. Gerade die Krankenmorde dokumentieren, dass sich nach 1933 ein radikal exkludierendes „Gesundheitskonzept“ durchsetzen konnte, das von den Ärzten und dem Pflegepersonal weitgehend ohne Widerstände mitgetragen wurde und in dem nicht wenige die Chance sahen, sich aktiv in die erbbiologische Umgestaltung des propagierten „Volkskörpers“ einbringen zu können. Auch nach 1945 wurden die wenigsten dieser Täter zur Rechenschaft gezogen, da zum einen keine intensive Auseinandersetzung mit diesen Medizinverbrechen erfolgte, zum anderen die Strafverfahren entweder zeitlich verschleppt oder die Taten kaum in den Fokus der juristischen Auseinandersetzung gerückt wurden.

Ingo Harms zeigt eindrucksvoll, wie die Entnazifizierung der Ärzte im Land Oldenburg dazu führte, dass fast alle im NS-Staat involvierten Ärzte nach einer gewissen Karenzzeit wieder in ihr altes Berufsfeld zurückkehren konnten. Christoph Schneider kann anhand von Mitschnitten aus einem Prozess gegen einige „Euthanasie“-Ärzte 1967 aufzeigen, welche Denkmuster prägend waren und für die weitere inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen bedeutend wurden. Den zweiten großen Teil der Publikation bilden nach einem Überblicksaufsatz von Klaus Dörner, einem der Wegbereiter der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Medizin in der Bundesrepublik, Beiträge zur Gedenkstättenarbeit und zu aktuellen Fragestellungen im Umgang mit Sterbehilfe und „Euthanasiedebatten“. Besonders lesenswert ist hier der Beitrag von Gerrit Hohendorf.

Das Fazit fällt ambivalent aus: Der Band liefert neue Detailkenntnisse zur regionalgeschichtlichen Forschung, kann durch seine Gegenwartsbezüge der Debatte überzeugen, bleibt aber letztendlich ein Sammelband mit den bekannten Stärken und Schwächen.

Koblenz

WOLFGANG WOELK,

CHRISTIAN HAIN: *Das Falksche Institut in Weimar. Fürsorge und Geschlecht im 19. Jahrhundert* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe 41). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2015, 507 S. (4 s/w Abb.), 59,90 €.

Im 19. Jh. setzte sich, wie mehrere Forschungsarbeiten aufzeigen, eine zunehmend geschlechtsspezifisch geprägte Wohltätigkeit durch. In der Formation der bürgerlichen Gesellschaft fungierte die Fürsorgearbeit einerseits als ein Bereich der „öffentlichen Sphäre“, den Frauen eigenverantwortlich mitgestalten konnten. Andererseits beeinflussten Vorstellungen von bipolaren Geschlechtscharakteren zunehmend Normen und Praktiken der karitativen Fürsorge. Wie indes die Kategorie „Geschlecht“ die Fürsorgearbeit im Übergang von der ständischen zur modernen bürgerlichen Gesellschaft prägte, ist erst ansatzweise erforscht. Die vorliegende Publikation, die im Wintersemester 2012/13 als Dissertation eingereicht wurde, widmet sich der Umbruchzeit des ausgehenden 18. und frühen 19. Jh.s. Christian Hain untersucht, wie zeitgenössische Geschlechtervorstellungen die Fürsorge für Kinder und Heranwachsende prägten und wie die karitative Hilfe ihrerseits ein Instrument darstellte, um die, die Gesellschaft strukturierenden Geschlechterbeziehungen zu formen.

Dieser Frage wird am Beispiel von zwei Untersuchungsgegenständen nachgegangen. Aus der 1813 in Weimar gegründeten „Gesellschaft der Freunde in der Not“, die in Kriegs- und Hungerzeiten Unterstützung für die notleidende Bevölkerung in Sachsen-Weimar-Eisenach zu leisten versuchte, entwickelte sich allmählich das Falksche Institut, dessen inhaltlicher Schwerpunkt auf der Unterstützung Heranwachsender lag. Sowohl die Gesellschaft als auch das Institut waren wesentlich durch die Tätigkeit von Johannes Falk (1768–1826) geprägt, der in der Historiographie u. a. als Schriftsteller und Bekannter von Johann Wolfgang von Goethe, als Lientheologe und Begründer der Rettungshausbewegung beschrieben wurde. Die detailreiche Studie von Hain vermag allerdings mehrere Mythen um den charismatischen Johannes Falk zu hinterfragen. Nicht zuletzt der konsequente geschlechtergeschichtliche Ansatz macht beispielsweise deutlich, dass die Gründung der „Gesellschaft der Freunde in der Not“ keine Einzelleistung von Falk war. Vielmehr waren an der Gründung sowohl Frauen als auch Männer beteiligt, die als gemischtgesellschaftliche Vereinigung keine geschlechtsspezifischen Ausschlusskriterien für Notleidende formulierten.

In Anwendung von „Geschlecht“ als Analysekategorie untersucht Hain die Normen und Praktiken des Falkschen Instituts, das nicht nur Armenfürsorge im engen Sinne leistete. Vielmehr konnten sich auch besonders talentierte Heranwachsende gegen die Zahlung von Pensionsgeldern eine Unterstützung erkaufen. Das Institut verfolgte das Ziel, Heranwachsenden beiderlei Geschlechts zu helfen, womit es im großherzoglichen Fürsorgewesen eine Sonderstellung einnahm. Gleichwohl war eine bipolare Geschlechterideologie auch in diesem Institut wirksam. In sorgfältiger Quellenanalyse macht Hain sichtbar, wie sich im Wandel von einer geburtsständischen Gesellschaft zu einer Leistungs- und Berufsgesellschaft weibliche und männliche Geschlechternormen ausdifferenzierten. Zu erwähnen sind insbesondere die Forschungsergebnisse zur Bedeutung der „inneren Neigung“: Für junge Männer galt diese für die Berufswahl als zunehmend zentral. Frauen dagegen hatten ihrer allgemeinen „natürlichen“ Bestimmung zu folgen. Während das Falksche Institut für junge Frauen den Eintritt in ein Dienstverhältnis vorsah, sollten junge Männer längerfristig nicht in dienenden, unqualifizierten Beschäftigungsverhältnissen stehen. Denn nur in einer selbstständigen beruflichen Tätigkeit ließen sich Ansprüche einer bürgerlichen Männlichkeit erfüllen. Des Weiteren war auch die Raumordnung im Falkschen Institut durch eine klare Geschlechterordnung geprägt: Das Zusammentreffen von weiblichen und männlichen Zöglingen war unerwünscht und wurde sanktioniert.

Gerade die minutiöse Rekonstruktion der Normen und Praktiken des Falkschen Instituts zeigt, wie eng Geschlechterideologien und Fürsorgepraxis verzahnt waren. Gleichzeitig wäre teilweise eine weniger ausführlich-deskriptive, sondern mehr pointiert-analytische Erzählweise wünschenswert gewesen. Auf diese Weise hätte noch deutlicher aufgezeigt werden können, inwiefern das untersuchte Fürsorgeinstitut als exemplarischer Wegbereiter einer modernen Geschlechterordnung angesehen werden kann.

KATHARINA HOFMANN-POLSTER: *Der Hof in der Messestadt. Zur Inszenierungspraxis des Dresdner Hofes auf den Leipziger Messen (1694–1756)* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 126). Steiner, Stuttgart 2014, 438 S. (9 Abb., 2 Tab.), 66,00 €.

Die von Markus A. Denzel, Leipzig, betreute und 2013 abgeschlossene Dissertation von Katharina Hofmann-Polster ist eine Studie, die wesentlich auf der Nutzung und Auswertung bislang wenig beachteter Quellenbestände beruht. Darunter fallen vor allem die Hofjournale des kursächsischen Hofes, die vom Beginn des 17. Jh.s an im Stil eines Terminkalenders Ereignisse, Besuche, Reisen etc. dokumentieren. Dieser Quelle widmet die Autorin wie den anderen für die Studie bedeutsamen Quellengruppen (Akten zur Reisetätigkeit, Hof- und Staatskalendern, Chroniken, Zeitungen, Medaillen und zeremonialwissenschaftlicher Literatur) eine relativ ausführliche Darstellung in der Einleitung.

Die Arbeit gliedert sich in fünf große Kapitel. Das erste beschreibt detailliert den Kenntnisstand zum Dresdner Hof, zu Leipzig und den Leipziger Messen im sog. Augusteischen Zeitalter. Im zweiten Kapitel stehen räumliche Dimensionen der regelmäßigen Messeaufenthalte des Kurfürst-Königs und seiner Entourage im Mittelpunkt, indem die wichtigsten Schauplätze sowie die Quartierproblematik umrissen werden. Dann folgen Ausführungen zur zeremoniellen Praxis der Aufenthalte, die vor allem dem Empfangszeremoniell, den Audienzen und dem Tafelzeremoniell als den bedeutsamsten Formen feierlicher Inszenierungen gewidmet sind. Im Anschluss geht die Autorin auf das Huldigungs-, Unterhaltungs- und Bildungsprogramm ein, um dann anhand von neun ausgewählten Messebesuchen Aspekte von Zeremoniell und Unterhaltungsprogramm noch einmal in zeitlicher Verdichtung und Entwicklung darzustellen. Ein umfangreicher Anhang belegt erneut die intensive Quellenarbeit, die die Autorin geleistet hat. Er enthält eine Bibliographie der gedruckten und ungedruckten Casualcarmina, die aus Anlass von Messebesuchen entstanden, vollständige Listen über die Aufenthalte der beiden Kurfürst-Könige Friedrich August I. und Friedrich August II. und ihrer Hofstaate in Leipzig sowie einige Einzeldokumente. Damit werden die im Text zum Teil ausführlich dargebotenen Quellen und Materialien, zu denen außerdem eine Auflistung aller in der Messestadt besuchten Theater- und Opernvorstellungen gehört, ergänzt und bereichert.

Hofmann-Polster hat damit eine materialgesättigte Studie zu einem Gegenstand vorgelegt, der sowohl aus stadtgeschichtlicher Sicht als auch im Kontext der Hof- und Zeremoniellforschung und gleichfalls für Kommunikations- und Mediengeschichte Interessantes zu bieten hat. Die Autorin skizziert diese Forschungskontexte in ihrer Einleitung; allerdings muss festgehalten werden, dass es ihr hinsichtlich der Analyse des Materials nicht immer gelingt, Befunde zu interpretieren und auf dieser Basis weiterführende Erkenntnisse zu formulieren. Sowohl in den Einzelkapiteln als auch in der Zusammenfassung (S. 297-306) schöpfen die präsentierten Ergebnisse das vorhandene Material damit keineswegs aus. Dies betrifft beispielsweise den kommunikativen Aspekt der Messebesuche und deren zeremonieller Ausgestaltung, den Hofmann-Polster in erster Linie auf die kursächsischen Untertanen bezieht. Dass die Messen aber gerade die Möglichkeiten überregionaler Wahrnehmung höfischer Repräsentation erweiterten, wird nicht reflektiert. Die von der Autorin präsentierten Wahrnehmungen des Tafelzeremoniells durch Außenstehende (S. 150-153), die interessante Einblicke in die – eben offenbar sehr begrenzte – Wirksamkeit fürstlicher Selbstdarstellung über das Zeremoniell gewähren und der von der Autorin konstatierten Bedeutung des Tafelzeremoniells (S. 162) eigentlich diametral entgegenstehen, werden nur sehr allgemein gewürdigt. Anhand der neun detailliert beschriebenen Besuche hätte man die „Aneignung“ höfischer Repräsentationsformen durch Universität, Rat und vermögende Bürger der Stadt Leipzig recht plastisch beschreiben können; einen Prozess, den die Autorin abschließend gerade einmal knapp festhält (S. 248 mit Bezug auf Kerstin Heldt, 297 f.).

Bleiben am Ende der Lektüre damit auch weitere Fragen offen, so bietet der Band doch insgesamt reichhaltiges Material, das das bisherige Bild von den Messebesuchen sächsischer Kurfürsten und ihrer zeremoniellen Dimension deutlich bereichert und vielfältig Nutzbares für weitere Forschungen bereitstellt.

STEVEN KING/ANNE WINTER (Hg.): *Migration, Settlement and Belonging in Europe 1500–1930s. Comparative Perspectives* (International Studies in Social History 23). Berghahn Books, Oxford 2013, 326 S. (14 Abb., 11 Tab.), 99,15 €.

Migranten haben kein automatisches Recht auf Teilhabe. Wie sich die Verhandlung von Ansprüchen seit der frühen Neuzeit in Westeuropa gestaltete, zeigen die Beiträge dieses Bandes. Angesichts einer wachsenden orts- und regionenübergreifenden Migration führte der Konflikt um Versorgungsansprüche zu einer zunehmend ausgefeilten Niederlassungs- und Zugehörigkeitsregelung in vielen Teilen Europas. Besonders das englische und walisische „Old Poor Law“ des 17. Jh.s bietet dabei mit den entstandenen Verwaltungs- und Gerichtsakten eine breite Quellenbasis. Der schwierige Prozess der Abwägung von Bedürftigkeit, Anspruch und Verantwortung entwickelte sich historisch auch und gerade angesichts der Menschen, die von außerhalb der Territorial- oder Stadtgrenzen zuwanderten, und er findet auch über den hier behandelten Zeitraum von fünfhundert Jahren keinen Abschluss, der über die lokalen, später nationalen Erfordernisse der jeweiligen kurzen Gegenwart hinausginge. Im Band wird diese Entwicklung anhand zahlreicher lokaler und regionaler Beispiele nachvollzogen.

Die Herausgeber rechtfertigen ihre Wahl des Zeitabschnitts von 1500 bis in die 1930er Jahre mit dem Anwachsen der „life cycle migration“ zu Beginn dieser Periode und der einschneidenden Neuerung einer zunehmend wohnortunabhängigen Ableitung von Wohlfahrtsansprüchen an ihrem Ende. Der geographische Schwerpunkt der Hälfte der Beiträge liegt in England und Wales, die andere Hälfte enthält Beispiele aus den Niederlanden, Österreich, Belgien, Frankreich, Preußen und der Schweiz. Die geographische Mobilität in der frühen Neuzeit und ihre wirtschaftlichen Risiken liefern dabei den Stoff für gut dokumentierte Konflikte und damit den Historikern ihren reichen Quellenfundus. In den Augen der Herausgeber ist die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft eines der wichtigsten Schlüsselkonzepte für den europäischen Alltag vom 16. bis zum 20. Jh. Wie der Status von Zugehörigkeit erlangt oder verloren wird und wer ihn verleihen kann, betrifft nicht nur das Individuum, sondern wirkt sich auch auf die Verortung von Macht innerhalb eines Gemeinwesens aus. Der Variantenreichtum regionaler Bestimmungen im Europa der frühen Neuzeit macht dabei den hier angestrebten westeuropäischen Vergleich zu einer Herausforderung.

Unter den Fragestellungen stehen Umsetzung und praktische Folgen von Meldewesen, Ansiedlungs- und Armengesetzen im Vordergrund. Die Kernfrage in vielen der zehn Aufsätze dreht sich um die Umstände, unter denen Einwanderer berechtigt waren, Armenhilfe zu beziehen, und nicht immer sind diese aus den Quellen eindeutig ablesbar. Migrationsmuster und Niederlassungspraxen erweisen sich oft als weit komplexer als in den Gesetzestexten vorgesehen: Muss die Stadt Düsseldorf für die Witwe des Postbeamten zahlen, der nach Dienstantritt in Elberfeld verstarb, aber die Familie noch nicht an den neuen Arbeitsort mitgenommen hatte? Andreas Gestrich zitiert diesen Fall aus den 1870er Jahren in seinem Beitrag über die Preußische Rheinprovinz. Durchgängig durch die Jahrhunderte zeigt sich aber, dass die Kodifizierung selbst viel weniger bedeutend ist als die Praxis ihrer Auslegung. Mit Ausnahme der Schweiz gleichen die europäischen Beispiele in dieser Hinsicht dem englisch-walisischen Modell. Eine ausgearbeitete Gesetzgebung und eine lange Rechtstradition schufen zwar im Prinzip eine sichere Grundlage, die Quellen zeigen jedoch in allen Regionen eine davon häufig weit entfernte, äußerst pragmatische Entscheidungsfindung. Abschiebung beispielsweise, so zeigt die Praxis sowohl in Preußen als auch in England und Wales, war trotz entsprechender gesetzlicher Vorgaben keine regelmäßig eingesetzte Maßnahme. Ansprüche wurden weniger mit bestehenden Gesetzen abgeglichen als vielmehr zwischen den verschiedenen Interessen und Autoritäten verhandelt – innerhalb der Kommune, zwischen den lokalen und mit den übergeordneten Machtzentren. Angesichts eines ständig wechselnden Gleichgewichts dieser Mächte war das Ergebnis des Prozesses oft unvorhersehbar, aber langfristig potentiell von großer Bedeutung. So betont David Feldman, wie gerade der Verzicht auf die Durchsetzung der englischen Armengesetzgebung – sei es absichtsvoll oder aus Nachlässigkeit der lokalen Autoritäten – zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte am Vorabend der industriellen Revolution beitrug.

FLORIAN KÜHNEL: *Kranke Ehre? Adelige Selbsttötung im Übergang zur Moderne*. Oldenbourg, München 2013, 374 S. (11 Abb.), 44,80 €.

Selbstmord wird auch heute noch in der christlichen Lehre keinesfalls gebilligt. Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit galt die Selbsttötung als schwere Sünde. Sie führte zur Verweigerung eines christlichen Begräbnisses, und sie tangierte auch die gesellschaftliche Reputation der Familienangehörigen des Täters. Die Frage, ob in der ständischen frühneuzeitlichen Gesellschaft aus adeligem Ehrverständnis den christlichen Vorstellungen konkurrierende Normen erwachsen, die eine Sonderbewertung und Sonderbehandlung adeliger Selbstmörder erlaubten, verfolgt Florian Kühnel in seiner Dissertation, die an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Rahmen des Exzellenzclusters „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ entstanden ist.

Sieben detailreiche Fallstudien bieten dem Verfasser die Grundlage, um das Spannungsverhältnis zwischen christlichem Selbsttötungsverbot und der angestrebten Wahrung adeliger Ehre zu analysieren. Ausgelotet wird der Selbstmord des beim Landesherren in Ungnade gefallenen vormaligen kursächsischen Ministers Reichsgraf Karl Heinrich von Hoym (1694–1736). Er entschied sich für den Freitod, um einem drohenden Hochverratsprozess zu entgehen. Den stark verschuldeten sächsischen Hauptmann Gottlieb Georg von Arenswald (1743–1781) trieb die drohende Offenlegung seiner Zahlungsunfähigkeit in den Selbstmord. Kronprinz Friedrich II. (1712–1786), später König von Preußen, brachte sich zwar nicht um, doch beschäftigte er sich in seinen Briefwechseln des Öfteren feinsinnig mit Selbstmordgedanken. Der preußische Kriegsminister Graf Alexander Friedrich Georg von der Schulenburg (1745–1790) erschoss sich offenbar selbst, als er sein Engagement im staatlichen Dienst als gescheitert ansah. Schließlich dient auch der „mittelbare Selbstmord“ des Ulmer Freiherren und Patriziers Johann Jakob von Welser (1734–1771) zu einer Fallstudie. Der seines Lebens Überdrüssige hatte einen Mord begangen, um seine nachfolgende Hinrichtung zu erwirken. Der Selbstmord des bayerischen Regierungsrats Graf Franz Sales von Spreiti (1767–1791) und der Doppel(selbst)mord von Heinrich von Kleist (1777–1811) bieten die Grundlage, den adeligen Suizid im Übergang zur Moderne zu untersuchen.

Die Fallbeispiele werden von Kühnel dazu verwendet, vielfältige Facetten des Themas auszu-leuchten. Von Hoym's Fall nutzt der Verfasser, um sich intensiv mit der Frage zu befassen, welche Argumentationsmuster dazu dienten, die „ehrliche“ Bestattung eines „Unehrliehen“ zu ermöglichen. Von Arenswald's Selbstmord bietet die Grundlage, um sich mit der zeitgenössischen öffentlichen Debatte um die Verwerflichkeit oder Tugendhaftigkeit der adeligen Selbsttötung auseinanderzusetzen. Die selbstmörderischen Gedankenspiele Friedrichs II. von Preußen bewertet Kühnel als Bausteine einer Selbstinszenierung, die zwischen aufgeklärtem Herrschaftsverständnis und (hoch)adeliger Standesehre changierte. Schulenburg's Selbstmord ordnet der Verfasser in die Übergangsepoche der Französischen Revolution ein. Nun geht es nicht mehr darum – wie etwa bei von Hoym –, adelige Ehre zu bewahren. Die Selbsttötung eines gescheiterten Staatsdieners soll vielmehr die Gesellschaft von einer unnützen Last befreien. Die zeitgenössische Auseinandersetzung mit dem todessehnsüchtigen patrizischen Mörder von Welser nutzt Kühnel, um die zeittypischen medizinischen Debatten um psychische Gesundheit auszuwerten. Anhand der Selbstmorde des Illuminaten Spreiti und des unglücklichen Dichters von Kleist kann Kühnel zeigen, in welchem Maße im Übergang zum 19. Jh. individuelle Beweggründe gegenüber Standesüberlegungen an Bedeutung gewannen. Ein (zu) kurzes Resümee rundet die Studie ab.

Insgesamt ist Kühnel eine lesenswerte Studie gelungen, die quellengesättigt und differenziert anhand des gesellschaftlichen und individuellen Ausnahmetatbestands „Selbstmord“ die kulturellen Rahmenbedingungen adeliger Ehre bestimmt. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Normen und kultureller Deutungsmuster werden Leit motive, Spielräume und Grenzen adeliger Ehre im Übergang von Früher Neuzeit zur Moderne überzeugend ausgelotet.

Neubiberg

SYLVIA SCHRAUT

DAVID M. LUEBKE/MARY LINDEMANN (Hg.): *Mixed Matches. Transgressive Unions in Germany from the Reformation to the Enlightenment* (Spektrum: Publications of the German Studies Association 8). Berghahn, New York/Oxford 2014, 254 S., 88,35 €.

Der vorliegende Sammelband ist aus einem Panel der 33. Annual Conference der German Studies Association hervorgegangen, die im Oktober 2009 in Washington D.C. stattgefunden hat. Der Band zielt darauf ab, die Vielfalt der frühneuzeitlichen Ehepraxis aufzuzeigen und vermeintlich deviantes Verhalten zu analysieren. Die Autorinnen und Autoren greifen dabei auf Beispiele zurück, die mit den in der Frühen Neuzeit existierenden Normen – seien es religiöse, rechtliche, soziale, moralische oder ethnische – kollidieren und dahingehend als transgressiv zu verstehen sind. Der Vielfalt der Beispiele entsprechend umfassen auch die genutzten Quellen eine große Spannbreite, die von klerikalen Texten über Jurisprudenz bis hin zur Reiseliteratur reicht.

Den chronologischen wie auch inhaltlichen Ausgangspunkt der Aufsätze bildet die Reformation, der in der Forschung gemeinhin ein starker Einfluss auf das frühneuzeitliche Eheverständnis zugeschrieben wird. Dass in der Praxis protestantische und katholische Normen durchaus parallel existierten und miteinander verwoben waren, zeigt David M. Whitford auf. Er untersucht Fallbeispiele geschiedener Protestanten, die erneut heirateten und von ihrem sozialen Umfeld als Bigamisten angesehen wurden. Ebenfalls religiöse Normenkonflikte greifen die Beiträge von Wolfgang Breul zur protestantischen Pfarrersehe in der hessischen Stadt Hersfeld und von Marjorie Elizabeth Plummer auf, die sich mit Ehen von vormaligen Nonnen und Mönchen und deren Stigmatisierung als „oath-breaker“ (S. 58) beschäftigt.

Weniger auf die religiösen Implikationen der Ehe als vielmehr auf den sozialen Hintergrund der Paare richtet sich der Fokus bei den Aufsätzen von Ralf-Peter Fuchs und Michael Sikora, die standesungleiche Verbindungen beleuchten. Sowohl um soziale als auch religiöse Aspekte geht es hingegen im Beitrag von Dagmar Freist. Anhand von Beispielen gemischt-konfessioneller Ehen kann sie aufzeigen, dass diese Paare im Alltag weniger mit den konfessionellen und rechtlichen Hürden als vielmehr mit der (fehlenden) sozialen Akzeptanz konfrontiert waren.

Wie fürstliche Familien die konfessionelle Kluft überbrücken und sogar instrumentalisieren konnten, belegen die Aufsätze von Daniel Riches und Alexander Schunka. Während Riches eingehend die – letztlich gescheiterten – Heiratsverhandlungen zwischen Christina von Schweden und Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg untersucht, zeigt Schunka anhand britisch-deutscher „Unionen“ auf, wie dynastische Heiraten über konfessionelle Grenzen hinweg Bedeutung entfalten und so das politische Gefüge in Europa maßgeblich beeinflussen konnten.

Antje Flüchters Beitrag zu interethnischen Verbindungen zwischen Europäern und Südasiaten dokumentiert, dass die Kategorie „Rasse“ im frühneuzeitlichen Diskurs kaum eine Rolle spielte. Demgegenüber handelte es sich bei Inzest um ein bedeutsames Thema im Hinblick auf Partnerschaft und Ehe in der Frühen Neuzeit, wie Claudia Jarzebowski aufzeigt. An ihrem Beitrag wird deutlich, dass die protestantischen Autoritäten die bestehenden katholischen Inzest-Verbote zwar bekräftigten, es aber gleichzeitig zu einer Bedeutungsverschiebung weg von der spirituellen Verwandtschaft hin zur Blutsverwandtschaft kam. Mögliche Konsequenzen dieser Verschiebung veranschaulicht der von Mary Lindemann untersuchte Inzest-Fall innerhalb der Hamburger Familie Guyard aus dem Jahr 1765, der zugleich auch den chronologischen Abschluss des Sammelbandes bildet.

Der gut lesbare Sammelband gewährt auf eindrucksvolle Weise Einblicke in die mannigfaltigen Vorstellungen von der Institution Ehe in der Frühen Neuzeit. Die Beiträge zeichnen sich durch fundierte Recherchen aus und liefern Impulse für weiterführende Forschungen. Anhand der Beiträge wird zudem deutlich, dass das 16. Jh. als vermeintlicher „turning point“ (S. 205) für das Eheverständnis einer Relativierung bedarf. Trotz der mit der Reformation einhergehenden Neuerungen gab es hinsichtlich der Ehenormen und -praxis in der Frühen Neuzeit und darüber hinaus auch Kontinuitäten, allen voran mit Blick auf den Adel. Die Wahrnehmung und Kategorisierung einer Beziehung oder Ehe als transgressiv ist letztlich dem jeweiligen Betrachtungskontext geschuldet und unterliegt daher einer gewissen Flexibilität.

EDUARD MÜHLE (Hg.): *Breslau und Krakau im hohen und späten Mittelalter. Stadtgestalt – Wohnraum – Lebensstil* (Städteforschung. Reihe A: Darstellungen 87). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 384 S. (11 Abb.), 49,90 €.

Die Restaurierung und Neugestaltung des Ringplatzes in Krakau sowie des Ringplatzes und Neumarktes in Breslau bot Anlass, die Stadtentwicklung dieser beiden Metropolen unter vergleichendem Gesichtspunkt bezüglich Stadtgestalt, Bebauungsstrategie, städtischer Eliten, „Urparzellen“, bürgerlich-adeliger Wohnkultur oder etwa Handelsbeziehungen zwischen Krakau und Breslau in insgesamt 14 Beiträgen von Archäologen, Historikern, Bauforschern und Kunsthistorikern zu behandeln. Ein Großteil der ursprünglich polnischsprachigen Texte wurde bereits zuvor veröffentlicht, konnte nun aber in gut lesbarer Form für die deutschsprachige Forschung aufbereitet werden. Eine breite thematische Annäherung an die beiden Städte im Mittelalter liegt damit vor und lädt zum interstädtischen Vergleich ein.

Einleitend legt Marek Ston in einer gut nachvollziehbaren Darstellung Gründe dar, warum Breslau – anders als etwa Prag oder Krakau – nur aus einer mittelalterlichen Stadt bestand und findet einen Erklärungsansatz in der Unterstützung der schlesischen Herzöge für die Breslauer Gemeinde sowie in einer „geschickten Politik des Breslauer Patriziats, welche die günstige politische Situation in der Region auszunutzen verstand“ (S. 25). Die folgenden Beiträge gehen, unterstützt durch gutes Karten- und Anschauungsmaterial, auf mehrere Fragestellungen ein und zeigen etwa, dass es im polyzentrisch strukturierten Breslau mehrere Parzellierungsvorgänge gegeben haben muss (Jerzy Piekalski). Der Wandel in der Bebauungsstruktur, aber auch in der Fassadengestaltung am Breslauer Ring, zeigen gestützt auf Bauforschung und historische Befunde (Steueraufzeichnungen) das Avancieren von Steinbauten und das allmähliche Anwachsen der Haushöhe; Patrizier- und Bürgerhäuser sind bauhistorisch gut zu unterscheiden (Paweł Konczewski, Małgorzata Chorowska, Czesław Lasota). Die Breslauer Schöffebücher lassen die Bebauung am Breslauer Ringplatz (1345–1420), dessen Parzellierung, die Häufigkeit des Immobilienverkehrs und die Konzentration der städtischen Eliten an diesem städtischen Repräsentationsort infolge minutiöser Rekonstruktion gut erkennen. Parzellengröße und Besitz durch reiche Kaufleute korrelieren augenfällig (Mateusz Goliński). Die Imitation patrizischer Paläste durch die Breslauer Bürgerhäuser war nach Maßgabe der finanziellen Mittel der Bürger gängig, die Verwendung von Ziegeln, die Situierung von Giebeln und Firsten zur Straßenseite und mehrteilige Gebäudestrukturen (funktionale Spezialisierung der Innenräume) verdeutlichen dies (Małgorzata Chorowska). Archäologische Funde zeigen, dass vor allem im Innenraum eine gute materielle Ausstattung vorlag, wie ein Hochzeitsdiadem mit Adlerdarstellung, ein Abzeichen mit einem Tricktrackfeld, Gürtelschnallen und Hansekannen aus Zinn belegen. Auch in den Häusern ärmerer Bürger lassen sich derartige Funde, wenn auch in geringerer Zahl, nachweisen (Jerzy Piekalski, Krzysztof Wachowski). Die Schwierigkeiten des Handels zwischen Krakau und dem Konkurrenten Breslau waren beträchtlich, wie der Zollkrieg von 1348 bis 1361/64 verdeutlicht. Wein und Kupfer gegen Heringe, Häute, Wachs und Salz waren zum Beispiel die Handelsstauswaren von Krakau mit dem Königreich Ungarn im Spätmittelalter (Farbtafel S. 225; Grzegorz Myśliwski). Die intensiven Handelsbeziehungen von Krakau und Breslau hatten nicht zwangsläufig rege Migrationsströme zwischen den Städten zur Folge, auch wenn diese Erkenntnis durch den Verlust der Krakauer Stadtbücher 1945 erschwert wird (Mateusz Goliński).

Die restlichen Beiträge widmen sich vor allem der städtebaulichen Entwicklung von Krakau, mit einem Schwerpunkt auf dem hervorragend archäologisch erschlossenen Ringplatz. Eindrucksvoll wird die Genese der Tuchhallen und parallel dazu der Kramläden vorgestellt. Um 1400 (rund 14.000 Einwohner) gab es in Krakau bereits 300 (um 1500 400) gemauerte Häuser, deren Vordertrakte aus Stein waren, während die hölzernen Hintertrakte peu à peu durch Stein ersetzt wurden (Waldemar Komoroski). Der heute über ein wunderbares Museum gut erschlossene Ringplatz mit Rathaus und Markthallen (130 Krambuden, Brotbänke, große und kleine Waage) wird in seiner Organisationsstruktur und seiner sich ändernden Straßenführung anschaulich vorgestellt (Sławomir Dryja, Wojciec Głowa, Waldemar Niewalda, Stanisław Sławiński). An diesem Platz konnte sich die Krakauer Elite festsetzen, die ersten gemauerten Häuser der Stadt finden sich daher an diesem urbanen Zen-

trum, deren bauliche Veränderung über die Jahrhundert lässt sich gut fassen (Marek M. Łukacz). Die Wohntürme des Patriziats am Ringplatz wuchsen im Laufe des Spätmittelalters in die Höhe und dienten als deklarierte Vorbilder für die bürgerlichen Häuser (Waldemar Komorowski). Fromme Vermächtnisse und Testamente aus dem 14. Jh. belegen die reiche Stiftungstätigkeit an eine der insgesamt 27 (!) Krakauer Kirchen (im städtischen Großraum), wobei die Marienkirche am häufigsten bedacht wurde. Spital und Bruderschaften folgten; meist vermachte man Geldbeträge gefolgt von Einnahmen aus Immobilien (Jakub Wyszmułek).

Ein Fazit dieses reichen Bandes zu ziehen, ist nicht einfach. Auffällig ist die enge Verbindung von bauhistorischer Forschung mit klassischer Aufarbeitung historischer Quellen (wie Testamente, Schöffebücher, Grundbücher), die ein farbiges Bild der städtischen Entwicklung in Krakau und Breslau vermitteln. Vor allem die bauliche Entwicklung der zentralen Plätze und der Steinhäuser steht im Zentrum. Die Argumentation des Bandes wird durch hervorragendes Kartenmaterial und bauhistorische Dokumentationen äußerst anschaulich gestützt. Insgesamt gewährt der Sammelband Einblick in die hochentwickelte polnische Stadtgeschichtsforschung, die aus der Sicht dieses Buches vor allem durch eine interdisziplinäre Verflechtung von Baugeschichte und historischer, sozialgeographischer Forschung geprägt erscheint.

Wien

MARTIN SCHEUTZ

MARKUS RAASCH (Hg.): *Adeligkeit, Katholizismus, Mythos. Neue Perspektiven auf die Adelsgeschichte der Moderne* (Elitenwandel in der Moderne 15). De Gruyter/Oldenbourg, München 2014, 404 S., 79,95 €.

Beim vorliegenden Sammelband handelt es sich um eine ungewöhnliche Publikation: Die Autorinnen und Autoren sind größtenteils Studierende, die in ihren Beiträgen die Ergebnisse ihrer Qualifikationsarbeiten, v. a. Bachelor-Arbeiten, zusammenfassen. Der Herausgeber hebt eigens hervor, dass die „Erträge“ der Aufsätze „letzthin begrenzt“ seien (S. 10). Dennoch ist eine Lektüre nicht unergiebig, wenn man die Beiträge eher als Anregungen für künftige Arbeiten denn als umfassende Forschungsleistungen mit abschließenden Antworten versteht. Die Aufsätze versuchen, Desiderate der Geschichtsschreibung zum deutschen Adel im 19. und 20. Jh. zu benennen sowie erste Anregungen für ihre Erfüllung zu geben. Als Forschungsdefizite nennt Raasch in seiner Einleitung die mentalen Folgen der „Sattelzeit“ (Koselleck) für den Adel, die adelsgeschichtlich unerforschte Epoche des ‚Dritten Reichs‘, „noch eklatanter“ die *terra incognita* für die Zeit nach 1945, allgemeine Gender-Aspekte, das politisch-gesellschaftliche Handeln des Adels, die Korrelation zwischen Erinnerungskultur und Zuschreibungen von ‚Adel‘, den Zusammenhang von Adligkeit und Mythos sowie den Stellenwert von Religion und Konfession im adligen Kulturmodell (S. 2 f.). Letztlich ist es das Ziel des Sammelbands, die Frage nach der Bedeutung konfessioneller Aspekte und des „Mythos ‚Adeligkeit‘“ (S. 11) für die Lebensform des Adels als „[n]eue Perspektiven auf die Adelsgeschichte der Moderne“ zu etablieren. All diesen Gegenständen nähert sich der Band in vier Themenblöcken: (1) soziokulturelle Aufbrüche in die Moderne, (2) Genderkonzeptionen, (3) politisch-gesellschaftliches Handeln und (4) Mythen um ‚Adel‘.

Im ersten Abschnitt beschäftigt sich Alexander Denzler mit der Frage nach dem ‚Obenbleiben‘ des Adels als Standes- und Leistungselite um 1770. Christiane Hoth fragt nach der adligen Wahrnehmung der „Sattelzeit“ und deren Zusammenhang mit Adelsreformkonzepten um 1815. Tina Eberlein behandelt das Engagement bayerischer Adliger im Industriekapitalismus des langen 19. Jh.s. Im zweiten Teil untersucht Ricarda Stoberneck Lebenswelten adliger Mütter im 19. Jh. Markus Raasch betrachtet am Beispiel von Zentrumsabgeordneten die Männlichkeitskonzepte katholischer Adliger zwischen 1870 und 1890, während schließlich Nadine Hüttinger den Lebensalltag adliger Hofdamen im 19. Jh. in den Blick nimmt. Sabine Thielitz analysiert im ersten Aufsatz des dritten

Themenblocks das politische ‚Obenbleiben‘ von Adligen im bayerischen ‚Märzministerium‘ von 1848. Christiane Schwarz und Nico Raab untersuchen den Zusammenhang von Adligkeit, Konfession und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Abschließend beschäftigt sich Barbara Jahn mit dem Adel in der Ära Adenauer. Gerade ihr Aufsatz verdeutlicht die ‚begrenzten Erträge‘ des Sammelbands, denn im Wesentlichen handelt es sich um die Nacherzählung eines Aufsatzes von Eckart Conze zu demselben Thema. Der letzte Abschnitt wendet sich der Mythenbildung um das Deutungsmuster ‚Adel‘ zu: Während Vanessa Rafaela Koller und Annemarie Hackl den Sisi-Mythos in der Weimarer Republik, im ‚Dritten Reich‘ und in der frühen Bundesrepublik behandeln, thematisiert Susanne Barbara Schmid den Mythos um Ludwig II. zwischen den 1950er und den beginnenden 1970er Jahren.

Abschließend soll ein Aufsatz hervorgehoben werden, der zwar etwas aus dem Rahmen des Sammelbands fällt, dennoch dem Thema ‚Mythenbildung‘ zugewiesen werden kann: ein als allgemeine Einführung gedachter Aufsatz des Althistorikers Andreas Hartmann über „angebliche[...] historische[...] Konstante[n]“ in der europäischen Adelsgeschichte (S. 12). Hartmann warnt davor, allzu schnell Deutungsmuster der Geschichtsschreibung über den neuzeitlichen Adel auf die Antike zu übertragen, um auch für diese Epoche einen Adel konstatieren zu können. Er stellt in Frage, „dass es ‚Adel‘ in allen vormodernen Gesellschaften gegeben habe“, und plädiert dafür, „‚Adel‘ nicht mehr selbstverständlich als eine überzeitliche Konstante aufzufassen“ (S. 28 f.). Dieser mahnende Hinweis, so lässt sich hinzufügen, betrifft nicht nur die Identifizierung eines Adels in der Antike, sondern auch die Annahme, dass es einen über tausend Jahre hinweg identisch gebliebenen Adel in Mittelalter, Früher Neuzeit und Moderne mit streng ‚objektiven‘ und langfristig gültig bleibenden Definitionskriterien gegeben habe.

Marburg

MICHAEL SEELIG

KRISTIN REICHEL: *Dimensionen der (Un-) Gleichheit. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in den sozial- und beschäftigungspolitischen Debatten der EWG in den 1960er Jahren* (Studien zur Geschichte der europäischen Integration 23). Steiner, Stuttgart 2014, 273 S. (2 Tab.), 49,00 €.

Kristin Reichel's interesting study on concepts of gender (in-) equality in policy discussion in the European Economic Community (EEC) in the 1960s corrects the dominant historiographical narrative that argues the EEC did not begin to discuss the issue of gender inequality until the 1970s. Reichel's study, her dissertation completed at the Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt, successfully demonstrates gender was an essential component to the early years of European integration and was an important "demarcation of economic, social, and cultural rights" (p. 15). EEC bureaucrats and politicians not only turned their interest to issues such as women's employment, but discussions over gendered policy became central to debates over the powers of the EEC to set social policy standards and harmonize policies across the member states of the EEC.

Reichel presents ample examples of the myriad of ways the EEC incorporated discussion of gender (in-) equality into policy discussions. The EEC's focus on market-driven social policy actually stimulated dialogue over supporting and expanding female employment to preserve the economic prosperity of 1960s Western Europe. The EEC debated the harmonization of maternity leave and protection laws across member states and incorporated women and gender into central debate over cornerstone migration policy. Within these discussions, she is interested in the influence of the EEC's evolving institutional culture and mandate as an independent body, the influence of external activists and organizations, and the international human rights discourse on the discussion of women's (in-) equality.

And here lies the real strength of her analysis. Her ability to tease out the influence of these

various levels of influence, as well as the internal EEC debate, provides a highly nuanced interpretation of the complexities of the gender (in-) equality debate. She draws her standard for gender equity in social and employment policy from the work of political and critical theorist Nancy Fraser. Fraser argues that true equality in social policy requires the “feminization” of the male role and the creation of an androgynous “adult-worker-model” that integrates house and family work. Applying this concept, Reichel argues that discussions over the harmonization of maternal leave and protection laws in the early 1960s reinforced the male breadwinner family model and viewed women as a “special” group to be integrated into the work force almost across the board. Reichel posits, however, that the advocacy work of EEC experts, international labor organizations, and women’s organizations throughout the 1960s, resulted in a major conceptual shift in the majority of EEC bodies – including the Parliament, European Court of Justice, and the Economic and Social Committee. These bodies promoted the dual earner household and recognized the social and cultural factors prohibiting equal opportunities of women in the workforce.

On the other hand, Reichel argues the handling of family obligations in the migration policy of the late 1960s demonstrates how member states used gender differences to legitimate their own conceptualizations of social policy. The European Commission willingness to continue to reinforce the male breadwinner model and double dependency of women on spouse and welfare state in migration policy exemplified the Commission’s (and member state’s) criticism of changes to existing social policies and the dual earner model. Ultimately, the nuance of Reichel’s reading of her sources establishes that the shifting culture of approaches to gender in social policy, while not a consensus, certainly opened the door for the policy debates of the 1970s and beyond. Reichel’s work is a welcome addition to the established historiography of gender and social policy in the individual members states of the EEC and of the EEC itself. Her work confirms that the 1960s was an important transitional decade in conceptions of gender relations even at the European level.

Waterloo, Ontario

SARAH E. SUMMERS

JULIEN REITZENSTEIN: *Himmlers Forscher. Wehrwissenschaft und Medizinverbrechen im „Ahnenerbe“ der SS*. Schöningh, Paderborn 2014, 415 S. (18 Abb.), 44,90 €.

Julien Reitzenstein legt mit „Himmlers Forscher“ die erste Monographie über das 1942 aus dem „Ahnenerbe“ der SS hervorgegangene Institut für wehrwissenschaftliche Zweckforschung vor, dessen eingehende Erforschung im Grunde unverstündlich lange ein Desiderat geblieben ist. Die Studie erscheint vierzig Jahre nach der „Ahnenerbe“-Pionierarbeit von Michael Kater, die den bis dato genauesten Blick hinter die Kulissen dieser Einrichtung ermöglicht hat, unter deren Regie mehrere der grausamsten NS-Wissenschaftsverbrechen organisiert worden sind.

Die auf einer Dissertation an der Universität Düsseldorf basierende Arbeit kann auf eine Vielzahl bisher nicht ausgewerteter Quellen zurückgreifen, die es ermöglichen, die mit Kriegsbeginn einsetzende Verlagerung der Schwerpunkte des ursprünglich völkisch-geisteswissenschaftlich ausgerichteten „Ahnenerbes“ auf den Sektor der Medizinforschung konzise nachzuzeichnen und zum ersten Mal die tatsächliche Ausdehnung des bei Kriegsende zehn Forschungsabteilungen umfassenden Instituts für wehrwissenschaftliche Zweckforschung sichtbar zu machen. Die Studie versteht sich in erster Linie als ein Beitrag über die NS-Funktionseleite der „zweiten Reihe“, die der Führung – in diesem Fall: Himmler – eigeninitiativ „entgegen arbeitete“, d. h. in der Planung, der Organisation und beim „Netzwerken“ weitgehend selbstständig agierte und dabei eine erhebliche Dynamik entriegelte. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt damit weniger auf den von den involvierten Forschern und Funktionären begangenen Verbrechen, wenngleich Reitzenstein durchaus Neues zu Tage fördert: Die Opfer der Lost-Versuche im KZ Natzweiler werden erstmals namentlich identifiziert, und auch der Tathergang zum Verbrechen der „jüdischen Schädel- und Skelettsammlung“ für die

Reichsuniversität Straßburg wird präziser als bisher rekonstruiert. Vielmehr geht es Reitzenstein um den diesen und anderen Verbrechen gleichsam vorgelagerten Handlungsrahmen: um die institutionellen Strukturen, in denen sich die Akteure bewegten, die sich hieraus generierenden Entscheidungsprozesse und die Mechanismen der Expansion auf der institutionellen Ebene.

Reitzenstein arbeitet sehr nah an den Quellen, was weitgreifende Perspektiven mitunter in den Hintergrund treten lässt. Das gilt etwa für eine nähere Einordnung in die Entwicklungslinien der deutschen Wehrwissenschaften und für das in den letzten Jahren im Zusammenhang mit den NS-Medizinverbrechen viel diskutierte, in der Studie etwas zu sektoral behandelte Verhältnis zwischen parteiamtlichen Stellen, dem universitären Wissenschaftsbetrieb und dem Heeressanitätswesen.

Aber der Zugriff überzeugt mit Blick auf die zentralen Fragestellungen durchaus. Die Untersuchung changiert zwischen einer strukturanalytischen Darstellung des Ausbaus des Instituts und seiner netzwerkartigen Verflechtungen, einzelbiographischen Charakterstudien über entscheidende Akteure und einem lexikalisch angelegten Versuch der Gesamtrekonstruktion (Ausgreifen auf den universitären Betrieb, Finanzierung, Personal). Reitzenstein findet überdies ein Untersuchungsfeld vor, auf dem sich die von der „zweiten Reihe“ ausgehenden dynamischen Prozesse im polykratischen System des Nationalsozialismus in geradezu prototypischer Form beobachten und analysieren lassen. Der Autor veranschaulicht dies insbesondere an Wolfram Sievers. Der „Ahnenerbe“-Geschäftsführer wird als Typus des „Schnittstellenmanagers“ eingeordnet, dem es einerseits gelang, dem SS-Institut einen autarken Status im Organisationsgefüge des „Ahnenerbe“ und gegenüber weiteren Konkurrenzinstitutionen zu verschaffen und sich andererseits selbst in einflussreiche Ämter (Reichsforschungsrat) zu bringen. 1944, so kann die Studie zeigen, war der gelernte Verlagskaufmann zum faktischen Chefkoordinator der wehrmedizinischen Forschung des „Dritten Reichs“ avanciert.

Insgesamt löst die gewählte Form der Nahaufnahme nicht nur den selbstgestellten Anspruch ein, der weiteren Forschung ein „Kompendium“ zum Institut für wehrwissenschaftliche Zweckforschung zur Verfügung zu stellen. Durch die Analyse der dynamischen Infrastruktur und die Identifizierung der wesentlichen Akteure gelingt es darüber hinaus, Schneisen durch das Dickicht der Polykratie zu schlagen und aus diesem Blickwinkel die Entthronung der deutschen Wehrmedizin zu durchleuchten.

Tübingen

RICHARD KÜHL

SANDRA SALIN: *Women and Trade Unions in France. The Tobacco and Hat Industries, 1890–1914* (Trade Unions Past, Present and Future 22). Lang, Oxford u. a. 2014, 400 S. (6 Abb., 42 Tab.), 73,60 €.

Since the 1960s, the role of women and gender has attracted the attention of historians, but there still remain many research gaps. One of them is the analysis of the relationship between women and trade unions in the first half of the 20th century and even more before the First World War. Sandra Salin was awarded her doctoral thesis at the University of Northumbria in 2000 for her research on women workers and trade unions in the French tobacco and hat industries 1890–1914. The present book corresponds closely to her thesis. First, Salin discusses the context of female work in the two industries within the research period. The second chapter deals with the behaviour of trade unions towards women. In the chapters “Women Towards Trade Unionism” and “Women on Strike”, Salin analyses women’s participation in unions and strikes quantitatively as well as qualitatively.

The proportion rate of female tobacco workers in unions (1900 91.7 %, 1914 87.7 %, p. 319) was much higher than of those in the hat industry (1900 2.3 %, 1914 27.8 %, p. 320), compared to their share of the workforce. The striking culture differed between the two industries as well; tobacco workers “gathered many more people” (p. 274) in fewer strikes and succeeded more often. In Salin’s view, women preferred direct action to theory and strikes to union membership, at least in the hat industry (pp. 278, 289).

One important factor for these differences is rooted in the industrial characteristics: Businesses

in the hat industry were privately owned, smaller and less concentrated than in the tobacco industry. Furthermore, hatters “were rarely full-time hatters” (p. 87), often young, not yet married, regarded as less skilled (p. 88), in contrast to women in the tobacco industry. Women had to overcome more practical impediments than men to join a union (p. 280 f.).

Although male unionists valued female engagement in unions, they – like most women – did not yet aspire to gender equality (pp. 155 ff.). Most top positions were trusted to men with the consent of women who saw their work not as “a choice [...], but a necessity” (p. 222). Therefore, Salin refutes “men’s or unions’ attitudes and practice towards women as the main explanatory factors” (p. 281). Female tobacco workers were not necessarily more emancipated than hatters (p. 283). The role of education, important in workers’ history, is mentioned several times (e.g. p. 281), but not commented on in length, probably due to lack of source material.

In the reviewer’s opinion, the hypothesis that women’s militancy differed from the male one (p. 279) is questionable. For instance, Salin mentions that female hatters joined a union during a strike and quit it afterwards (p. 277). This example of the free rider problem is as well prevalent among men. The same objection could be made about her final statement that women “did not, and still do not, share the same identity, culture and scale of values” as men (p. 292) or to the assertion that the “private life as women was therefore directly linked to their life as workers” (p. 67). Salin does not always clarify her point of view, for example on the question whether the male-dominated labour movement was more mature than female unionists (p. 293). Issues are not always discussed in the appropriate context: the data on unionization should have figured at the beginning of the book, not in the middle (pp. 160 ff.), for instance. It would have been desirable to include more footnotes. Due to the fact that the book was published 14 years after the completion of the thesis, some more recent studies are missing, e.g. of Maiwenn Bourdic on Nantes (2006) and of Prisca Ramin on Marseille (2004).

However, these remarks do not call into question Salin’s research accomplishments. Salin delivered an instructive volume on the relationship between women and trade unions until 1914 and presents a balanced comparison of the tobacco and hat industries combining quantitative and qualitative analysis.

Mainz

UTE ENGELEN

EDITH SAURER: *Liebe und Arbeit. Geschlechterbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*. Hg. von Margareth Lanzinger. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2014, 317 S., 35,00 €.

Der vorliegende Band ist das letzte Werk der Historikerin Edith Saurer, die von 1992 bis zu ihrem viel zu frühen Tod im April 2011 an der Universität Wien lehrte und zur ersten Generation von Frauen- und Geschlechterhistorikerinnen im deutschsprachigen Raum gehörte. Ihr Forschungsschwerpunkt war die europäische Geschichte des 18. bis 20. Jh.s mit einem Fokus auf der Habsburger Monarchie und dem Mittelmeerraum. 1990 war Edith Saurer Mitbegründerin von *L’Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* und 1993 zudem der Zeitschrift *Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag*. Daneben baute sie seit 1989 die an der Universität Wien angesiedelte „Sammlung Frauennachlasse“ auf und leitete von 2006 bis 2011 die Forschungsplattform „Neuverortung der Frauen- und Geschlechtergeschichte im veränderten europäischen Kontext“. Mit ihrer Forschung und ihrem Einsatz für eine Veränderung der Wissenschaftskultur war Saurer unangefochten „die Doyenne der feministischen Geschichtsforschung in Österreich“, wie es im Nachruf der Universität Wien hieß.

Der zu besprechende Band, der auf Wunsch der Autorin posthum von ihrer Wiener Kollegin Margareth Lanzinger abgeschlossen und herausgegeben wurde, reflektiert die Spannweite der Forschungsinteressen und -ansätze Saurers in eindrucksvoller Weise. Erklärtes Ziel des Buches ist es,

„Liebe und Arbeit und damit Geschlechterbeziehungen aus einer europäischen Perspektive darzustellen und dabei stets gesellschafts- und diskursprägende politische, rechtliche und kulturelle Phänomene des 19. und 20. Jahrhunderts zum Thema zu machen und zu analysieren“ (S. 7). Hierzu verbindet die Autorin die Sozial- und Geschlechtergeschichte mit der Historischen Anthropologie und bearbeitet eine Vielzahl von Quellen, die von philosophischen und politischen Texten sowie soziologischen Studien über Autobiographien, Briefwechsel und Tagebücher bis hin zu Romanen reichen. In der Einleitung umreißt sie ihren eigenen Ansatz durch eine knappe Diskussion der Forschungsansätze, die die unterschiedlichen Disziplinen für die Analyse des Themas bereitstellen. Dabei verzichtet sie bewusst auf „große Megatheorien“ und betont stattdessen ihr Interesse an den „vielfältigen Wegen“ in die Moderne, die Eigensinn und Widerstände gegen Marginalisierung und Ausschließung einbeziehen.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil „Vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg“ beginnt mit einem Kapitel zu den sich wandelnden kulturellen Diskursen über Ehe und Liebe und deren Niederschlag im und Begrenzung durch das Ehe-, Familien- und Erbrecht seit dem frühen 19. Jh. Im zweiten Kapitel steht das Thema Arbeit im Zentrum. Die Autorin untersucht, wie die auf einer breit akzeptierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beruhende Komplementarität von männlicher Erwerbsarbeit und weiblicher Haus- und Familienarbeit im Verlauf des 19. Jh.s durch mehrere Prozesse verstärkt, herausgefordert, aber auch in Frage gestellt wurde, wie z. B. das wachsende Bestreben nach Geburtenkontrolle, die mit sinkender Kinderzahl steigenden Anforderungen an die individuelle Pflege für das einzelne Kind, die Forderung nach gleichen Bildungs- und Berufschancen für Frauen oder nach einem „Familienlohn“ für den männlichen „Familienernährer“ sowie nicht zuletzt die Arbeitsmigration beider Geschlechter. Das dritte Kapitel beschreibt die wachsende Kritik an den bestehenden Ehe- und Liebesverhältnissen seit dem Ende des 19. Jh.s, den zunehmenden Einfluss von Eugenik und Sexualwissenschaften auf den Diskurs zu Ehe und Familie und die sich vor allem während des Ersten Weltkrieges verschärfenden Geschlechterkonflikte.

Der zweite Teil „Vom frühen 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart“ behandelt im vierten Kapitel zunächst die Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Hier stehen die Diskurse, Initiativen und Interventionen der Sozial- und Rassenhygiene bis hin zu ihren gewaltsamen Konsequenzen von Liebeverboten und erzwungenen Scheidungen bis zu Verfolgung, Zwangsarbeit und Vernichtung im Zentrum. Das fünfte und letzte Kapitel beschreibt den schwierigen Weg der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften zu mehr Gleichberechtigung in Ehe und Familie und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und kulturellen Konflikte. Thematische Schwerpunkte sind die Bemühungen um eine Stabilisierung der Nachkriegsordnung mittels Ehe und Familie, die Reformimpulse der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre, insbesondere der neuen Frauenbewegung, sowie die Herausforderungen, die die Migrationswellen der Nachkriegszeit für sendende und empfangende Länder hinsichtlich der Normen und Praktiken von Ehe und Familie darstellen.

Den Schluss der anregenden Darstellung bildet ein „Ausblick“ der Herausgeberin, in dem sie auf Grundlage der Notizen von Edith Saurer andeutet, was diese im geplanten letzten Teil, der auf die Gegenwart bezogen sein sollte, hätte möglicherweise schreiben können. Er endet mit einem Zitat von Edith Saurer, in dem sie betont, dass „kein Zweifel daran bestehen kann, dass die Geschichte der Geschlechterliebe einen elementaren Bestandteil der Geschlechterbeziehungen darstellt“ (S. 276). Dies hat sie in der Tat mit ihrem letzten Buch eindrucksvoll zeigen können.

Chapel Hill

KAREN HAGEMANN

STEPHANIE SCHLESIER: *Bürger zweiter Klasse? Juden auf dem Land in Preußen, Lothringen und Luxemburg* (Industrielle Welt 89). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 600 S. (4 Abb./Tab., 2 Karten), 79,90 €.

Das 19. Jh. brachte für die Juden in Deutschland im Rahmen ihrer allmählichen rechtlichen Besserstellung viele Veränderungen, die lange Zeit in einer primär auf das Handeln des Staates gerichteten Perspektive untersucht wurden. Dieser Diskurs wurde in den letzten 15 Jahren abgelöst durch die Thematisierung der kulturellen Neupositionierung von Juden als Teil der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft. Im Fokus stand hierbei vor allem die Entwicklung in Großstädten.

In ihrer an der Universität Trier entstandenen Dissertation verknüpft Stephanie Schlesier beide Diskurse miteinander und leitet daraus die Fragestellung für ihre transnational vergleichende Untersuchung des ländlichen Judentums dreier benachbarter Regionen ab: der preußischen Rheinprovinz – hierauf hätte auch der Titel des Buches verweisen sollen –, des französischen Lothringen und des Kleinstaates Luxemburg. Sie fragt nach der Emanzipation der Juden und deren Folgen für ihren Status und ihr Handeln als Bürger innerhalb der ländlichen jüdischen Gemeinden, politischen Kommunen und Dorfgesellschaften. Anders als für das reflektierende und schreibende jüdische Bürgertum in den Städten konnte sie allerdings nur auf vergleichsweise wenige Quellen aus jüdischer Perspektive zurückgreifen.

Die gründliche und materialreiche Studie präsentiert in gut lesbarer, manchmal etwas zu mechanisch strukturierter Form reiches Material zu den klassischen Themen der deutsch-jüdischen Geschichte: Politik, rechtliche Stellung der Juden, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte, jüdische Gemeinden und christlich-jüdisches Miteinander. So weit möglich, versucht sie, die Juden darin als handelnde Akteure zu zeigen. Ihren Wert gewinnt die Untersuchung durch die transnationale/transregionale wie durch die vergleichende Perspektive. Hierbei stehen auch grenzüberschreitende Einflüsse sowie die Auswirkungen der differenten historischen Ausgangslagen im Fokus.

Letztere stellt Schlesier einleitend vor. Im Raum Lothringen – im Unterschied zum Rest Frankreichs mit Ausnahme des Elsass – lebten Juden in Metz seit dem 16. und auf dem Lande seit dem 17. Jh. In Luxemburg wurde ihre Ansiedlung erst seit Anfang des 19. Jh.s. möglich. Hier ließen sie sich zunächst in der Hauptstadt und später auf dem Land nieder. Die südliche preußische Rheinprovinz an Mosel und Saar zählt wie Lothringen zu den Regionen, deren herrschaftliche Zersplitterung die Voraussetzungen für die Niederlassung von Juden auf den Dörfern schuf.

Die französische Emanzipationsgesetzgebung, die rechtliche Gleichstellung ohne Vorbedingungen, wurde in allen drei Regionen eingeführt, ebenso deren befristete Einschränkungen unter Napoleon, darunter das sog. „décret infâme“ (1808). Nach der staatlichen Neugliederung von 1815 gingen die drei Regionen unterschiedliche Wege, weil in Frankreich und Luxemburg die napoleonischen Beschränkungen 1818 ausliefen, in der preußischen Rheinprovinz aber auf unbestimmte Zeit verlängert wurden. Auch die weitere Gesetzgebung verfestigte auf lange Zeit die differente Rechtslage.

Mit einem mikrohistorischen Ansatz untersucht die Autorin die Folgen dieser Politik in den genannten gesellschaftlichen Bereichen am Beispiel von fünf ausgewählten Dörfern: je einem stadtnahen und einem stadtfernen in Lothringen (Grosbliederstroff, Boulay) und in der Rheinprovinz (Illingen, Gemünden) sowie einem Dorf in Luxemburg (Ettelbrück). Sie arbeitet mit einer breiten Fülle behördlicher Quellen, bezieht die Überlieferung der jüdischen Organisationen ein und versucht besonders bei der Analyse von Gutachten, politischen Stellungnahmen und Petitionen nach den Haltungen der Akteure zu fragen.

Von den Ergebnissen Schlesiens, die vor allem in der Zusammenfassung geboten werden, möchte ich die beiden wichtigsten herausgreifen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse liefen ebenso wie die innerjüdischen religiösen Reformen nicht nur langsamer ab als in den Städten, sondern auch nach eigenen Regeln. Statt von Integration kann man eher von einem vielschichtigen Mit-, Neben- und Gegeneinander auf dem Dorf sprechen.

Dabei zeigen sich zwischen den drei Untersuchungsregionen signifikante Unterschiede, die durch die Differenzen zwischen dem französischen und dem preußisch-deutschen Emanzipations-

modell zu erklären sind. Nirgendwo war die Umsetzung der Emanzipation ein schneller und reibungsloser Prozess, doch der Widerstand dagegen war in der preußischen Rheinprovinz am größten, wo die Gleichstellung der Juden erst 1871 endgültig gesetzlich fixiert wurde. Die bis dahin diskriminierenden Gesetze und eine Administration, die sich nicht für die Rechte der Juden einsetzte, führten zu deutlich geringerer Akzeptanz der Juden, zu mehr negativen Einstellungen und Forderungen sowie zu höherer Ablehnung von jüdischem politischen Engagement oder Vereinsmitgliedschaften. Die Benachteiligung der jüdischen Gemeinden bei der Finanzierung von Schulen und Armenfürsorge tat ein Übriges. Dieses Ergebnis ist von hoher Aktualität, denn es zeigt, dass rechtlich-politische Entscheidungen und öffentliche Diskurse Einfluss auf die Haltung der Bevölkerung gegenüber Minderheiten haben.

Würzburg

ROTRAUD RIES

RUDOLF SCHLÖGL: *Anwesende und Abwesende. Grundriss für eine Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit*. Konstanz U. P., Konstanz 2014, 563 S., 29,90 €.

Begriffe transportieren Bewusstseinsinhalte. Diese Erkenntnis liegt dem Postulat einer quellengemäßen Sprache zugrunde, das als ein grundlegendes Kriterium der historisch-kritischen Methode zuletzt von Otto Brunner, *Land und Herrschaft*, erneuert wurde. Demnach erschließt sich der Bewusstseinshorizont der historischen Zeit durch Aufarbeitung der Bedeutung der Quellenbegriffe in ihrer Zeit. Umgekehrt erzeugt das Hineintragen von Begriffen, Unterscheidungen und Vorstellungen aus der Gegenwart des Historikers in die historischen Zeiten „geradezu eine Unfähigkeit [...], den je konkreten Charakter der untersuchten historischen Phänomene zu erkennen“ (E.-W. Böckenförde). Insbesondere birgt das scheinbar voraussetzungslose Herangehen an die Quellen die Gefahr, die eigenen Vorstellungen auf die historischen Zeiten zu projizieren, wie U. Muhlack u. a. am Beispiel von J. J. Winckelmann, *Geschichte der Kunst des Altertums*, aufzeigte. Mit seiner „inneren Kunstgeschichte“ habe Winckelmann *seine* neue Kunstauffassung auf die Griechen projiziert, die daher „so unhistorisch wie nur möglich“ sei. Daher müsse neben die philologische Bearbeitung der Quellenbegriffe auch die Erschließung ihrer Bedeutung aus dem konkreten historischen Sach- und Lebenszusammenhang ihrer Verwendung treten.

Die vorliegende Studie orientiert sich in ihren „begrifflichen Grundlagen am Theorieentwurf Niklas Luhmanns“ (S. 25). Anhand der Weiterentwicklung der Konzepte und Analysen der Systemtheorie will Schlögl Begriffe „finden“ bzw. aus „den historischen Befunden heraus entwickeln“ (S. 21, 24), mit denen „die epochale Einheit der Frühen Neuzeit als einer historischen Sozial- und Gesellschaftsform“ (S. 12) bestimmt werden soll und denen damit eine analytische Funktion zugeordnet ist. Andererseits fehlt eine systematische Unterscheidung von Quellen- und analytischen Begriffen. So wird Otto Brunners *Land und Herrschaft* zwar im Literaturverzeichnis aufgeführt (S. 503), aber auf das Postulat einer quellengemäßen Sprache, das im Kern die Bedeutung dieses Werkes ausmacht, kein Bezug genommen.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Kommunikation, die als konstituierender Faktor von Gesellschaft und ihrer Teilsysteme sowie als *primus motor* gesellschaftlicher Entwicklung angesehen wird. Produktion und Distribution werden zwar berücksichtigt, spielen aber gegenüber der Kommunikation eine untergeordnete Rolle. Während das Mittelalter weitgehend von der Kommunikation unter Anwesenden geprägt gewesen sei, so der Autor, habe in der Frühen Neuzeit durch die Verbreitung des Drucks zunehmend auch mit Abwesenden kommuniziert werden können. Das Ende der Frühen Neuzeit sieht der Autor zu dem (Zeit-)Punkt gekommen, als „wegen des erreichten Grades an Komplexität und Ausdifferenzierung [...] nicht mehr auszuschließen [war], dass die Zukunft einer abwesenden Gegenwart auf die Zukunft der Gegenwart, von der aus gerade koordiniert wurde, zurückwirkte“ (S. 128).

Die Darstellung beginnt mit der Phänomenologie der frühneuzeitlichen Vergesellschaftung unter Anwesenden im ersten Kapitel, setzt fort mit der Entstehung moderner Staatlichkeit als „Umformung von Herrschaft in Politik“ im zweiten und gelangt zur „Bedeutung von Beobachtungsverhältnissen und die sie tragenden Semantiken“ im dritten Kapitel. Die Zusammenfassung „Wie moderne Gesellschaft möglich wurde“ und ein Sachregister runden den Band ab.

Die Darstellung bewegt sich durchweg auf der Ebene der abstrakt-allgemeinen Aussage, die auf Grundsätzlichkeit und Idealtypologie zielt. So wird beispielsweise *der Hof* als solcher bzw. als Typus oder Teilsystem dargestellt, wenn bei den angeführten Untersuchungen auch jeweils ein konkreter Hof im Mittelpunkt steht. Hier wird Schlögl's Vorgehensweise in exemplarischer Weise deutlich: Er nimmt auf dem Boden der Systemtheorie grundlegende Kategorisierungen spezifisch frühneuzeitlicher Phänomene vor. Dabei können auch qualitativ unterschiedliche sowie ungleichzeitige und räumlich weit voneinander entfernte, unter unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen auftretende Erscheinungen, wie der Ämterkauf, das Lehensverhältnis, der Wechsel, das Patron-Klient-Verhältnis, der Vertrag oder die hierarchische Ordnung der Kirche usw., subsumiert werden unter ein und derselben Kategorie als „Formen der Koordination mit Abwesenden“ (S. 66-73, 430-432). Den angeführten Phänomenen sei gemeinsam, so Schlögl, dass sich mit ihnen „die Kontingenz von Kommunikationsverläufen durch gezielte Selektion von Adressaten eindämmen“ lasse (S. 67). Damit erhält die Systemtheorie die – ahistorische – Funktion eines Ordnungsprinzips der Frühen Neuzeit.

Die starke Betonung der Kommunikation geht nicht selten mit Vernachlässigung anderer Faktoren einher bis hin zu monokausalen Erklärungen: So habe etwa die schriftliche Kommunikation die Residenzenbildung ermöglicht, „weil sie Informationen [...] ohne Reisetätigkeit des Hofes verfügbar machte“ und die Entscheidungen des Hofes mit Hilfe der Schrift ihrerseits „über große Räume kommuniziert wurden“ (S. 175 f.). Weitere Faktoren führt Schlögl nicht an. Demnach hätten die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, Einkünfte aus fürsteneigenen Unternehmungen, aus fiskalischer Abschöpfung des Bergbaus, des sich quantitativ und qualitativ ausdifferenzierenden Gewerbes und des Handels, die allgemeine Ausweitung des Geldsektors, die Einführung des Anordnungssystems in den fürstlichen Finanzverwaltungen usw. nicht zu den Voraussetzungen gehört, die den dauerhaften Aufenthalt des Hofes an einem Ort ermöglichten.

Diese Ausrichtung auf die Kategorien der Systemtheorie darf freilich nicht den Blick dafür verstellen, dass Schlögl ein hervorragender Kenner der Frühen Neuzeit ist. Niemals sonst hätte er ein solches Experiment durchführen können, bei dem er immerhin seine gesamte Kenntnis nach den begrifflichen Kategorien der Systemtheorie umstrukturieren und reorganisieren musste.

Wie in fast jedem Buch haben sich einige – wenige – Sachfehler eingeschlichen: Dass Joseph II. die Staatsfinanzierung auf „börsengehandelte Staatsanleihen“ habe umstellen wollen, geht in dieser Form an der Realität fürstlich-öffentlicher Finanzen vorbei und dürfte auf einem Missverständnis beruhen (S. 425).

In der geschilderten Art und Weise schiebt sich die Systemtheorie durchweg zwischen den Betrachter und die Frühe Neuzeit. Die Kategorien der Systemtheorie werden, wie exemplarisch aufgezeigt, auf die behandelte Epoche projiziert. Damit wird der Blick „auf den je konkreten Charakter der historischen Phänomene verstellt“. Dass sich die exemplarisch angeführten Feststellungen des Autors außerhalb des Bewusstseinshorizonts der Frühen Neuzeit bewegen, bedarf wohl kaum eines Hinweises. Insofern haben wir es hier mit einer *Luhmannisierung* der Frühen Neuzeit zu tun. Die Epoche und ihr Horizont werden nicht erschlossen, sondern umgekehrt in das Prokrustesbett der Systemtheorie eingepasst. Dies ist in der Systemtheorie insofern bereits angelegt, als ihr Schöpfer die historischen Voraussetzungen seines Denkens nirgends systematisch reflektiert (hat).

Spätestens hier dürfte klar geworden sein, dass die Systemtheorie bei Schlögl dieselbe Funktion erfüllt wie bei Winckelmann die „innere Kunstgeschichte“. Damit bewegt sich die angewendete Methode aber auch auf dem Stand der Entwicklung, den die historisch-kritische Methode bei Winckelmann erreicht hatte. In der historischen Perspektive wird erkennbar, dass die seitherige Weiterentwicklung der historisch-kritischen Methode, die durch die Namen Christian Gottlob Heyne, Wilhelm von Humboldt, Friedrich August Wolf, Otto Brunner, Reinhart Koselleck (Geschichtliche

Grundbegriffe, Bd. 1, Einleitung) und Ernst-Wolfgang Böckenförde gekennzeichnet ist, bei Schlögl unberücksichtigt bleibt. Eine grundsätzliche Diskussion über die Methoden des Faches Geschichte scheint dringend geboten.

Greifswald

WERNER BUCHHOLZ

MICHAEL SCHWARTZ (Hg.): *Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945* (Zeitgeschichte im Gespräch 18). De Gruyter/Oldenbourg, München 2014, 144 S., 16,95 €.

Die Forschung zur Geschichte der Homosexuellen im „Dritten Reich“ ist über weite Strecken „eine Art von subkultureller Geschichtsschreibung“ gewesen, wie vor 13 Jahren in einem Tagungsband zu lesen war. Das vorliegende Buch zeigt, dass sich daran bis heute wenig geändert hat. Der Sammelband publiziert die Beiträge eines gemeinsamen Workshops des Instituts für Zeitgeschichte und der 2011 gegründeten Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die das Ziel verfolgt, „einer gesellschaftlichen Diskriminierung von Homosexuellen in Deutschland entgegenzuwirken“ und gleichzeitig die Geschichte von Menschen mit einer nicht-heterosexuellen Orientierung zu erforschen.

Anders als der Obertitel suggeriert, ging es bei der Tagung nicht nur um das Schicksal homosexueller Männer im „Dritten Reich“, sondern auch um lesbische Frauen und um Personen mit bi-, trans- oder intersexueller Orientierung – also um jene Gruppen von Menschen, die seit einiger Zeit nach amerikanischem Vorbild mithilfe des Akronyms LSBTI zusammengefasst werden. Dabei sollen, wie der Herausgeber einleitend ausführt, nicht nur Repression und Verfolgung thematisiert werden, sondern auch die „vielfältige[n] Lebenssituationen“ der Betroffenen. Dieser Formulierung liegt die Überlegung zugrunde, dass Angehörige der genannten Gruppen nicht von vornherein den Opfern des Nationalsozialismus zugerechnet werden können. Dementsprechend umfasst der Begriff der „vielfältigen Lebenssituationen“ nicht nur Unterdrückung und Diskriminierung, sondern schließt auch Freiräume, Tolerierung durch das Regime, aktives Mittun oder sogar die Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen ein. Das ist gegenüber manchen älteren Arbeiten zu diesem Themenkreis zweifellos eine methodische Innovation, die offensichtlich Anregungen aus der historischen Frauenforschung zu verdanken ist.

Dennoch ist der inhaltliche Ertrag des vorliegenden Bändchens insgesamt eher bescheiden. Über die Lage homosexueller Männer im NS-Staat sind wir schon seit Jahren durch die Publikationen von Rüdiger Lautmann, Burkhard Jellonnek, Günter Grau und anderen recht gut informiert. Den Ergebnissen dieser Arbeiten hat der vorliegende Band wenig hinzuzufügen. Um die Lebenssituation anderer sexueller Minderheiten während der NS-Diktatur genauer zu untersuchen, mangelt es dagegen häufig an aussagekräftigen Quellen, wie nicht nur der Archivar Albert Knoll in seinem Beitrag über die „Forschungssituation in München“ feststellt (S. 135). Dieser Mangel ist nicht zufällig, sondern reflektiert in erster Linie die Tatsache, dass von den auf der Tagung untersuchten Gruppierungen allem Anschein nach lediglich homosexuelle Männer einer systematischen Verfolgung durch das NS-Regime ausgesetzt waren. Demgegenüber wurde lesbische Sexualität in Deutschland – anders als in Österreich – auch nach 1933 nicht strafrechtlich verfolgt.

Ein großer Teil der abgedruckten Beiträge beschränkt sich daher darauf, Fragestellungen und methodische Vorschläge für künftige Forschungen zu präsentieren oder geplante bzw. laufende Forschungsprojekte vorzustellen. Neuland betreten die kurzen Beiträge von Rainer Herrn über Transvestiten und von Ulrike Klöppel über Intersexuelle im Nationalsozialismus.

Berlin

MICHAEL GRÜTTNER

VERENA STÜRMER: *Kindheitskonzepte in den Fibeln der SBZ/DDR 1945–1990* (Beiträge zur historischen und systematischen Schulbuchforschung). Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2014, 220 S. (25 Abb.), 32,00 €.

„Das Buch in der Schule ist jetzt eine Waffe, von der sehr vieles abhängt.“ (S. 71) Mit dieser literaturpolitischen Maxime der sowjetischen Militärverwaltung wurde jahrzehntelang die Instrumentalisierung der Kinder- und Jugendliteratur für ideologische Erziehung legitimiert. Verena Stürmer beschäftigte sich im Rahmen ihrer Dissertation mit den epochenspezifischen Kindheitskonzepten, wie sie in Fibeln der SBZ/DDR entworfen wurden. Neben der Basiskompetenz des Lesens vermitteln insbesondere die Fibeln als spezifische, sanktionierte Literatur programmatische Konstruktionen von Kindern und Kindheit. Verortet an der Schnittstelle zwischen historischer Kindheitsforschung und Schul(buch-)forschung untersucht die Studie quellenkritisch Erstlesebücher sowie ihre Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte.

Das Textkorpus umfasst insgesamt acht Werke aus den fünf Fibel-Generationen, wobei die Fibel „Wir lernen für morgen“ aus den 1960er-Jahren explizit an die Landkinder adressiert war – eine Stadt-Land-Dichotomie, die später nivelliert wurde. Die Herausgabe neuer Lehrpläne markiert die Zäsuren in der Periodisierung. Neben den tradierten Kindheitsparadigmata geraten sozialräumliche Bedingungen der Kindheit, Aktivitäten und Interaktionspartner sowie charakterliche Eigenschaften in den Blick. Flankierende Kontextmaterialien, wie methodische Begleitschriften, Direktiven und zeitgenössische Sekundärliteratur, bilden die Matrix, die den deskriptiven Analysen unterliegt. Als Referenzfolien fungieren weiterhin relevante bildungspolitische und gesellschaftliche Kontexte sowie realhistorische Ereignisse. Erstmals werden außerdem Archivmaterialien – die Bestände des Verlags *Volk und Wissen* sowie die Akten des Ministeriums für Volksbildung – ausgewertet. In einem zweiten Schritt werden aus den textimmanenten, thematischen Konstanten konstitutive Aspekte abgeleitet und ihre DDR-Spezifität kritisch reflektiert. Im diachronen Verlauf kristallisieren sich dabei Kindheitskonzepte mit interessanten Akzent- und Werteverstärkungen heraus.

Dem dominanten Harmonieprinzip entsprechend stellen die Fibeln ausschließlich fröhliche Kinder in intakten Familien dar – dies ist kein genuin sozialistisches Phänomen, wenn man an die bundesrepublikanische „Schulbuchschelte“ der 1960er und 1970er-Jahre denkt. Das Postulat der Geborgenheit des jungen Menschen in einer sozialistischen Gemeinschaft wird unter anderem durch die empathische Darstellung des Orangenpflückers Pepe unterstrichen, eines kindlichen Opfers von südamerikanischem Kapitalismus. Die Figur des traurigen Kindes hat allerdings einen Seltenheitswert. Politisch bedingt wird der Bezug zu Gesamtdeutschland im Laufe der Zeit durch die Heimatliebe für das neue Vaterland verdrängt. Plakativ mit den Chiffren der neuen Verhältnisse wie Pioniergruppe versinnbildlicht, sind die Politisierung und Kollektivierung der Kindheit sowohl in öffentlichen als auch in privaten Kontexten in allen DDR-Fibeln erkennbar. Ein solidarisches Mit- und Füreinander im Alltag bejaht suggestiv eine Entscheidung für das Kollektiv. Auch die homogenisierende Charakterisierung von kindlichen Interessen zeugt von der zunehmenden Uniformierung der Kindheit. Die propagierte Liebe zur Arbeit und das Bild eines selbstständigen Kindes sollten zur Entlastung der berufstätigen Eltern bei der Hausarbeit beitragen. So entspricht die Glorifizierung der Tätigkeit in der Industrie und Landwirtschaft dem Ideal des Arbeiter- und Bauernstaates und zementierte somit dieses soziale Milieu als Zukunftsmodell. Dank der adressatenspezifischen Fokussierung auf den Alltag konnten sich die Fibeln im Gegensatz zur Jugendliteratur weitgehend einer Indoktrinierung entziehen; es überwiegt daher das Moratoriumskonzept einer sorgenfreien, durch Spaß und Spiel bestimmten Kindheit. Subtextuell – so bilanziert Stürmer – werden nicht nur reformpädagogische Vorstellungen vom guten, unschuldigen Kind zitiert, das in einer abgeschirmten, sozialistischen Welt agiert, sondern auch anachronistische bürgerliche Moralvorstellungen.

Diese facettenreiche Studie beleuchtet repräsentativ programmatische, aus der Anfängerliteratur herausdestillierte Kindheitskonzepte der DDR und bietet eine fundierte Vergleichsbasis für zukünftige komparatistische Forschungsprojekte.

MALTE THIESSEN (Hg.): *Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert* (Historische Zeitschrift, Beiheft N. F. 64). De Gruyter/Oldenbourg, München 2014, 219 S., 74,95 €.

Manche Bücher erscheinen zur rechten Zeit. Kaum ein medizinisches Thema hat die Medien 2014 so beherrscht wie die Ebola-Epidemie in Westafrika und die daraus entstehende Bedrohung für unser westliches Gesundheitssystem. Wer die oft hysterische Züge annehmende Berichterstattung skeptisch verfolgte, der wird sich eine Einordnung des Seuchengeschehens aus der Sicht von Historikerinnen und Historikern gewünscht haben, um Proportionen zurechtzurücken und das Ausmaß der Gefahr in historischer Perspektive etwas realistischer zu sehen. Insofern füllt der von Malte Thießen herausgegebene Sammelband nicht nur eine Forschungslücke (zur Zeitgeschichte der Seuchen ist in der Tat von deutscher Seite bislang wenig geforscht worden), sondern kommt auch dem Bedürfnis einer breiten Öffentlichkeit nach Erklärungen für das Entstehen von Ängsten entgegen, die sich sowohl bei relativ neuen (Ebola) als auch bereits bei lange bekannten Seuchen (Grippe) manifestieren.

Die Einleitung des Herausgebers greift das Stichwort „Problemgeschichte“ auf, das auch von Axel Schildt in seiner Schlussbetrachtung zur Rechtfertigung der Beschäftigung mit diesem üblicherweise eher randständigen Thema angeführt wird. „Seuchen machen Geschichte“ (so der deutsche Titel einer populären Weltgeschichte aus der Feder des amerikanischen Historikers William McNeill), doch hat die Zeitgeschichtsforschung lange Zeit diese Erkenntnis ignoriert und sich anderen, angeblich wichtigeren Themen gewidmet.

Welches Potential eine interdisziplinäre Seuchengeschichte der letzten hundert Jahre bietet, macht jeder der Beiträge zu diesem lesenswerten Sammelband deutlich. Das hängt nicht zuletzt mit den unterschiedlichen methodischen Ansätzen zusammen (Historische Demographie, „emotionale Epidemiologie“, Vergleichende Geschichtswissenschaft, Mentalitätsgeschichte, Sozialgeschichte), die hier verfolgt werden. Lediglich die Patienten- und Wissenschaftsgeschichte sind in diesem bunten Reigen nicht vertreten.

Als besonders innovativ erweist sich eine geschichtswissenschaftliche Richtung, die in den letzten Jahren in Deutschland (dank Ute Frevert) an Bedeutung gewonnen hat: die Geschichte der Emotionen. Allein drei Beiträge (Jörg Vögele, Malte König, Bettina Hitzer) greifen diesen Ansatz auf. Sie handeln von unterschiedlichen Seuchen, deren Bedrohungspotential sich im Laufe des 20. Jh.s veränderte (Cholera, Syphilis und Grippe). Das von Martin Dinges entwickelte Akteursmodell (1995) erweist sich auch in diesem Sammelband weiterhin als anregend. So wird von mehreren Autoren (Thomas Steller, Henning Tümmers, Wilfried Witte) die Rolle der Medien herausgearbeitet, die die Wahrnehmung von Seuchen und deren Bedrohungspotential steuern. Dabei tritt das deutliche Gefälle zwischen öffentlicher Wahrnehmung und realer Gefahr hervor, wie die Fallbeispiele (Hongkong-Grippe, Geschlechtskrankheiten, AIDS) zeigen. Wichtige Erkenntnisse bringt auch der komparatistische Ansatz. Wir erfahren so zum Beispiel etwas über Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Bekämpfung der Malaria in der Sowjetunion, Italien und in den USA (Matthias Braun). Ulrike Lindner zeigt am Beispiel von EHEC und SARS nationale und regionale Unterschiede im Umgang mit Seuchen auf. Henning Tümmers weist nach, dass sich die DDR und die Bundesrepublik in der Bekämpfung und auch in der Prävention von AIDS in den 1980er Jahren erheblich unterschieden. In Ostdeutschland orientierten sich die Gesundheitsbehörden bis zum Fall der Mauer weitgehend an einer veralteten Seuchengesetzgebung, die unter anderem die namentliche Meldepflicht vorsah.

Für einen Aufsatzband sind die Beiträge erfreulich kohärent, wenn sich auch eine gewisse Redundanz wohl nicht vermeiden ließ. Axel Schildts Urteil in seinem Resümee kann man nach der Lektüre nur unterstreichen, dass nämlich der „vorliegende Band [...] neue Wege für zukünftige Forschungen zu einer Zeitgeschichte der ‚Seuchen‘ auf[zeigt]“.

Stuttgart

ROBERT JÜTTE

CORNELIUS TORP: *Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Alter und Alterssicherung in Deutschland und Großbritannien von 1945 bis heute*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 472 S. (16 Graphiken, 11 Tab.), 49,99 €.

Mit der Alterssicherung betrachtet die zu besprechende Studie unzweifelhaft einen der „Kristallisationspunkte wohlfahrtsstaatlicher Aufmerksamkeit und Tätigkeit“ (S. 10). Deren konstitutive Prinzipien im bundesdeutsch-britischen Vergleich fokussiert die publizierte Habilitationsschrift Cornelius Torps vor allem mit dem Ziel, stabilen, gesellschaftlich allgemeinverbindlichen „Gerechtigkeitskulturen“ (S. 19) nachzuspüren. Dazu erfasst er drei „Gravitätszentren“ (zeitgenössische Diskurse, institutionelle Rahmenbedingungen, vorherrschende Gerechtigkeitsnormen) in ihrer Wechselwirkung und entfaltet diese in acht chronologisch und wechselseitig geordneten Unterkapiteln. Hierfür verknüpft der Autor Parlamentsprotokolle, zeitgenössisches Schrifttum, unveröffentlichtes Quellenmaterial und statistische Daten. Mit der Ausdehnung des Beobachtungszeitraumes von den 1940er Jahren bis in die unmittelbare Gegenwart sollen sowohl die expansiven als auch die restriktiven Phasen sozialstaatlicher Entwicklungen Berücksichtigung finden.

Schon die Anfänge der Alterssicherungspolitik verweisen auf grundlegende Unterschiede zwischen beiden Staaten. Die frühzeitig verankerten Gerechtigkeitsvorstellungen sollten – auch mit ihren Problemen und Widersprüchen – hier wie dort bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jh.s hinein wirken: Resultierte in Großbritannien aus der bereits 1941 begonnenen Arbeit der Beveridge-Kommission eine Einheitlichkeit der Rentenleistungen, so boten die beiden zentralen Eckpfeiler der bundesdeutschen Rentenreform von 1957 – Leistungsprinzip und Lebensstandardsicherung – als fundamentale, parteiübergreifend akzeptierte Grundsätze der Rentenversicherung bis in die 1990er Jahre Orientierung in rentenpolitischen Debatten. Die Reform erfreute sich großer politischer wie gesellschaftlicher Zustimmung, wengleich (oder weil?) daraus eine Verstetigung sozialer Ungleichheit zwischen den Rentnern auch im Alter folgte.

Für die 1960er und 1970er Jahre kann Torp dokumentieren, inwieweit sich beide Staaten hinsichtlich ihrer Rentenpolitik zeitweilig einander annäherten: In Großbritannien wurden mehrere Anläufe zur Neuordnung der Alterssicherung unternommen. Die politisch letztlich gescheiterten Reformvorschläge ähnelten in mancherlei Hinsicht dem bundesdeutschen Dynamisierungsprinzip, visierten aber stärker noch eine Verringerung des Abstandes zwischen Arm und Reich im Alter an. Der Autor bietet eine vielschichtige Erklärung für diese Reformblockade. Insgesamt wird für Großbritannien eine begrenztere Rolle des Staates auf dem Feld der Altersvorsorge festgehalten, obschon 1975 (und damit vergleichsweise spät) mit dem State Earnings-Related Pension Scheme vorerst eine automatische, politisch überaus umstrittene Dynamisierung von Rentenleistungen durchgesetzt wurde. In der Bundesrepublik entzog sich vor dem Hintergrund einer „ökonomische[n] Schlaraffenlandsituation“ (S. 189) die gerade bei Witwen und Alleinstehenden keineswegs überwundene Unterprivilegierung weitgehend der Öffentlichkeit. Insbesondere relativierende Blicke auf das britische Alterssicherungssystem beförderten, so der Autor, unter Zeitgenossen eine Entdramatisierung der Situation der eigenen Altersrentner. Gleichzeitig war die Expansionsorientierung des bundesdeutschen Alterssicherungssystems weitgehend politischer Konsens, der schließlich mit dem Ausbau der Rentenversicherung 1972 ihre Klimax erreichen sollte.

In Großbritannien folgten unter Premierministerin Thatcher tiefe Einschnitte im staatlichen Rentensystem. Der abrupte Kurswechsel, der mit einer dezidierten Wohlfahrtsstaatskritik verbunden war und die „Schere“ zwischen Arm und Reich sich schneller öffnen ließ als in allen anderen westlichen Industriestaaten, provozierte in den 1990ern mit wachsender sozialer Ungleichheit größere Unzufriedenheit. Spätestens mit dem 1997er Wahlkampf nahm daher das Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ eine wichtige Rolle ein, wengleich innerparteilich die Rentenfrage keineswegs unumstritten war. Die Lage der bundesdeutschen Altersrentner in den 1980er Jahren gestaltete sich zwar, gerade hinsichtlich ihrer relativen Einkommensposition, günstiger als in Großbritannien, doch war die materielle Ungleichheit *zwischen* den Alten erheblich größer. Frappierend ist hier die deutliche Dominanz der „alten“ Grundprinzipien bis zum Mauerfall, die als grundsätzlich gerecht empfunden wurden (S. 295). Um die Jahrtausendwende gerieten sowohl das deutsche als auch das englische

Modell in eine Krise: Der demographische Wandel und die angespannte Lage der Rentenkassen prägen seither die Debatten um die nunmehr als alternativlos aufgefassten Reformen der Alterssicherung.

Torps Studie schließt eine wichtige Forschungslücke, ist doch, wie er in seiner Einleitung richtig diagnostiziert, die Sozialgeschichte des Alters in der Bundesrepublik „weithin ungeschrieben“ (S. 17). Multiperspektivisch, methodisch bedacht und hell-sichtig statistische Daten mit zeitgenössischen Diskursen kombinierend, arbeitet er „Gerechtigkeit“ als normative Leitidee in demokratisch-marktwirtschaftlichen Industriegesellschaften heraus und vermag mit der gewählten Längsschnitt- und komparativen Perspektive überzeugend die deutlich voneinander abweichenden „Gerechtigkeitskulturen“ ebenso nachzuzeichnen wie deren in beiden Staaten anzutreffende bemerkenswerte Veränderungsresistenz und Stabilität.

Münster

CHRISTOPH LORKE

LEONIE TREBER: *Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerräumung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes*. Klartext, Essen 2014, 483 S. (22 Abb.), 29,95 €.

Die publizierte Doktorarbeit von Leonie Treber ist schon auf ungewöhnlich viel mediales Interesse gestoßen. Ihre Veröffentlichung kam zu einem Zeitpunkt, als die Trümmerfrauen-Debatte nach dem Streit um das Münchener Denkmal die Feuilletons erreicht hatte. Im Kern ging es bei dieser Diskussion um die Frage, ob zahlreiche Frauen aus freien Stücken oder vielmehr einige belastete weibliche NSDAP-Mitglieder zwangsweise bei der Trümmerräumung geholfen haben. Diese Frage erscheint v. a. vor dem Hintergrund interessant, dass die Betonung der Leistung der Trümmerfrauen dabei mehr und mehr von einem rechten bis rechtsradikalen Milieu besetzt wurde.

Diese Frage spielt auch bei Treber eine wesentliche Rolle, aber es geht ihr um mehr. Die Vorstellung, die Frauen hätten Deutschland flächendeckend enttrümmert, sei ein Mythos, so ihre zentrale These. Darüber hinaus zeichnet sie nach, wie ‚die Trümmerfrau‘ zu einem gesamtdeutschen Erinnerungsort wurde.

Durch eine solide und quellennahe Darstellung der Enttrümmerung und ihrer Akteure in der unmittelbaren Nachkriegszeit kann die Verfasserin nachweisen, dass keineswegs überwiegend Frauen an der Räumung der Städte beteiligt waren, vielmehr waren es Männer und Frauen und vor allem professionelle Bauunternehmen mit schwerem Gerät. Die Aufbauarbeit war in der Bevölkerung negativ konnotiert, hatten doch in den letzten beiden Kriegsjahren vor allem Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge diese Dienste leisten müssen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren auch ehemalige Nationalsozialistinnen zur Trümmerräumung verpflichtet worden. Schließlich kamen Frauen in nennenswerter Zahl vor allem in Berlin und in der SBZ zum Einsatz.

Dabei blieb die Beteiligung von Frauen an der Trümmerräumung in der Bundesrepublik und in der SBZ/DDR unterschiedlichen Zielen und Motiven verpflichtet. Galt sie in den westlichen Besatzungszonen als ein freiwilliger ‚Ehrendienst‘, wurden Frauen in vielen Städten der SBZ erwerbsmäßig zum Räumdienst herangezogen. Wie Treber zeigen kann, ging es bei der Inszenierung von Trümmerfrauen in den Medien der SBZ und in Berlin vor allem darum, diese schwere und unbeliebte Arbeit von ihrem Negativimage als Zwangsarbeit zu befreien und sie als freiwillige Arbeit darzustellen. Im weiteren Verlauf wurde die Trümmerfrau auch zur Ikone der Emanzipation und zum Inbegriff der Friedensarbeit stilisiert. Im Westen blieb es dagegen in den sechziger und siebziger Jahren still um die Trümmerfrau. Erst durch die Diskussion um die Renten der Aufbaugeneration und durch die Anfänge der historischen Frauenforschung avancierte das Bild der Trümmerfrau außerhalb von Berlin zu einer Gedenkfigur. Vor allem in der Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 wurde dieser Diskurs schließlich auf eine breite öffentliche Grundlage gestellt. Nach der

Wiedervereinigung amalgamierten die Bilder aus der DDR und Berlin mit denjenigen aus dem Westen und schufen eine gesamtdeutsche Erinnerungsfigur.

Die Untersuchung von Treber ist eine strukturiert aufgebaute und gut zu lesende Studie, die weitgehend überzeugend argumentiert. Dennoch bestehen einige kleinere Kritikpunkte. Eine eingehende Auseinandersetzung mit der Funktion von Mythen in Erinnerungskulturen wäre wünschenswert gewesen. Mit einem vergleichenden Blick auf die Erinnerung an weibliche Kriegserfahrung nach dem Ersten Weltkrieg wäre danach zu fragen, warum das Bedürfnis so groß war, Frauen als Handelnde in der Nachkriegszeit herauszustellen. War die (anteilig geringere) schwere Arbeit von Frauen im öffentlich sichtbaren Raum so spektakulär, dass sie andere Akteure überlagert hat? Oder hatte das nationalsozialistische Regime mit seinen Frauen-Organisationen die Akzeptanz für die Sichtbarkeit von weiblicher Arbeit so sehr erhöht, dass die wenigen Akteurinnen in der Nachkriegszeit auf ein öffentliches Sehbedürfnis trafen? An dieser Stelle hätte ein dezidiert geschlechtergeschichtlicher Blick der Arbeit gut getan. Einige Passagen wirken etwas überinterpretiert, z. B. die Vermutung am Ende der Studie, dass die Presse gezielt Trümmerfrauenbilder aus Berlin publiziert habe und nicht die Photographien aus der ehemaligen DDR, damit nicht die gesamtdeutsche Ikone der Trümmerfrau gefährdet würde. Insgesamt wird den Medien zu viel strategische Zielgenauigkeit unterstellt.

Doch Leonie Treber schafft mit ihrer Studie eine hervorragende Grundlage, um nicht nur die wissenschaftliche, sondern auch die öffentliche Diskussion über Frauen in der Nachkriegszeit zu beleben und neue Fragestellungen zu evozieren. Das ist für eine historische Untersuchung eine beachtliche Leistung.

Düsseldorf

SILKE FEHLEMANN

ALOIS UNTERKIRCHER: *Jungen und Männer als Patienten bei einem Südtiroler Landarzt (1860–1900)* (Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beiheft 51). Steiner, Stuttgart 2014, 392 S. (18 Abb., 41 Tab., 29 Zeichnungen), 62,00 €.

Die 2014 von Alois Unterkircher vorgelegte Studie zu Jungen und Männern als Patienten eines Südtiroler Landarztes ist die überarbeitete Fassung seiner 2012 an der Universität Innsbruck eingereichten Dissertation. Ausgehend von den gegenwärtigen Debatten um ein defizitäres Gesundheitsverhalten von Männern, die den Anschein erweckten, als sei dies eine anthropologische Konstante, ist es das Ziel dieser Arbeit, die Inanspruchnahme von Ärzten durch Männer aus historischer Perspektive zu untersuchen.

Seine Analyse stützt sich dabei vor allem auf die Aufzeichnungen des im 19. Jh. im Tauferer Ahrntal in Südtirol praktizierenden Arztes Franz von Ottenthal. In den „Historiae Morborum“, wie Ottenthal seine Aufzeichnungen selbst benannte, finden sich neben personenbezogenen Daten wie Alter und Geschlecht genaue Informationen über Symptome, Behandlung und Medikation jedes seiner Patienten. Bevor es jedoch zur Auswertung dieser für die Sozialgeschichte der Medizin wichtigen Quelle kommt, wird en détail auf den Untersuchungsraum sowie auf geschlechterspezifische Mortalitäts- und Morbiditätsstatistiken eingegangen, die für die Ausgangsfrage ein wichtiger Kontext sind.

Bei der Quellenanalyse legt Unterkircher seinen Fokus auf die quantitative Auswertung der Krankenjournalen, deren Ergebnisse er mit ausgewählten Textbeispielen unterstreicht. Der Landarzt führte seine Privatpraxis ohne Unterbrechung von 1847 bis zu seinem Tod 1899. Aufgrund der großen Anzahl von 244 überlieferten Krankenjournalen wählt Unterkircher für seine Analyse die Untersuchungszeiträume 1860 bis 1869 sowie 1890 bis 1899 aus. Auch wenn der Autor Geschlecht als relationale Strukturkategorie versteht und dies auch propagiert, kann er die Patienten lediglich anhand ihres Alters differenzieren, da Informationen z. B. über Religionszugehörigkeit und den ausgeübten Beruf nur selten vorlagen. Mithin unterteilt er die männlichen Patienten in die Gruppen Säuglinge

(bis zu einem Jahr), Kinder (ein bis 14 Jahre), jüngere (14 bis 25 Jahre), mittelalte (25 bis 45 Jahre), ältere (45 bis 65 Jahre) und alte Männer (über 65 Jahre). Während bei den Säuglingen, Kindern und alten Männern die Frauen als Vergleichsgruppe herangezogen werden, wird dies bei den Männern im Alter zwischen 14 und 65 Jahren mit dem Hinweis auf forschungspragmatische Gründe leider unterlassen.

Für die Säuglinge stellt der Autor fest, dass mehr männliche als weibliche in der Praxis Ottenthals behandelt wurden, worin er eine Bestätigung der Befürchtungen wegen männlicher Übersterblichkeit von Säuglingen sieht. Innerhalb der Gruppe der Kinder ändert sich diese Relation. Vor allem Mädchen ab dem vierten Lebensjahr zählten häufiger zu den Patienten als gleichaltrige Jungen. Unterkircher versucht dies mit der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung zu erklären: Demnach hielten sich Mädchen mehr im Inneren des Hauses auf und seien so einem höheren Ansteckungsrisiko ausgesetzt gewesen. Auch wenn dies plausibel erscheint, kann es anhand der vorliegenden Quellen nicht verifiziert werden. Trotzdem gelingt es, die gängige These von der dauerhaften Bevorzugung von Jungen beim Arztbesuch zu widerlegen. Die sich hier herausbildende geschlechtsspezifische Verteilung blieb auch bei den erwachsenen Patienten bestehen. Hier waren es die 25- bis 45-jährigen Männer, die am häufigsten Ottenthals Praxis aufsuchten, woraus geschlussfolgert wird, dass sie zum einen die Behandlung bezahlen konnten, zum anderen an eine wirksame Therapie glaubten. Dadurch lasse sich zeigen, dass Männer nicht unisono als „Gesundheitsmuffel“ bezeichnet werden können. Bei den über 65-jährigen Patienten zeigen sich Verschiebungen bei der Inanspruchnahme. Sind im ersten Untersuchungsjahrzehnt noch Männer häufiger in der Praxis zu finden, ändert sich dies in den Jahren 1890 bis 1899 zu Gunsten der Frauen.

Insgesamt gesehen legt Unterkircher eine fundiert ausgearbeitete Regionalstudie zum männlichen Verhalten bei Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen im Tauferer Ahrntal im 19. Jh. vor, die vor allem durch ihre Fülle an selbst erhobenen quantitativen Daten und deren Rückbindung an Zahlen der Historischen Demographie beeindruckt. Eine detailliertere qualitative Auswertung dieser Quellenbasis wäre jedoch wünschenswert gewesen, um noch mehr über das individuelle Gesundheits- und Krankheitsverhalten der männlichen Patienten Ottenthals zu erfahren.

Stuttgart

PIERRE PFÜTSCH

FRANK WOLFF: *Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947* (Industrielle Welt 86). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 558 S. (41 Tafeln), 69,90 €.

Die Geschichte des Bundes wurde schon oft, jedoch in der Regel arg verkürzt als Geschichte der jüdischen sozialistischen Arbeiterbewegung in Russland, Polen und Litauen geschrieben. In der nun von Frank Wolff vorgelegten Studie ist dies (endlich) anders. Sie entdeckt den 1897 in Vilnius gegründeten Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund als eine transnationale soziale Bewegung, die bedingt durch die massenhafte Migration von Aktivisten nach New York und Buenos Aires zugleich Wurzeln in Übersee schlug (die Migration nach Westeuropa, zum Beispiel nach Frankreich, kommt aber eigentümlicherweise nicht zur Sprache). Die tragende These lautet, dass aus der osteuropäischen, marxistisch orientierten Klassenbewegung jüdischer Arbeiter und Intellektueller ein transnationales Netzwerk erwuchs, durch das ein säkular-aktivistisches Leben in der Diaspora möglich wurde. Der Bund war somit niemals nur Partei oder Gewerkschaft, sondern stets auch eine oppositionelle Kulturbewegung, die sich mit einem eigenen Konzept jüdischer Säkularität gegen den Bolschewismus und Zionismus gestellt hatte. Und auch wenn der Bund als Organisation nicht mehr präsent war, sorgten dessen Aktivisten durch ihr Engagement in anderen Organisationen für ein Fortleben der bundistischen Ideenwelt.

Dass dieser „sekundäre Bundismus“ überhaupt in den Blick gerät, ist der großen methodischen

Verve zu verdanken, mit der Wolff vorgeht. So unterscheidet er zwischen dem Bund als Organisation, den Bundisten als Aktivisten, der sich im Begriff des „tuers“ abbildet, und dem Bundismus als der Vorstellung von einer historischen Mission, die sich in der „yidishkayt“ – einer neuen jüdischen Arbeits- und Lebensweise – äußerte. Mit dem noch weiter ausgefeilten methodischen Instrumentarium verbindet sich eine tief schürfende Quellenarbeit und stupende Belesenheit, die die bundische Autobiografie und Memorik zwar in das Zentrum der Analyse stellen, die Erklärung politischer Praktiken und Darlegung äußerer Handlungsbedingungen jedoch keineswegs vernachlässigen.

In drei großen Abschnitten präsentiert Wolff seine Untersuchungsergebnisse. Im ersten Teil arbeitet er heraus, was alle Bundisten teilten: einen spezifischen Aktivismus, das gemeinsame Handeln, das Füreinandereintreten – mithin die Lebensmaxime, im Hier und Jetzt, an Ort und Stelle gegen Unterdrückung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit immer wieder einen eigenen, nachweisbaren Beitrag zu leisten. Der zweite Teil beleuchtet die „Geschichtspolitik“ des Bundes, dessen Gedächtniskultur und Autobiografie sowie die Frage, wie die Bundisten aus der Vergangenheit die Gegenwart jeweils neu zu erschaffen suchten. Dabei stößt Wolff auf ein zentrales Dilemma: Indem die (osteuropäische) Erinnerung zum Hauptmodus der Vergemeinschaftung wurde, verlor sie in Übersee an Anziehungskraft und Mobilisierungsfähigkeit (S. 252). Der dritte Teil zeigt, wie dieses Problem gleichsam überbrückt wurde: durch Engagement in „Organisationen, die den Bund nicht mehr im Namen, aber im Sinn trugen“ (S. 293), durch Fundraising zugunsten der in Europa kämpfenden Bundisten sowie durch bundische Bildungs- und Kulturarbeit in der Diaspora, die zwischen den europäischen Kollektiverfahrungen und den amerikanischen Gegenwarten vermittelte.

Der Bund ging nicht im Holocaust unter. Er war weit mehr als eine Partei. Und er war längst nicht allein in Osteuropa anzutreffen. Deswegen ist der Satz, der sich auf Wikipedia findet – der Bund „war eine jüdische Arbeiterpartei, die in den Jahren von 1897 bis 1935 in mehreren osteuropäischen Ländern aktiv war“ –, grundlegend falsch. Und deswegen ist es zu wünschen, dass sich die Forschungsergebnisse von Wolff möglichst rasch verbreiten.

Bochum

KARSTEN RUDOLPH

BENJAMIN ZIEMANN: *Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933*. Dietz Nachf., Bonn 2014, 379 S., 24,90 €.

Der 2013 bereits auf Englisch erschienene Band ergänzt neuere Umwertungen der Weimarer Republik. Das Bild der Republik muss demnach differenziert werden: Vom Weltkrieg und der Enttäuschung über Niederlage und Versailler Vertrag führte keine Einbahnstraße zu Militarisierung und Brutalisierung der politischen Kultur von Weimar, geschweige denn zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Weimar war keine „Republik ohne Republikaner“, sondern hatte eine breite Anhängerschaft, und, so die Bilanz, die Erinnerung an den Krieg war nicht das Monopol der nationalistischen Rechten und auch nicht notwendigerweise Ausgangspunkt von antirepublikanischer Mobilisierung, sondern sie wurde wesentlich auch von Sozialdemokraten getragen.

Ziemann widmet sich der Kriegserinnerung unter den Weltkriegsteilnehmern und arbeitet die republikanischen Deutungen heraus. Hier sieht er eine breite Basis für ein anderes Bild des Weltkriegs, ein Bild, das keineswegs von Heroisierung des Kriegs und des Kriegsofers geprägt worden sei. Dazu untersucht er verschiedene Akteure, an erster Stelle das 1924 gegründete „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ (Mitgliederhöchststand: 900.000), also den republikanischen, de facto weitgehend sozialdemokratischen Veteranenverband, dazu den bereits 1917 entstandenen, ebenfalls sozialdemokratischen „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“ (Höchststand: 830.000) sowie verschiedene Ebenen der Kriegserinnerung wie die Diskussion um ein Reichsehrenmal und Darstellungen des Kriegs in populären Medien. Dabei werden auch Ambivalenzen nicht verschwiegen, an erster Stelle die Tatsache, dass das Reichsbanner trotz einer als

gemäßigt pazifistisch beschriebenen Haltung der Mitglieder militärisch organisiert war, sich in Aufmärschen in Uniform präsentierte und paramilitärische Übungen, auch Schießübungen, veranstaltete, zudem auch, dass Frauen aus dem Reichsbanner ausgeschlossen blieben.

Vor allem für die ersten Jahre der Republik bis 1922 sieht Ziemann die große Akzeptanz einer Deutung, die nicht den „Dolchstoß“ der „Heimat“ in den Rücken der „Front“ für die Niederlage verantwortlich machte, sondern „Korruption und Betrug der wilhelminischen Eliten“ (S. 312). Erst die Ruhrbesetzung 1923 habe die Stimmung in weiten Kreisen kippen lassen. Mit der Gründung des Reichsbanners habe dann die Konfrontation um das nationale Gedenken zugenommen, während Frankreich und Großbritannien zu einem integrierenden kollektiven Kriegsgedächtnis gefunden hätten. Die Stärke des Reichsbanners, das ein republikanisches Kriegsgedenken als Alternative zum nationalistischen Diskurs verteidigte, war nach Ziemanns Auffassung zugleich seine Schwäche, sei das Reichsbanner doch dem gemäßigt sozialistischen Gedankengut verpflichtet geblieben, dadurch seien allzu viele Gruppierungen, an erster Stelle liberale und katholische Veteranen der Republik, ausgegrenzt worden. Ziemann spricht von einem organisatorischen Erfolg, der gleichzeitig „ein substanzieller Fehlschlag“ gewesen sei (S. 311). Zudem hätten anfangs die Republikaner die Kriegserinnerung des einfachen Soldaten, quasi von unten, gegen die wilhelminischen Offiziere in Stellung gebracht, doch genau diese Vorgehensweise sei dann von der nationalistischen Rechten, an erster Stelle von Hitler, übernommen und gegen die Repräsentanten der Republik gewendet worden.

Das wird überzeugend anhand einer Fülle neu erschlossener Quellen herausgearbeitet. Nicht ganz einleuchtend ist der Hinweis, dass das Konzept der Ehrung des Unbekannten Soldaten für ein Reichsehrenmal ungeeignet gewesen sei, weil es bereits von den westlichen Kriegsgegnern verwendet worden sei. Gerade das Tannenberg-Denkmal, 1927 von Hindenburg eingeweiht, Symbol des nationalkonservativen und revisionistischen Kriegsgedenkens, enthielt an zentraler Stelle eine Grabstätte für zwanzig unbekannte Soldaten. Schwer nachvollziehbar ist auch der Hinweis, ein „Reichsehrenmal im Wald hätte die Basis für eine spezifisch deutsche Art der Erinnerung und des Gedenkens sein können“ (S. 225), wenn man sich denn nur auf ein Waldstück hätte einigen können. Die Waldsymbolik war seit den Befreiungskriegen politisch und seit dem Ende des 19. Jh.s auch völkisch aufgeladen. Ob gerade hier ein integrierendes Symbol der Republik hätte gefunden werden können, erscheint fraglich. Trotz der Einwände ist dies eine wichtige Studie, die durch ein Gesamtliteraturverzeichnis und ein Personenregister noch gewonnen hätte.

Kassel

WINFRIED SPEITKAMP

D. Wirtschaftsgeschichte

STEFANIE ALBUS-KÖTZ: *Von Krautgärten, Äckern, Gülten und Hühnern. Studien zur Besitz- und Wirtschaftsgeschichte des Prämonstratenserstifts Adelberg im Mittelalter 1178–1535* (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 73). Thorbecke, Ostfildern 2014, XIII u. 318 S., 39,00 €.

Bislang fehlte eine eingehende wirtschaftsgeschichtliche Studie zum Prämonstratenserstift Adelberg, dessen Anfänge in die 1170er Jahre fallen. Im Spätmittelalter konzentrierte sich der Besitz des Stifts südlich und nördlich der Rems um Adelberg/Hundsholz sowie um Steinenberg und Kaisersbach, reichte im Süden aber über die Fils hinaus und im Westen bis zum Neckar. Zum Zeitpunkt seiner Säkularisierung (1535) zählte Adelberg zu den finanzkräftigsten Klöstern Württembergs. So ist es begrüßenswert, dass sich Stefanie Albus-Kötz des Themas in ihrer Tübinger Dissertation angenommen hat, die von dem 2012 viel zu früh verstorbenen Sönke Lorenz betreut wurde. Ihr Ziel besteht darin, den „Besitz und die Besitzrechte des Stifts“ bis 1535 aufzuarbeiten „und – soweit anhand der vorhandenen Quellen möglich – die Organisation und Verwaltung innerhalb der stiftischen Grundherrschaft“ zu untersuchen (S. 3). Die hauptsächliche Materialbasis besteht zum einen aus der recht

umfangreichen, zudem gut erschlossenen urkundlichen Überlieferung, zum anderen aus den ergiebigen, für südwestdeutsche Verhältnisse freilich nicht übermäßig zahlreichen Lagerbüchern der zweiten Hälfte des 15. und des 16. Jh.s. Da für Adelberg insbesondere keinerlei Rechnungen auf uns gekommen sind, entfallen von vornherein denkbare Ansätze zur stiftischen Ökonomie, zu Haushalt oder Konsum. Entwicklung und Struktur der Grundherrschaft sind insgesamt gut dokumentiert, deren „Organisation und Verwaltung“ hingegen können angesichts der Quellsituation nur punktuell ausgeleuchtet werden.

Nach einer Einleitung (S. 1-42), die neben Ausführungen zu Ziel, Forschungsstand und Quellenlage auch einen informativen Abriss zur Stiftsgeschichte bietet, wird das Thema in drei Kapiteln entfaltet. Zunächst wird in Kapitel zwei („Die Besitzentwicklung“, S. 43-67) die Grundherrschaft im zeitlichen Überblick dargestellt. Das dritte Kapitel („Der Adelberger Besitz“, S. 68-236) beginnt mit Ausführungen zu Dokumentation und Struktur, Formen und Umfang von Gütern und Rechten. Exemplarisch vertieft wird dies anhand dreier Dörfer (Hundsholz, Schlat und Deizisau), bevor ein umfassender, alphabetisch nach Orten gegliederter Katalog der Besitzungen des Stifts geboten wird. Gesondert abgehandelt werden in Kapitel vier („Die Adelberger Pfarrkirchen“, S. 237-268) die Patronatsrechte und die inkorporierten Pfarreien.

Der große Wert der in jeder Hinsicht gründlichen, sorgfältig erarbeiteten, das Quellenmaterial ausschöpfenden Studie für die regionalgeschichtliche Forschung liegt auf der Hand. Darüber hinaus leistet sie, was einleitend angekündigt wird: Sie ist „ein weiterer, hauptsächlich im Bereich der Besitz- und Wirtschaftsgeschichte angesiedelter Baustein [...], um die Erforschung eines Ordens [des Prämonstratenserordens, S. R.] voranzutreiben, für den trotz seiner Bedeutung bis heute keine moderne Gesamtdarstellung existiert“ (S. 1). In diesem Sinne hätte die Verfasserin mit ihrem Thema offensiver umgehen können, wäre eine stärker vergleichende Einordnung willkommen gewesen. Doch so kleinteilig manche Passagen auch anmuten mögen, ändert dies nichts daran, dass die Beschäftigung mit der monastischen (und allgemeiner mit der ländlichen) Wirtschaftsgeschichte gerade auf solche detaillierten Einzelfallstudien angewiesen ist. Wichtige Ergebnisse, die in größeren Zusammenhängen Beachtung verdienen, liefert Stefanie Albus-Kötz mit der kritischen Rekonstruktion der Dotationsverhältnisse im 12. und 13. Jh., mit Angaben zu den ökonomischen Beziehungen zwischen Kloster und Stadt (Höfe in Esslingen, Heilbronn und Stuttgart), mit Hinweisen auf Geldgeschäfte (dazu zählte 1529 auch eine Einlage bei den Fuggern) – und ebenso an vielen weiteren Punkten.

Kiel

SVEN RABELER

CHARLES BARTHEL/IVAN KHARABA/PHILIPPE MIOCHE (Hg.): *Les mutations de la sidérurgie mondiale du XXe siècle à nos jours/The Transformation of the World Steel Industry from the XXth Century to the Present* (L'Europe et les Europes 11). Lang, Bruxelles u. a. 2014, 532 S. (13 Abb., 75 Tab., 50 Graphiken), 61,00 €.

Stahl boomt wieder?! Die Schwerindustrie überraschte in den letzten Jahrzehnten: In den 1990ern als *old economy* totgesagt, gelang mit dem Wachstum in China und Indien nach 2000 ihr Wiederaufstieg. Nie zuvor wurde so viel Stahl produziert wie in der Gegenwart. Doch dem ungeahnten Höhenflug ist anscheinend – zumindest in Europa – keine Dauer beschieden. Dies lassen die krisenhaften Ereignisse der letzten Jahre befürchten. Von daher kann der vorliegende Band nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch die Öffentlichkeit in schwerindustriell geprägten Regionen als spannende Lektüre gelten. Erklärtes Ziel ist es, den Bedarf an neueren nationalen oder gar europäischen Synthesen auszuloten und Forschungen anzustoßen. Dies veranlasste die Organisatoren (Centre d'études et de recherches européennes Robert Schuman, Université d'Aix-Marseille, Académie François Bourdon du Creusot) und den Schirmherrn (Association internationale d'histoire contemporaine de

l'Europe) zu zwei Tagungen 2012 bei ArcelorMittal in Creusot und Luxemburg, deren Beiträge hier publiziert sind.

Der Band befasst sich zwar schwerpunktmäßig mit europäischen Entwicklungen im 20. und beginnenden 21. Jh., bezieht aber auch weltweite Trends ein. Zudem werden in einigen Beiträgen – etwa von Manfred Rasch (ThyssenKrupp Konzernarchiv) und Christian Marx (Trier) – Kontinuitätslinien bis in das 19. Jh. ausführlich anhand von Thyssen und der Gutehoffnungshütte exemplifiziert. Die Perspektiven aus dem wissenschaftlichen Spektrum, v. a. der Wirtschafts-, Technik- und Sozialgeschichte, werden durch Beiträge von Praktikern erweitert. Hier stehen aktuelle Entwicklungen, etwa bei ArcelorMittal (Konzernmanager Thierry Jung) oder der französischen Nickelindustrie (Yann Bencivengo, Lannion), im Fokus. Jean-Louis Delaet vom belgischen Gedenkort Bois du Cazier sowie Françoise Bouchet aus Creusot befassen sich aus aktueller Sicht mit historischem Erbe und Repräsentationen.

Viele der 26 teils französisch-, teils englischsprachigen Beiträge (und zwei luzide Zusammenfassungen von Denis Woronoff) bieten in neun Themenschwerpunkten einen souveränen und teils spannenden Überblick. Angesprochen werden etwa staatliche und supranationale Einflüsse, Internationalisierungs- und Konzentrationsprozesse, Innovationen, Diversifikationen, Märkte und Wettbewerbsbeschränkungen, industrielle Beziehungen und spatiale Prozesse der Gegenwart. Auffällig ist dabei ein räumlicher Schwerpunkt auf Saar-Lor-Lux, Frankreich, Belgien und dem Ruhrgebiet (z. B. bei Karl Lauschke). Zwar werden auch italienische Autarkiebestrebungen, Arbeitsbeziehungen und aktuelle Entwicklungen in der Krise der 1990er Jahre von Gian Luca Podesta, Paolo Tedeschi und Ruggero Ranieri angesprochen sowie europäische Wettbewerbsregulierungen und schwedische Reaktionen von Birgit Karlsson. Internationale oder gar global vergleichende Beiträge bleiben aber die Ausnahme. Hervorzuheben ist hier der konsistente deutsch-französische Vergleich der managerialen Rekrutierungspraxen von Hervé Joly, der auf dessen intensiven Quellenstudien zu Industrieeleiten im 20. Jh. fußt.

Für Kenner/innen der europäischen Entwicklung ermöglichen die Beiträge über den brasilianischen (deutschstämmigen) Primus Gerdau und die südkoreanische POSCO von Hildete de Moraes Vodopives bzw. Dominique Barjot und Rang-Ri Park Barjot (alle Paris IV Sorbonne) den größten Erkenntniszuwachs. Vodopives demonstriert, dass nicht nur die steigende Nachfrage in Südamerika und günstige Löhne, sondern auch eine einheitliche Unternehmensstrategie, die auf einer familienbasierten Unternehmenskultur aufbaute, Gerdau zu einem internationalen Schwergewicht der Branche machten. Barjot und Park Barjot heben dagegen die Innovationen, breite Diversifizierung und Multinationalisierung des südkoreanischen Shootingstars POSCO hervor.

Dies unterstreicht eindrucksvoll, dass der Band insgesamt einen hervorragenden Einstieg in das Thema und eine Reihe spannender neuer Perspektiven für weitere Analysen bietet. Eine weite Rezeption als Ausgangspunkt innovativer, stärker international vergleichender Untersuchungen ist diesem internationalen Projekt zu wünschen. Dabei könnten auch Verflechtungen, Transfers und Ressourcenstrategien sowie Produzenten in den USA, der UdSSR und Skandinavien in den Fokus rücken.

Siegen/Mannheim

STEFANIE VAN DE KERKHOFF

VOLKER R. BERGHAHN: *American Big Business in Britain and Germany. A Comparative History of Two "Special Relationships" in the 20th Century*. Princeton U. P., Princeton/Oxford 2014, 375 S., 44,95 €.

Mehrfach hat Volker Berghahn mit seinen Veröffentlichungen neue Forschungsdiskussionen angestoßen; man denke nur an die vielen Beiträge aus den unterschiedlichsten Ländern, die sein 1984 erschienenes Werk *The Americanisation of West German Industry* auslöste. Das hier vorliegende

Buch macht aber eher den Eindruck eines Schlusssteins. Thematisch und methodisch ist es der Fritz Fischer-Schule und deren Epigonen verwandt. Auch Berghahn untersucht den Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf die Politik und kommt damit zu plausiblen Ergebnissen. Plausibilität ist eine Sache, ein lückenloser Nachweis eine andere. So trifft auf dieses Buch ebenso zu, was der Fischer-Schule vorgeworfen wurde: Impressionistische Eindrücke, die das Gesamtbild stützen oder es gar konstituieren, denen aber der konkrete Nachweis fehlt, wer wann auf wen wie eingewirkt hat und vor allem, ob die versuchte Einflussnahme die gewünschte Veränderung bewirkte. Der Ansatz ist nicht grundweg abzulehnen, sondern gibt Anstoß zu neuer und vertiefender Forschung. Mag die Methode traditionell sein, in der Grundidee des Buches bleibt sich Berghahn seinem Ideenreichtum treu: Wieder stellt er eine neue Frage, die eigentlich in der Luft lag, aber von niemandem auf diese Weise formuliert wurde. In diesem Fall ist es die nach den oft von Großbritannien beschworenen Sonderbeziehungen zu den USA, der „Anglo-Saxon special relationship“. Scheinbar naiv fragt Berghahn: „Haben die Amerikaner dieses Verhältnis ebenso gesehen wie die Briten?“ Um zu kontrastieren, was denn so „special“ in dieser Beziehung war, zieht er die amerikanisch-deutschen Beziehungen zum Vergleich heran, bei welchen infolge der beiden Weltkriege ein Kontrastprogramm zu erwarten ist. Gerade dies sind sie aber, laut Berghahn, nicht! Mehr noch, schon auf den ersten Seiten stellt er die Gegenthese auf, dass die Amerikaner, wann immer möglich, die Deutschen bevorzugten: „Yet, with Germany time and again developing a more dynamic industrial economy, their relation with Britain improved only when the ones with Germany were bad or very bad. Overall, the Anglo-American ‚special relationship‘, except in wartime, was on a downward slope during the decades covered by this book.“ (S. 17) – Gelingt es Berghahn, seine Leser zu überzeugen?

Das Buch ist in sieben Kapitel eingeteilt. Das erste bietet eine Momentaufnahme der Jahre 1900/01, die sich stark auf die Darstellungen des US-Bankiers Frank Vanderlip und des britischen Journalisten William Stead stützt, die jeweils das amerikanische Verhältnis zu Deutschland bzw. Großbritannien untersuchten. Stead schlug eine „special relationship“ zwischen den angelsächsischen Staaten vor, die das aggressiv emporstrebende Deutschland zähmen sollte. Dieses erste Kapitel (S. 22-56) vertieft die in der Einleitung (S. 1-21) angerissene Fragestellung. Das zweite (S. 57-104) deckt die Zeit bis 1914 ab. Hier thematisiert er die amerikanischen Direktinvestitionen (FDI), was wohl als Hintergrund für interessengeleitetes Handeln dienen soll. Die Präsentation ist allerdings unzureichend und doppelt unausgewogen. Unzureichend, weil sie episodisch Einzelfälle benennt, unausgewogen, weil die Darstellung fast nur die – umfänglich geringeren – FDI in Deutschland benennt, und schließlich, weil eine Darstellung des Handels, welcher ein Vielfaches der FDI ausmachte, ausgelassen wird. Bereits ein Blick in die Handelsstatistik und die veröffentlichte Literatur hätte die neue These zum Wanken gebracht, denn auf beiden Feldern war Großbritannien im betrachteten Zeitraum (bis 1957) Deutschland weit voraus. Trotzdem, in seiner Anlage stimuliert das Kapitel: Bis zur politisch bedingten Eintrübung vor Kriegsbeginn 1914 entwickelten sich die amerikanischen Beziehungen zu Deutschland dynamischer als jene zu Großbritannien. Das dritte Kapitel (S. 105-159) deckt den Krieg und die Zeit bis zur Konferenz von Genua ab. Hier trat Großbritannien wieder in den Vordergrund, doch schon bald machten sich US-Wirtschaftskreise Gedanken, wie sie in Europa Wachstum und Absatzmärkte stimulieren konnten. Dieser Vorgang – Annäherung, Entfremdung, kriegsbedingte Kooperation mit Großbritannien und Erneuerung der Zusammenarbeit mit (West-) Deutschland – wiederholt sich in gewissem Maße in den Kapiteln IV (1923–1933, S. 160-226), V (1933–1941, S. 227-285) und VI (1941–1957, S. 286-354). Einmal mehr wird die Kooperation von US-Unternehmen mit Nazi-Deutschland dargestellt, allerdings auch hier in episodischer Weise und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Diese anekdotische Herangehensweise charakterisiert das Buch durchgängig. In keinem Fall werden die in der Literatur vorliegenden quantitativen Übersichten über den Umfang des Handels oder der Direktinvestitionen bemüht. Damit fällt das Werk methodisch um eine Generation zurück. Unverständlich ist auch der Abschluss mit der Suezkrise, so dass die im Buchtitel angekündigte Übersicht über das 20. Jh. 1957 endet, ohne dass hierfür ein plausibler Grund angegeben wird. Gab es möglicherweise in den Jahren des regierenden Neoliberalismus unter Reagan und Thatcher eine Neuauflage der britisch-amerikanischen Beziehungen? Hatte der gemeinsam ausgefochtene Golfkrieg eine Wirkung? Erzeugte das Marktpotenzial des vereinigten Deutschland

einen Umschwung? Die zweite Hälfte des Jahrhunderts bleibt ausgeblendet. – Schade, die glänzende Idee des Altmeisters, der oft beschworenen anglosächsischen „special relationship“ eine amerikanisch-deutsche entgegenzuhalten, wurde nicht überzeugend umgesetzt.

Bergen, Norwegen

HARM G. SCHRÖTER

HUBERT BONIN: *Banque et identité commerciale. La Société générale 1864–2014*. Presses Universitaires du Septentrion, Villeneuve d'Ascq 2014, 290 S. (zahlr. Abb.), 24,00 €.

Das Buch des bekannten französischen Bankenhistorikers Hubert Bonin beschäftigt sich mit einem Thema, das in der bankenhistorischen Forschung bislang nur wenig Beachtung gefunden hat. Am Beispiel einer der größten französischen Banken, der Société Générale, untersucht er die Entwicklung ihrer öffentlichen Selbstdarstellung, die über das engere Feld der Werbung hinausgeht. Bonin zeigt mit seiner stringenten und schlüssigen Argumentation, dass die Reputation der Société Générale (SG) bis zu den 1960er Jahren auf dem Image finanzieller Solidität aufgebaut war, das sie auch in den wirtschaftlich wechselhaften 1920er Jahren und in der Weltwirtschaftskrise erfolgreich verteidigte.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik markierten die 1960er Jahre eine „Sattelzeit“ des Bankmarketing. Mit der Durchsetzung der bargeldlosen Gehaltszahlung für Angestellte, Beamte und Arbeiter entwickelten sich auch Geschäftsbanken mit einer bislang überwiegend gut- bis großbürgerlichen Privatkundenklientel zu Instituten, die ihre Kunden auf einem sozial erweiterten Massenmarkt suchten. Folglich expandierte die Kundenzahl von 700.000 (1967) bis auf 2,5 Millionen (1976). Der 1965 geprägte Werbeslogan „*Ne vivez pas en marge de la Société générale*“ (Leben Sie nicht am Rande der allgemeinen Gesellschaft) entwickelte sich wegen seiner wortspielerischen Doppeldeutigkeit zu einem Klassiker der (französischen) Bankenwerbung, dessen Popularität durch ein inhaltlich passendes Bildprogramm – die idealtypische und stilistisch eingängige zeichnerische Darstellung von Franzosen und Französisinnen der traditionellen und modernen Mittelschichten – noch verstärkt wurde.

Bonin lässt bei seiner Untersuchung der Marketing- und Selbstdarstellungsstrategien keinen relevanten Aspekt aus. Neben der Evolution der Anzeigenkampagnen und der Institutionalisierung des Marketings im Unternehmen untersucht er die quantitative Erweiterung des Vertriebsnetzes durch Gründung neuer Filialen. Hierbei spielte auch die kundenfreundliche Umgestaltung der Filialgebäude eine Rolle, die Kunden der Mittelschichten die distanzschaffende Ehrfurcht nehmen und durch eine kundenfreundlichere Gestaltung Öffnung und Nähe demonstrieren sollten. Bereits 1970 begann die SG mit der systematischen empirischen Erforschung der Kundenbedürfnisse, deren Ergebnisse in die Entwicklung neuer Produkte für das Privatkundengeschäft Eingang fanden.

Bonins Buch überzeugt durch empirische Präzision auf einer gesättigten Quellengrundlage, die durch zahlreiche Reproduktionen von Werbeanzeigen dankenswerterweise auch den Leser/-innen zugänglich gemacht wird. Zu den Schwächen seiner Darstellung zählt der zu schwache Bezug auf die theoretischen Grundlagen des Marketings und die bisherigen Forschungen zur Marketinggeschichte, die einen intersektoralen Vergleich mit den Konsumgüterindustrien ermöglicht hätten.

Bielefeld

CHRISTOPHER KOPPER

PETER COLLIN U. A. (Hg.): *Regulierte Selbstregulierung in der westlichen Welt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts* (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 290/Moderne Regulierungsregime 4). Klostermann, Frankfurt a. M. 2014, 271 S., 79,00 €.

Die vorliegende Aufsatzsammlung ist der dritte Tagungsband eines am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte angesiedelten Projekts zur ‚Regulierten Selbstregulierung in rechtshistorischer Perspektive‘. Während sich die ersten beiden Bände mit der ersten und der zweiten Hälfte des 19. Jh.s beschäftigen, konzentrieren sich die Beiträge in diesem Band auf die Phase vom ausgehenden 19. Jh. bis zu den 1930er Jahren – also auf den Übergang vom liberalen Ordnungsstaat zum regulierenden Interventionsstaat. ‚Regulierte Selbstregulierung‘ meint die Kombination von staatlicher und privater Gestaltung gemeinwohlrelevanter Angelegenheiten. Sie vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen (Regulierungsobjekte) – von Kammern über Vereine bis zu Genossenschaften und zahlreichen anderen Formen – und bezieht sich auf unterschiedliche Tatbestände (Regulierungsobjekte) – von der Normensetzung über die Kontrolle bis zur Steuerung.

Die Aufsätze werden in zwei Gruppen zusammengefasst. In den ‚systematischen Überlegungen‘ geht es um die Fragen, (1) ob die regulierte Selbstregulierung ein spezifisch deutsches Ordnungselement ist, (2) inwieweit regulierte Selbstregulierung, Gewährleistungsstaat, kooperativer Staat und Governance als Analysekatoren für historische Kooperationsformen dienen können und (3) auf welche Weise der Begriff der regulierten Selbstregulierung in der angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Literatur seit den 1990er Jahren wahrgenommen wird. In den ‚nationalen Konturen‘ werden sieben Länderstudien vorgelegt: (4) über die zögerliche Ausbreitung der regulierten Selbstregulierung im liberalen System der USA, (5) über eine ähnliche Entwicklung, konzentriert auf den Wohlfahrtssektor, in den Niederlanden, (6) über die ebenfalls zögerliche Ausbreitung im staatsorientierten System Frankreichs und (7) Belgiens, hier am Beispiel der Organisation technischer Sicherheit in Unternehmen, (8) über die pseudo privat-staatliche Kooperation im austrofaschistischen Staat der 1930er Jahre und (9) beim Übergang vom liberalen zum autoritären System Italiens im ersten Drittel des 20. Jh.s sowie schließlich (10) über das schwedische „Volksheim“ als spezifische Form der regulierten Selbstregulierung.

Wie die Herausgeber selbst anmerken, ist ein systematischer Vergleich der Länderstudien kaum möglich. Dazu sind die Untersuchungsgegenstände und -zeiträume zu disparat (S. VIII). Methodisch-theoretisch sind die Aufsätze wenig profiliert, so dass auch in dieser Hinsicht kaum ein gemeinsamer Ansatz auszumachen ist. Was aber deutlich wird, ist die Tatsache, dass sich wohl in den meisten Staaten beim Übergang vom liberalen Ordnungsstaat des 19. zum regulierenden Interventionsstaat des 20. Jh.s länderspezifische Formen regulierter Selbstregulierung herausbildeten – ganz gleich, ob sie in liberaler oder interventionistischer Tradition standen. Die Herausgeber erkennen zwei „Grundmodelle“ regulierter Selbstregulierung: „privat initiierte und privatrechtlich organisierte auf der einen und staatlich initiierte und behördlich (bzw. öffentlich-rechtlich) organisierte auf der anderen Seite“ (S. IX). Gleichzeitig werden vier „Grundmuster“ regulierter Selbstregulierung identifiziert: „liberal-zivilgesellschaftliche, liberal-etatistische, korporatistische und kooperative“ (S. XI). Einerseits ging es um die Bändigung privater Interessen, andererseits um die Entlastung staatlicher Instanzen. Deutlich wird, dass der ‚kooperative‘ und ‚gewährleistende Staat‘ oder ‚Governance‘ – ein heuristisches Mittel, mit dem in der Zwischenzeit alle Wirtschaft-, Sozial- und Politikwissenschaften arbeiten – eben kein neues Phänomen ist, wie oftmals suggeriert, sondern ein altes, das im Übrigen bereits das politische System des Ancien Régime prägte.

Bremen

GEROLD AMBROSIUS

SANDRO FEHR: *Die Erschliessung der dritten Dimension. Entstehung und Entwicklung der zivilen Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz, 1919–1990* (Verkehrsgeschichte der Schweiz 1). Chronos, Zürich 2014, 342 S. (26 Abb.), 47,50 €.

Sandro Fehrs überarbeitete Dissertation (Bern 2012, Betreuer: Christian Rohr, Christoph Maria Merki, Hans-Ulrich Schiedt) zur Geschichte der Schweizer Flughäfen und Flugsicherung ist nicht nur Band 1 einer „Verkehrsgeschichte der Schweiz“, sondern auch Teil und Auftakt eines umfangreichen Projekts zur Verkehrs- und Mobilitätsgeschichte der Schweiz, das es in ähnlicher Breite für Deutschland noch nicht gibt.

Fehrs Arbeit steht zugleich für eine allgemeine Hinwendung zur Geschichte der Verkehrsinfrastrukturen, die in den letzten Jahren in mehreren größeren Projekten in das Zentrum der Verkehrsgeschichte gerückt ist und wirtschafts-, technik- und politikhistorische Perspektiven miteinander verbindet.

Die Kapitel der Arbeit sind chronologisch geordnet. Nach einem Überblick über die Frühgeschichte der zivilen Luftfahrt skizziert Fehr die Zeit des Zweiten Weltkriegs als Zäsur für Flughafenplanungen, insbesondere die Planung eines großen Interkontinentalflughafens für die Hauptstadt Bern. In den Nachkriegskapiteln (S. 149-299) beschreibt er detailliert den Aufstieg von Zürich-Kloten zum wichtigsten Schweizer Flughafen. Im Bereich der Flugsicherung schildert er – wenig überraschend – die Abkehr von der deutschen Technologie und die Hinwendung zur US-Technologie nach 1945.

Die größte Stärke der Arbeit ist die vergleichende Gegenüberstellung der unterschiedlichen lokalen Unterstützung der einzelnen Flughafenprojekte. Während vor allem in Zürich die lokale Förderung trotz aller Lärm- und Kostenprobleme durchgängig gegeben war und wichtige Ausbauentscheidungen an der Urne eine Mehrheit fanden, votierten die Anwohner in Bern gegen die (Aus-) Baupläne des dortigen Flughafenprojekts. Am Ende waren es, so Fehr, nicht die räumlichen Bedingungen, sondern die fehlende lokale Unterstützung, welche dazu führte, dass die Hauptstadt der Schweiz heute ohne internationalen Flughafen auskommen muss oder darf, während Zürich zu einem der führenden Interkontinentalflughäfen Europas aufstieg. Genf und auch Basel bewegten sich, was die lokale Unterstützung angeht, zwischen Zürich und Bern; dementsprechend haben sie sich in der realen Flughafenplanung entwickelt.

Die Arbeit belegt damit durchaus ein Primat des Politischen in der direktdemokratischen Schweiz vor den räumlichen und wirtschaftlichen Randbedingungen für den Flughafenausbau. Fehr unterstreicht damit eine These zur Besonderheit der Infrastrukturgeschichte der Schweiz gerade auch im Unterschied zu Deutschland, die auch andere Arbeiten zur Schweizer Verkehrsinfrastrukturplanung der Nachkriegszeit (Ueli Haefeli für die Straßenbahn, Gisela Huerlimann für die Eisenbahn) bereits herausgearbeitet haben.

Die Arbeit hätte von einem eigenen Kapitel mit internationalen Vergleichen profitiert, etwa unter Nutzung von Marc Dierikx „Building Castles of the Air“ (über Heathrow, Charles-de-Gaulle, Schiphol und Frankfurt) oder Nicolas Neiertz Dissertation über die Pariser Flughäfen. Die interne Gegenüberstellung der Schweizer Flughafenprojekte ist aber schon für sich genommen sehr interessant und instruktiv.

Insgesamt eine für das Verständnis der Entscheidungsprozesse im Flughafenausbau sehr lesenswerte, wichtige Arbeit.

Berlin

HANS-LIUDGER DIENEL

CHRISTIAN GRABAS/ALEXANDER NÜTZENADEL (Hg.): *Industrial Policy in Europe after 1945. Wealth, Power and Economic Development in the Cold War*. Palgrave Macmillan, Basingstoke 2014, 388 S. (29 Abb., 41 Tab.), 92,56 €.

„Industrie“ hat wieder Konjunktur. Die Wirtschaftskrise des letzten Jahrzehnts zeigte, dass sie erheblich zur Krisenfestigkeit einer Volkswirtschaft beizutragen vermag. Das inspirierte die Herausgeber zur Organisation einer Tagung vom September 2011 („Planning the Economic Miracle? Industrial Policy in Europe between Boom and Crisis [1950–1975]“). Der hieraus hervorgegangene Sammelband will darauf aufbauen und ein Einstieg für all jene sein, die sich mit der Wirtschaftspolitik Europas im 20. Jh. beschäftigen wollen.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Der erste widmet sich West-, der dritte Teil Mittel- und Osteuropa. Der mittlere Abschnitt analysiert supranationale Ansätze und Institutionen. Den Anfang macht James Foreman-Peck, der sich mit der europäischen Industriepolitik im Nachkriegsboom beschäftigt. Er beschreibt die Nachkriegsentwicklung als reinen Aufhol- und Konvergenzprozess. Es folgen Beiträge zu England (Marcin Chick), Frankreich (William James Adams), der BRD (Stefan Grüner), Schweden (Jan Bohlin), Italien (Christian Grabas) und Spanien (Joseba De la Torre/Mario García-Zúñiga). Die Qualität der Aufsätze ist durchweg hoch, innovativ sind jedoch vor allem die Beiträge zu Italien und Spanien. Insbesondere der Artikel von Grabas ist sehr kenntnisreich und zeigt unter anderem, dass die Nivellierung des Nord-Süd-Gefälles seit den 1950er Jahren Ziel der italienischen Wirtschaftspolitik war. Der Wert der Analyse von De la Torre/García-Zúñiga liegt darin, innerhalb der Regionen Spaniens zu differenzieren und zu zeigen, dass von 15 Regionen Spaniens nur drei nachhaltig vom Wachstum profitierten (S. 174).

Den zweiten Abschnitt leitet Daniel Speich Chassé mit einer Untersuchung der Vorbildwirkung des Marshallplans für die Strategien zur Entwicklung der sog. Dritten Welt ein. Der Plan atmete den Geist sozialer wie ökonomischer Planbarkeit, und man verband mit ihm die Hoffnung, durch hohes Produktionswachstum, wirtschaftliche Kooperation und regionale Marktintegration (S. 191) dauerhaftes Wirtschaftswachstum generieren zu können. Der Aufsatz von Laurant Warlouzet (*Towards a European Industrial Policy? The European Economic Community Debates, 1957–1975*) dokumentiert das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Industriepolitik: Sämtliche Vorhaben, die über die Beseitigung von Handelshindernissen hinausgingen, wurden durch nationale Interessen verhindert. Die Abhandlungen von Martin Rempe (*Entangled Industrialization. The EEC and Industrial Development in Francophone West Africa*) und Guia Migani (*The EEC and the Challenge of the ACP States' Industrialization, 1972–1975*) zeigen, wie wenig es der EWG gelang, außerhalb Europas erfolgreiche Industriepolitik zu betreiben. Liest sich der Beitrag Rempes wie eine Serie von „Pleiten, Pech und Pannen“, begünstigt durch mangelndes Interesse seitens der EWG, war das Lomé-Abkommen der EG mit den AKP-Staaten von 1975 durchaus vielversprechend. Was enttäuschte, war seine Umsetzung.

Der letzte Teil des Sammelbands untersucht die Industriepolitik der DDR (Ralf Ahrens), Ungarns (Pál Germuska) und der UdSSR (Christopher Mark Davis). Die Schnittmengen dieser Analysen sind bemerkenswert groß: In allen drei Ländern war die Effizienz der Investitionen und der Industrieproduktion unzureichend. In der UdSSR war der volkswirtschaftliche Beitrag einzelner Industriezweige sogar negativ. Die Studie Ivan Berends (*Industrial Policy and its Failure in the Soviet Bloc*) bietet kaum Neues.

Die „Westlastigkeit“ (S. 6) der Forschung kann auch dieses Buch nicht auflösen. Doch wer sich mit der Industriepolitik oder der Nachkriegswirtschaftsgeschichte eines der untersuchten Länder beschäftigt, bekommt mit vorliegendem Sammelband ein Werk zur Hand, das auch deshalb Anerkennung verdient, weil es die vielfach bestehenden sprachlichen Hürden überwindet. Nicht bloß zu Ungarn, auch zu Spanien und Italien findet man kaum vergleichbare Beiträge, selbst im Fall Frankreichs sind einschlägige Arbeiten dünn gesät. Das Buch ist somit zugleich Fundament und Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen.

PASCAL GRISET: *The European Patent. A European Success Story for Innovation*. Europäisches Patentamt, München 2013, 324 S., 40,00 €.

Wirtschaftshistoriker eint die Auffassung, dass das nachhaltige Wirtschaftswachstum der führenden Industriestaaten in den letzten beiden Jahrhunderten in erster Linie auf den beständigen Strom von Innovationen zurückzuführen ist, der durch die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der dort angesiedelten Unternehmen und privaten Erfinder hervorgebracht wurde. Weniger Einigkeit herrscht über die Gewichtung der Ursachen dieser technologischen Kreativität. Zur Debatte stehen unter anderem die Qualität der nationalen Bildungssysteme und deren Einfluss auf das Humankapital, Netzwerkeffekte zwischen geographisch benachbarten Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die staatliche Technologiepolitik, die Wettbewerbsstruktur in den innovativen Industrien, religiöse Einflüsse und der Grad der grundsätzlichen kulturellen Offenheit gegenüber Veränderungen. Große Bedeutung kommt sicherlich vor allem denjenigen wirtschaftlichen Institutionen zu, die es einem Erfinder ermöglichen, sich die wirtschaftlichen Erträge seiner Innovationsleistung anzueignen. Ohne die Hoffnung auf überdurchschnittlich hohe Innovationsgewinne besteht für ein privates Wirtschaftssubjekt nämlich kaum ein ökonomischer Anreiz, in die unsichere und daher sehr riskante Entwicklung neuer Produkte und Verfahren zu investieren.

Aufbauend auf diesen Überlegungen führten die meisten bedeutenden Industriestaaten im Verlauf des 19. Jh.s nationale Patentsysteme ein, durch die einem Erfinder die Möglichkeit eingeräumt wird, für einen beschränkten Zeitraum seine Innovation als Monopolist zu produzieren und zu vermarkten oder einen Dritten zu lizenzieren, dies an seiner Stelle zu tun. Dass der Gültigkeitsbereich eines Patents dabei immer auf den Wirtschaftsraum desjenigen Nationalstaats beschränkt war, der das Patent gewährt hatte, wurde für die Erfinder im Zuge der wachsenden internationalen Marktintegration zunehmend zu einem Problem. Zwar bestand die Möglichkeit, auch in ausländischen Staaten ein Patent zu erwerben, doch war dies mit vergleichsweise hohen Transaktionskosten verbunden, die nicht nur aus den jeweils anfallenden zusätzlichen Anmeldegebühren, sondern auch aus dem Umstand resultierten, dass die ursprüngliche Patentschrift in die Landessprache übersetzt und an die rechtlichen Vorgaben des jeweiligen Patentsystems angepasst werden musste.

Nach Einrichtung des gemeinsamen Marktes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 lag daher der Gedanke nahe, die Vielzahl der nationalen europäischen Patentsysteme durch ein einheitliches europäisches Patent zu ersetzen, das im gemeinsamen Markt (und darüber hinaus) Gültigkeit besitzen würde. Nationale Partikularinteressen verhindern jedoch bis heute die Einführung eines echten europäischen Patents. Stattdessen wurde durch das Münchner Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 ein Kompromiss gefunden. Seit 1978 ist es möglich, beim in München angesiedelten Europäischen Patentamt (EPA) einen Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents zu stellen. Wird dieses nach Prüfung der Neuheit und gewerblichen Anwendbarkeit der Erfindung gewährt, entfaltet das „europäische“ Patent die gleiche Wirkung wie die weiterhin existierenden nationalen Patente derjenigen europäischen Staaten, die bei der Anmeldung explizit benannt wurden. Hierzu ist es in einem zweiten Schritt allerdings weiterhin notwendig, dass der Patentinhaber seine Patentschrift in die jeweilige Landessprache übersetzt und die jeweils anfallenden nationalen Patentgebühren entrichtet. Immerhin aber ist der Prüfungsvorgang zentralisiert.

Die von dem Pariser Zeithistoriker Pascal Griset verfasste und vom EPA anlässlich des vierzigsten Jahrestags des Münchner Patentübereinkommens selbst herausgegebene Monographie hat leider über weite Strecken den Charakter einer sehr traditionellen Festschrift. Dies zeigt sich beispielsweise in der durchgängig positiven Zeichnung der „Gründerväter“ und Präsidenten des Europäischen Patentamts sowie in der Idealisierung der „heroischen“ Gründungsphasen des International Patent Institute in Den Haag (später eine „Außenstelle“ des EPA) und des EPA in München. Auch werden die Ursachen der mehrmals angesprochenen Tarifauseinandersetzungen mit den Arbeitnehmern des EPA nicht tiefergehend analysiert. Grundsätzliche Kritik an der Wirkung von Patenten wird bestenfalls am Rand geäußert, so zum Beispiel kurz im Zusammenhang mit den Problemen von Entwicklungsländern (S. 197 f.). Immerhin bietet das vorliegende Werk aber einen gewissen Einblick in die praktischen Probleme der Tätigkeit der eigentlichen Prüfer der Patente. Vor allem aber lohnt die Lektüre deshalb,

weil am Beispiel der Geschichte des EPA aus durchaus neuer Perspektive die grundsätzlichen Probleme aufgearbeitet werden, die europäische Nationalstaaten schon immer mit der Schaffung supranationaler europäischer Organisationen hatten. Insbesondere sind hier die Konflikte zwischen dem EPA und den weiter bestehenden nationalen Patentämtern zu nennen. Einen zusätzlichen Mehrwert bieten die sehr zahlreichen zeitgenössischen Fotografien.

Mannheim

JOCHEN STREB

MARTIN KOHLRAUSCH/HELMUTH TRISCHLER: *Building Europe on Expertise: Innovators, Organizers, Networkers* (Making Europe: Technology and Transformations 1850–2000 2). Palgrave Macmillan, Basingstoke u. a. 2014, 390 S. (72 Abb.), 60.00 £.

Martin Kohlrausch ist Professor für European Political History an der Katholischen Universität Leuven/Belgien und Fachmann u. a. für die Geschichte der Architekten im 20. Jh. Sein Koautor Helmuth Trischler ist ausgewiesener Technikhistoriker mit Spezialgebiet Luft- und Raumfahrt und im Deutschen Museum München für den Bereich Forschung zuständig.

Ihr gemeinsames Werk ‚Building Europe on Expertise‘ ist Teil der o. g. Buchreihe ‚Making Europe‘, deren Bände sich thematisch so ergänzen, dass sie gemeinsam ein großer angelegtes Forschungsprojekt abdecken. Leitgedanke ist, dass die europäische Integration bereits Mitte des 19. Jh.s einsetzte und von technischen Entwicklungen getrieben wurde.

Das vorliegende Buch gliedert sich in die Teile ‚Cultivating Experts‘ (bis etwa 1900), ‚New social orders‘ (etwa 1900 bis 1945) und ‚Cooperating experts‘ (Nachkriegszeit). Eingelagerte Fallstudien berichten über das technische Bildungswesen, die Vereinnahmung von Experten durch Diktaturen wie auch über Technologieförderung durch europäische Integration.

Das Buch könnte schon wegen seiner Fallstudien kaufenswert sein, die u. a. slawischsprachige Quellen einbeziehen. Es ist verständlich geschrieben, hervorragend illustriert und wird durch einen kombinierten Personen- und Sachindex erschlossen (14 S.).

Die Schwächen des Werks liegen in Relevanz und Kohärenz: Angelegt vor allem als Blütenlese spektakulärer Themen (Nazi-Raumordnung, Nazi-Raumfahrt, sowjetische Lysenko-Genetik, Reform-Architektur etc.), erkennt man vor lauter Geschichten die Geschichte nicht. Kohlrausch und Trischler transzendieren die Technik hin zur Sozial- und Geistesgeschichte. Mit Produktionstechnik oder überhaupt mit Wirtschaft beschäftigen sie sich kaum, so dass sie auch keinen historischen Entwicklungspfad aufzeigen können. Wichtige Faktoren werden ignoriert:

- 1) Maßgeblich für den technischen Fortschritt im 20. Jh. wurde der Wechsel vom Klein- zum Großbetrieb Ende des 19. Jh.s;
- 2) Die Wirtschafts- und Technikgeschichte Europas lässt sich ab etwa 1900 ohne die USA nicht verstehen. Im 20. Jh. führen die Europäer in den meisten Bereichen Amerika hinterher;
- 3) Über technische Projekte entschieden selten Ingenieure oder Architekten allein. Sie mussten sich mit Ökonomen und Organisationsfachleuten abstimmen und Investoren überzeugen. Ingenieurstechnik musste ergänzt werden durch Organisations- und Planungstechnik, Kartell- und Konzerntechnik, Finanzierungstechnik, Vertragstechnik etc.

Der rote Faden des Werks hätte die laufende Funktionsverbesserung, also Rationalisierung und Expansion, sein können. Der ‚Funktionalismus‘ wird im Buch zwar erwähnt, aber nur als Randaspekt. Sein Begründer David Mitrany wird zum „mastermind of European integration“ stilisiert, was er nie war, sondern ein Gegner der EWG. Jean Monnet ignorierte den britischen Professor beharrlich (Leonhardt 2013, S. 627-631).

In einem strukturierteren Ansatz hätte man vor den (von Kohlrausch und Trischler erwähnten) ‚Fordismus‘ die Umwälzung der US-Wirtschaft durch die Trusts gestellt. Innerhalb von nur einer Generation ab 1880 lösten Großbetriebe, löste eine Großraumwirtschaft das bisherige ökonomische

Kleinklein ab. Trust-Kapitäne wie Rockefeller suchten nach Rationalisierungspotenzialen, nach Feldern für Großtechnik. Die Europäer versuchten zu kontern: Der Stahlwerksverband von 1904 war die deutsche Antwort auf den US-Steeltrust mit seiner überlegenen Produktions- und Vertriebstechnik. Der Infrastruktur des Ruhrgebiets sieht man heute noch den Funktionalismus der Syndikatskartelle an.

Die Experten waren unisono für Planung. Auch dieses Thema behandeln die Autoren nur randständig: Welche Funktion, welchen Nutzen Planung haben sollte, wird kaum erklärt. Dabei wogte während der gesamten Zwischenkriegszeit eine „Planwirtschaftsdebatte“ durch Europa. Hierin diskutierten Experten Planungsmodelle. Nur durch Planung – so schien es – ließ sich die Zukunft sichern, ließ sich der Kapitalismus zivilisieren.

Das Moralisieren über die Arbeit von Experten für autoritäre Regime gerät Kohlrausch/Trischler insgesamt zu wohlfeil: Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte der liberale Kapitalismus abgewirtschaftet, war die parlamentarische Demokratie diskreditiert. Denkende Menschen orientierten sich um. Eine demokratische Alternative ergab sich erst später, nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs.

Hildesheim

HOLM ARNO LEONHARDT

CHRISTIAN LEITZBACH: *Rheinmetall. Vom Reiz, im Rheinland ein großes Werk zu errichten*. 2 Bände. Greven, Köln 2014, 1040 S. (128 Abb.), 49,90 €.

Zum 125-jährigen Jubiläum der Rheinmetall AG hat deren Unternehmensarchivar Christian Leitzbach eine voluminöse Gesamtdarstellung verfasst. Obschon die beiden reich bebilderten Bände die Form einer Festschrift haben, betont Leitzbach die inhaltliche Unabhängigkeit gegenüber der Unternehmensleitung. Der lange Fortbestand des Unternehmens war bei seiner Gründung keineswegs voraussehbar, denn die auf Veranlassung des Hoerder Bergwerks- und Hüttenvereins 1889 gegründete Firma Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik war zunächst nur zur Abwicklung eines einmaligen Munitionsauftrages erschaffen worden.

Das Buch ist in sechs Zeitabschnitte gegliedert, welche sich an unterschiedlichen Gesellschaftsformen des Unternehmens sowie den gängigen Zäsuren im 20. Jh. orientieren. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde Rheinmetall durch den Ingenieur und Aufsichtsrat Heinrich Ehrhardt geprägt, der mit der Entwicklung des Rohrrücklaufgeschützes den Grundstein für den Erhalt der Firma legte. Doch erst nachdem die ersten Ehrhardt-Geschütze im Ausland eingeführt worden waren, erhielt das Unternehmen auch Aufträge von der deutschen Heeresverwaltung und konnte sich damit neben dem Konkurrenten Krupp etablieren. Parallel zur Geschütz- und Munitionsproduktion fertigte Rheinmetall bereits in dieser Phase zivile Güter wie Eisenbahnwagensätze und Stahlflaschen. Gleichwohl blieb die Rüstungsproduktion der Kern der Geschäftstätigkeit.

Nachdem die Werksanlagen während des Ersten Weltkrieges enorm ausgeweitet worden waren, bedrohte die notwendige Umstellung auf Friedensproduktion die ökonomische und finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Neben der Fertigung von Schreib- und Rechenmaschinen ging Rheinmetall deshalb ein Bündnis mit anderen Unternehmen im Eisenbahnsektor ein. Hierzu gehörte auch die Fried. Krupp AG, die seit 1909 verdeckt die Aktienmehrheit hielt. Nach Überwindung von Hyperinflation und Ruhrbesetzung beteiligte sich Rheinmetall unter Missachtung des Versailler Vertrages bald wieder an der geheimen Wiederaufrüstung Deutschlands.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten erwarb das Unternehmen – vor allem auf Drängen der staatlichen Vereinigte Industrie-Aktiengesellschaft (Viag), die inzwischen zum Mehrheitseigentümer avanciert war – das Tegeler Werk der Firma Borsig und änderte ihren Namen in Rheinmetall-Borsig AG. Im Jahr 1938 übertrug die Viag ihre Aktienmehrheit der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ und demonstrierte damit die Bedeutung von

Rheinmetall-Borsig für die Aufrüstung. Unter Ausbeutung von Fremd- und Zwangsarbeitern fertigte der Konzern in den folgenden Jahren Geschütze, Panzerfahrzeuge, Munition und andere militärische Güter in bis dahin nicht gekannter Menge. Obgleich die nationalsozialistischen Angriffskriege durchaus Anlass zur Auflösung des Unternehmens nach 1945 gegeben hätten, überlebte es die Nachkriegszeit, und spätestens mit dem Entschluss zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eröffneten sich wieder Chancen auf den klassischen Produktionsgebieten.

Im fünften Abschnitt schildert Leitzbach die Rückkehr der umbenannten Rheinmetall Berlin AG, die sich nun im Besitz der Industriellenfamilie Röchling und weiterer Kleinaktionäre befand, in die Waffenproduktion zwischen 1956 und 1989. Aushängeschild des Unternehmens wurde der Kampfpanzer Leopard 2. Gleichzeitig wurde die zivile Sparte mit Packmaschinen, Getränkeautomaten, Abfüllanlagen, Automobilvergäsern und anderen Produkten ausgebaut, auch wenn sich die zugekauften Maschinenbaufirmen nicht alle als Gewinnbringer erwiesen. Mit der Akquisition der in der Papiertechnik tätigen Firma Jagenberg sowie der Pierburg-Gruppe stellte sich Rheinmetall im Bereich ziviler Produkte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre neu auf. Im letzten Kapitel werden schließlich die Entwicklungen einzelner Unternehmensbereiche seit 1990 nachgezeichnet.

Insgesamt ist Leitzbach eine eindrucksvolle Geschichte von Rheinmetall gelungen. Zwar hat das Buch nur einen eingeschränkten Endnotenapparat, ebenso bedient sich Leitzbach keines bestimmten methodischen Instrumentariums, insofern ist sein Buch auf Wissenschaftsebene nur begrenzt anschlussfähig, dennoch dürfte die detailreiche Darstellung eine historisch interessierte Leserschaft finden.

Trier

CHRISTIAN MARX

OM PRAKASH: *On the Economic Encounter between Asia and Europe, 1500–1800* (Variorum Collected Studies Series). Ashgate, Farnham/Burlington 2014, XVI u. 346 S., 126,30 €.

Om Prakash war und ist zweifellos einer der renommiertesten und weltweit angesehensten indischen Wirtschaftshistoriker, der sich um die Erforschung der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen dem Indischen Ozean-Raum und Europa vom späten 15. bis zum 18. Jh. große Verdienste erworben hat. Umso erfreulicher ist es, dass mit dem vorliegenden Sammelband eine Reihe der wichtigsten, gleichwohl nicht immer leicht zugänglichen Aufsätze zu zentralen Forschungsgebieten Prakaschs neu aufgelegt wurden. Der Band vereinigt 15 Beiträge vorrangig aus dem ersten Jahrzehnt des 21. Jh.s, daneben auch zwei von 1998 und einen von 1975 und bietet damit einen gelungenen Querschnitt aus dem reichen Schaffen des 1965–2005 an der Delhi School of Economics lehrenden Prakash.

Dass Prakash sich in seinen Forschungen zum asiatisch-europäischen Interkontinentalhandel und dem daraus resultierenden Zahlungsverkehr vielfach auf die Niederländer und die Vereinigte Oostindische Compagnie (VOC) konzentriert hat, findet in dem vorzustellenden Band seinen Wiederhall, aber auch die portugiesischen und die britischen Handelsunternehmungen werden in mehreren Beiträgen berücksichtigt. Dabei kommen die innerhalb des Indischen Ozean-Raumes unter den europäischen Handels- und Seefahrtsnationen ausgetragenen Konflikte ebenso zur Sprache wie die von Konkurrenz und Kampf geprägten Beziehungen zwischen europäischen und asiatischen Kaufleuten. Auch der gleichsam im Fahrwasser der großen Ostindienkompanien – vor allem der East India Company (E.I.C.) – stattfindende Handel der privaten *interlopers*, der im 18. Jh. massiv an Bedeutung gewann, findet angemessene Berücksichtigung. Dass der Subkontinent Indien in den Schriften Prakaschs innerhalb des gesamten asiatischen Raumes eine hervorragende Rolle einnimmt, versteht sich angesichts seines zentralen forschersischen Anliegens, die Folgen des europäisch-asiatischen Interkontinentalhandels für den wirtschaftlichen Wandel innerhalb Indiens zu durchdringen, geradezu von selbst. Der Band präsentiert daher auch mehrere Beiträge zum bengalischen Textilgewerbe im 17. und 18. Jh., zu den Verwicklungen von Handel und Politik im Bengalen des 18. Jh.s

sowie zur Position Indiens innerhalb des gesamtasiatischen Handelsnetzwerks zur Zeit der Ankunft der Europäer im Indischen Ozean. Der internationale Handel im Indischen Ozean und wie er die Wirtschaft Indiens, vor allem des (textil)gewerbereichen Bengalen, nachhaltig veränderte – um nicht zu sagen: schädigte –, dieser zentrale Forschungsgegenstand Prakashs wird in allen Beiträgen deutlich und kommt auch im Titel des Bandes zum Ausdruck: War der europäisch-asiatische Handel im Indischen Ozean eine im internationalen Vergleich ‚normale‘ Wirtschaftsbeziehung oder nicht doch eher ein ‚Gefecht‘?

Zweifellos sind ausschließlich wichtige und für die Forschung Prakashs charakteristische Aufsätze in diesem Sammelband vereinigt, reife Werke, die die jahrzehntelange Auseinandersetzung ihres Verfassers mit seinem Thema erkennen und nachvollziehen lassen. Es wäre allerdings aus der Perspektive des Nutzers sicherlich kein Fehler gewesen, wenn man dazu einige ältere Aufsätze – nicht zuletzt zu den ebenso wichtigen finanziellen Beziehungen zwischen den Kontinenten – mit aufgenommen hätte, die die stupende und tiefe Archiv- und Quellenkenntnis Prakashs hätten noch deutlicher hervortreten lassen. Aber vielleicht darf man ja auf einen Folgeband hoffen ...?

Leipzig/Bozen

MARKUS A. DENZEL

MICHAEL SCHÄFER/VERONIQUE TÖPEL (Hg.): *Sachsen und die Welt. Eine Exportregion im Vergleich 1750–2000. Beiträge des 6. Unternehmensgeschichtlichen Kolloquiums* (Veröffentlichungen des Sächsischen Wirtschaftsarchivs e. V. Reihe A: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens 10). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 247 S., 39,00 €.

Der anspruchsvollen Thematik steht die kleinere Welt der sächsischen Textil- und Maschinenexporte einschließlich deren Finanz- und Handelsvoraussetzungen gegenüber, die vom Sächsischen Wirtschaftsarchiv (Veronique Töpel) und Michael Schäfer hier in zwölf Fallstudien vorgestellt wird. Diese haben ihren Schwerpunkt im 18. und vor allem 19. Jh. und berühren auch sächsisch-deutsche Bankpolitik in der NS-Zeit sowie die Exportbemühungen der DDR in den 1970er und 80er Jahren.

M. A. Denzel berichtet zunächst – aus einer größeren Studie – über die sich wandelnde Bedeutung Leipzigs im Jahrhundert nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges. Hervorgehoben wird die neu gewonnene Mittlerrolle der Stadt zwischen den sich etablierenden Gewerbe- und Industriestaaten westlich der Oder und den weiter östlich gelegenen Landschaften und Abnehmermärkten. Betrachtet wird somit der Übergang von der Waren- zur Mustermesse, aber auch die Außenansicht dieser Messe wird in den Blick genommen. Welche Gewinne und welche möglichen Verluste die Stadt, die ja Handelsmetropole, nicht politisches Zentrum Sachsens war und ist, daraus gezogen hat, untersuchte der Autor unlängst in der neuen Stadtgeschichte Leipzigs. M. Schmölz-Häberlein wendet sich dem sächsischen (Leinwand-)Handel bzw. dem Leinwandexport und ihren Trägern zu und verweist gegenüber der Studie von G. Ludwig (1994) auf die weiträumigen Netzwerke sächsischer Exporteure und deren verwandtschaftliche und religiöse Loyalitäten. Einen nützlichen Blick „über den Zaun“ bietet der umfangreiche Beitrag von S. Gorißen zu den Vermarktungsstrategien protoindustrieller Kaufleute des Bergisch-Märkischen Exportgewerbes am Ende des 18. Jh.s und im beginnenden 19. Jh., die weniger auf den Textilexport als vielmehr auf die Verarbeitung und den Export von Eisenartikeln gerichtet waren. Er verweist als einziger auf die von Holland ausgehenden wichtigen Strukturveränderungen bei Kommunikation, Nachrichten, Schiffs- und Zahlungsverkehr sowie der Einrichtung von Kommissionären mit ihren Verbindungen zu Kaufleuten, Exporteuren und Versicherern. Auf dieselbe Region – hier den Wuppertaler Raum – stützt R. Boch seinen Beitrag zur Millionen verschlingenden und spätestens 1829 gescheiterten „Rheinisch-Westfälischen Kompagnie“, die u. a. auch durch Ankauf mexikanischer Bergwerksanteile den holländischen Zwischenhandel ausschalten wollte. Der Zusammenbruch dieser frühen spekulativen kapitalistischen Unternehmung mag einer der Gründe für die Zurückhaltung der Berliner Regierung (vor allem Beuths) beim Bau von Eisen-

bahnen 1829/32 gewesen sein. Dies führte 1834 zum Bankrott von Friedrich Harkort, der die für den Eisenbahnbau notwendigen Investitionen bereits getätigt hatte.

Zwei weitere Beiträge von J. Ludwig und S. Sammler greifen die viel diskutierten Themen Besteuerung und Freihandel in Sachsen auf. Ludwig beschäftigt sich mit den Importsteuern zum Wiederaufbau einer Armee nach der Niederlage gegen Preußen 1763 (bis 1769). Sammler untersucht die theoretischen Vorstellungen über den Freihandel in den Jahren nach 1813, die einerseits geprägt waren von einer Bewunderung für Englands Freihandel und seine Theoretiker Ricardo, Cobden und Chevalier, andererseits und zur gleichen Zeit wünschte sich Friedrich Georg Wieck in Sachsen eine Stärkung der heimischen Industrieproduktion und erhielt sie auch mit der Ausformung des Zollvereins.

M. Schäfer analysiert für die erste Hälfte des 19. Jh.s, also vor Beginn der industriellen Mechanisierung, die Absatzstrategien einiger Exportgewerbe wie Leinen und Strumpfwirkerei, die sich vor allem bei Modewaren stark um eine Nachbildung etwa französischer Waren bemühten. Auch wenn sie wegen der geringeren Löhne darin möglicherweise erfolgreich waren, hält Schäfer die Vermarktung insgesamt für wichtiger als die Produktion, in der oft mit Handspinnmaschinen und groben Garnen gegen die englische Konkurrenz mit ihren feineren Garnen gekämpft werden musste. Solche einfacheren Waren brachten aber rasch wachsenden Absatz auf dem nordamerikanischen Kontinent. Schäfer sieht in der Aufhebung des Exportverbots für englische Textilmaschinen 1842 (man sollte ergänzen: und dem Vertrieb von Steinkohle für den ganzjährigen Betrieb der Kraftmaschinen), also dem Einsatz wettbewerbsfähiger Produktionsmittel, einen Grund für die raschere Durchsetzung der sächsischen Textilfabrikation. Worin diese Produktion bestand, welche Maschinen, auch Werkzeugmaschinen, für die heimische und auswärtige Industrie hergestellt und exportiert wurden, erläutert W. Uhlmann in seinem Beitrag vor allem zum Maschinenbau in Chemnitz – dem sächsischen Manchester – bis zum Ende des 19. Jh.s. Für die sich rasch ausbreitende industrielle Produktion in Sachsen bis zum Zusammenbruch der DDR stehen dann vier – eher unverbundene – Beiträge von D. Pommer über die Einführung des Eisenbetonbaus in Sachsen, von S. Steinberg über die ‚industrielle Kavaliertour‘ im Bereich der Papierindustrie und von M. C. Schneider über die Spannungen zwischen Wirtschaftsinteressen und NS-Ansprüchen im Deutschen Reich. P. E. Fäßler untersucht die desaströse Wendung in der DDR-Exportwirtschaft, die ihre führende Rolle als Lieferant von Investitionsgütern (etwa bei Textilmaschinen) durch die Elektronisierung der Produktion verlor und keine anderen hochwertigen Güter preiswert anbieten konnte.

Wer neue Erkenntnisse über die frühe sächsische Wirtschaft vor 1900 sucht, findet in diesem Band eine Reihe elaborierter Beiträge mit breitem Literaturhintergrund, im Beitrag zur Kavaliertour auch eine Darstellung mit bislang unveröffentlichtem Material; für das 20. Jh. bewegen sich die beiden Beiträge in den Feldern der aktuellen historischen Diskussion über Banken und NS-Zeit sowie den Zusammenbruch von Industrien durch mangelnde Anpassung an den Weltmarkt.

Bochum

WOLFHARD WEBER

GABRIELA SIGNORI (Hg.): *Das Schuldbuch des Basler Kaufmanns Ludwig Kilchmann (gest. 1518)* (VSWG, Beiheft 231). Steiner, Stuttgart 2014, 126 S. (6 Abb., 1 Tab.), 36,00 €.

Das Schuldbuch Ludwig Kilchmanns aus Basel umfasst die Geschäftsvorfälle des Kaufmanns und der Familie seiner Frau Elisabeth, geb. Zscheckbürlin. Es beginnt mit dem Jahr 1452 und reicht bis in die ersten Jahrzehnte des 16. Jh.s. Dieses Schuldbuch liegt jetzt von Gabriela Signori sorgfältig ediert und kommentiert vor.

Zunächst führt Signori in die biographischen Konstellationen Kilchmanns ein, der um 1450 in Basel als Sohn eines gesellschaftlich und sozial aufgestiegenen Bäckers und Ratsherrn geboren wurde. Er heiratete Elisabeth aus der angesehenen und vermögenden Basler Familie Zscheckbürlin und konnte auch auf diese Weise die ökonomische und gesellschaftliche Position seiner Familie

sichern. Von seinen zwei Kindern überlebte nur der Sohn Hans, mit dem er später eine Reihe im Schuldbuch erwähnter Geschäftsvorfälle durchführte.

In einem Überblick über die Geschäfte, die im Schuldbuch von insgesamt sechs Händen (A–F) eingetragen wurden, kann Signori durch einige wenige Hinweise im Schuldbuch selbst sowie durch Parallelüberlieferung von Urkunden für die Hand A mindestens die Schwiegereltern Kilchmanns, Hans und Margaretha Zscheckabürlin (S. 14 f.), vielleicht auch schon Ludwig Kilchmann selbst (S. 29) verifizieren. Diese Eintragungen von Hand A sind im Schuldbuch in drei Themenfelder gegliedert: 1. Kredite und Rentenkäufe, 2. Grundzinsen und Ewigrenten, 3. Bergwerksanteile (S. 13). Der weitaus größte Anteil an Eintragungen stammt jedoch seit 1484, nach dem Tod der Schwiegermutter, von Ludwig Kilchmann selbst (Hand B) sowie seit 1516 zusätzlich von seinem Sohn Hans (Hand C). Die Eintragungen von Hand D bis F betreffen Stiftungen des Ehepaares Kilchmann, Einträge aus Zinsen sowie eine in der Forschung schon bekannte und veröffentlichte Chronik.

Laut Signori sind die Geschäfte Kilchmanns in zwei Gruppen zu scheiden: 1. Stadttrenten und 2. eine „Vielzahl an Groß- und Kleinkrediten“, wobei Kilchmann seine stetig anwachsenden Geldgeschäfte vor allem mit „kirchlichen und weltlichen Würdenträgern der Region“ (S. 19), mit mehreren Städten und mit einer Adelsklientel durchführte (Tabelle 21–22), nicht aber mit seiner Familie. Er vergab seine Darlehen für einen Zins von fünf Prozent, nahm aber selbst (bis auf vier Mal) keine Kredite auf. Signori kommt zu dem Schluss, dass Kilchmann mit dem Schuldbuch „die Geschichte des Familienbesitzes [...] dokumentierte“ (S. 20).

Nach den biographischen Mitteilungen, dem Überblick über die Geschäfte Kilchmanns und einer sich daran anschließenden Bibliographie folgen Erläuterungen zur Handschrift. Das Schuldbuch ist demnach in zwei große Teile gegliedert: in einen „alphabetisch geordneten Registerteil“ und einen Geschäftsteil von „über dreihundert Blätter[n]“ (S. 29), von denen „die Mehrzahl [allerdings] nicht beschrieben ist“. Es folgt eine Zuordnung der schon erwähnten Hände A bis F zu den einzelnen Folio. Daran schließen sich erfreulicherweise einige Abbildungen an, die eine Vorstellung von dem, von allen Händen akkurat geführten Schuldbuch und den Charakteristiken der einzelnen Handschriften geben.

Aus den aufgeführten Editionsrichtlinien wird deutlich, dass Signori neben den notwendigen und üblichen Regeln vor allem auf eine gut lesbare und somit bequem nutzbare Edition Wert legt. So sind beispielsweise die Buchstaben „nach ihrem Lautwert“ gedruckt und die Interpunktion der heutigen angeglichen. Vielfältige Erläuterungen in den Fußnoten erleichtern zudem das Textverständnis.

Der editierte Text folgt der in der Handschrift vorgegebenen übersichtlichen Aufgliederung. Das dem Schuldbuchtext vorgeschaltete, von mehreren Händen angelegte alphabetische Register der Geschäftspartner ist durch editorische Zurordnung mit den jeweiligen Buchstaben überschrieben. Zusammen mit den schon in der Handschrift eingefügten Seitenzahlen in römischen Ziffern wird somit ein leichtes Auffinden von Namen im Schuldbuchtext ermöglicht.

Der Schuldbuchtext ist in drei Rubriken untergliedert: Links befinden sich die Buchstaben mit der Zuordnung der einzelnen Hände, in der Mitte der Schuldbuchtext. In der rechten Rubrik vermerkt Signori den Zins und die Darlehenssumme, die sich aus dem Text erschließen lassen. Die Kilchmanns und die Zscheckabürlins schrieben alle Zahlen in römischen Ziffern, sie folgten damit einem noch häufig anzutreffenden traditionellen Modus, auch wenn in einzelnen „fortschrittlichen“ Kaufmannsbüchern – z. B. den der Nürnberger Kress-Gesellschaft (14. Jh.) und den der Mendel (15. Jh.) – bereits mit indisch-arabischen Ziffern gerechnet wurde. Ein umfangreiches Sach- sowie Personen- und Ortsregister schließen die Edition ab.

Insgesamt liegt nun mit der von Gabriela Signori erstellten, kommentierten Edition ein wichtiges Zeugnis kaufmännischen Schriftgutes vor, welches die Einbindung des Schuldbuches von Ludwig Kilchmann in vergleichende, künftige Forschungen zu Kaufmannsbüchern des 15. und 16. Jh.s ermöglicht.

SVEN TODE/MARCO HÖLSCHER/BEATE JOHN: *150 Jahre DEUTZ AG. Innovation Motor. Vier Takte bewegen die Welt*. Greven, Köln 2014, 200 S. (246 Abb.), 24,90 €.

Die Erfindung des Viertaktmotors durch Nicolaus August Otto im Jahr 1864 gehört ohne Zweifel zu den Erfindungen, die durch ihren Beitrag zur Motorisierung die Welt tiefgreifend verändert haben. Den 150. Jahrestag dieser Erfindung nahm die DEUTZ AG zum Anlass, die Geschichte des Viertaktmotors und des Unternehmens in einem großformatigen, reich bebilderten Werk nachzuzeichnen. Auf Fußnoten wurde zugunsten besserer Lesbarkeit verzichtet, eine kompakte Auswahl weiterführender Literatur zeigt, dass hier ein breites Publikum angesprochen werden soll.

Dem Autorentrio ist es gelungen, mit ihrer Geschichte der DEUTZ AG nicht in den unverbindlichen, mit bunten Bildern unterlegten Plauderton vieler anderer Festschriften zu verfallen, sondern der überaus vieldimensionalen Geschichte des Unternehmens und dessen zahlreichen Geschäftsfeldern inhaltlich gerecht zu werden. In sachlichem Ton werden beteiligte Persönlichkeiten, Produkte und Dokumente angemessen in ihrem historischen und sozialen Kontext dargestellt. Entsprechend bietet der Band keine eigentliche Produktgeschichte, sondern zeigt in großen Zügen chronologisch die Entstehung und Entwicklung der einzelnen Sparten. Wichtigste Betätigungsfelder waren neben den Stationär- und Schiffsmotoren sowie Lokomotiven vor allem der Bau von Schleppern in einer zunehmend mechanisierten Landwirtschaft sowie seit den 1930er Jahren die intensiven Bemühungen, auch in das erfolgsversprechende Geschäft mit Straßenfahrzeugen vorzudringen.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte es einen kurzlebigen Versuch gegeben, als Fahrzeughersteller in diesem prosperierenden Markt Fuß zu fassen. Kein Geringerer als Ettore Bugatti hatte als junger Konstrukteur seit 1907 einen technisch weit vorausweisenden Vierzylindermotor mit obeliegender Nockenwelle und hängenden Ventilen entwickelt. Doch erst durch die Fusion mit dem traditionsreichen Ulmer Unternehmen Magirus im Jahr 1936 waren ausreichend günstige Voraussetzungen geschaffen, da die Kompetenz des Fahrzeugherstellers mit der zukunftssträchtigen Dieselmotorentechnologie des Motorenbauers verbunden werden konnte. In der Folge gelang es dem Unternehmen, auf dem Gebiet des Lastwagen-, Omnibus- und vor allem Feuerwehrfahrzeugbaus eine zeitweise sehr bedeutende Stellung am Markt zu erlangen, wobei ab dem Zweiten Weltkrieg vor allem die luftgekühlten Dieselmotoren das technische Charakteristikum der Magirus-Deutz-Fahrzeuge waren. Nachdem sich die Wettbewerbssituation seit Beginn der 1970er Jahre mehr und mehr verschlechtert hatte und bereits traditionsreiche Sparten wie der Lokomotivbau verlassen werden mussten, trat die Nutzfahrzeugsparte von Deutz 1975 der von FIAT geführten IVECO bei und der Name Magirus-Deutz verschwand in den 1980er Jahren von den Fahrzeugen.

In den folgenden, wirtschaftlich z. T. turbulenten Jahren bis heute gelang dem seit 1997 wieder unter DEUTZ AG firmierenden Unternehmen die Konsolidierung, indem u. a. Teilbereiche wie die Landmaschinensparte und der Anlagenbau verkauft und der angestammte Bau luft- und wassergekühlter Motoren aller Größen wieder zum Kerngeschäft wurde.

Die Geschichte der DEUTZ AG zeigt daher eindrucksvoll, wie ein großer Mischkonzern über alle Krisen hinweg durch vielfach schmerzhaft Anpassungen erfolgreich am Markt bestehen kann. Andere, z. B. die AEG, schafften dies nicht. Gerne hätte man aus unternehmenshistorischer Sicht mehr über die Wahrnehmungen und Entscheidungsprozesse im Unternehmen erfahren, ebenso über die Quellenlage. Dies kann und will das vorliegende Buch aber nicht leisten und lässt damit Raum für künftige wissenschaftliche Untersuchungen zum Unternehmen und einzelnen Sparten in seinem wirtschaftshistorischen Umfeld. Dessen ungeachtet liegt hier ein gut geschriebenes und illustriertes Jubiläumswerk vor, mit dem die wechselhafte Geschichte eines der großen, in seinen Wurzeln bis in die Zeit der Industrialisierung zurückreichenden Konzerne der Bundesrepublik in seinen wesentlichen Strängen nachvollzogen werden kann.